

Preussische Allgemeine



Nr. 4 · 24. Januar 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Klimakiller Windkraft

Wie alternative Energiequellen zu den zunehmenden Dürren auf unseren Feldern beitragen **Seite 12**



Italien Das mögliche Comeback des Matteo Salvini **Seite 2**



Geschichte Vor 75 Jahren sank die „Wilhelm Gustloff“ **Seite 10**

AKTIENSTEUER

Scholz führt das Volk hinters Licht

Mit seinem Plan für eine Steuer auf Aktienkäufe trifft der Bundesfinanzminister auf Widerstand in der EU. Warum das eine gute Nachricht ist

VON HANS HECKEL

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) trifft mit seinem Plan einer Steuer auf Finanztransaktionen auf Widerstand bei seinen EU-Kollegen. Vor allem Österreichs Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) lässt kein gutes Haar an dem Entwurf. Pikant: Wien hatte eine solche Steuer einst selbst vorgeschlagen. Doch der Vorschlag, der nun verhandelt wird, treffe genau die Falschen, so Blümel.

Nach der Finanzkrise im Jahre 2008 hieß es, unethische Spekulanten treffen zu wollen, nicht aber Sparer, Rentner oder Kleinaktionäre und die Realwirtschaft. Laut den Kritikern hat Scholz dies geradewegs ins Gegenteil verkehrt. So soll etwa der Hochfrequenzhandel ungeschoren bleiben, wohingegen der Finanzminister beim gewöhnlichen Aktienkauf zugreifen will.

Dies trübe weit mehr Menschen, als sie es sich vorstellen können. Sozialdemokrat Scholz hat es verstanden, die Steuer als Abgabe des „Finanzsektors“ hinzustellen, der in der breiten Bevölkerung keinen guten Ruf genießt und als Hort von Gier und Verantwortungslosigkeit gilt.

In Wahrheit werden gerade Millionen Riester- und Lebensversicherte zur Kasse gebeten. Ebenso trifft es die Betriebsrent-

ner und Aktienfondssparer, also vor allem Menschen mit überwiegend sehr begrenzten finanziellen Mitteln.

Der Grund: Im Kapitalstock privater Renten- und Lebensversicherungen stecken gemischte, breit gestreute Aktienfonds, deren Zusammensetzung kontinuierlich angepasst wird. Bei jeder dieser Anpassungen finden Transaktionen statt, die Scholz künftig besteuern will. Die Rechnung dafür landet beim einfachen Sparer oder Versicherten, dem das Geld bei der Auszahlung abgezogen wird.

Der Minister behauptet dagegen, die Steuer zahlten reiche Aktienbesitzer, die es „sich leisten können“. Eine Nebelkerze: Nicht nur, dass der SPD-Minister Hochfrequenzspekulanten verschonen will. Wirklich reiche Aktienbesitzer setzen weit häufiger als der Durchschnitt auf Einzelaktien, die sie über viele Jahre halten und nicht selten über Generationen vererben. Hier finden nach dem Erwerb über sehr lange Zeit überhaupt keine Transaktionen jenseits der (sowieso zu versteuernden) Bar-Dividende statt, weshalb auch die geplante Aktiensteuer nicht zu entrichten wäre.

Scholz' Steuerplan ist ein Paradebeispiel für linken Populismus. Der SPD-Vizechef spielt mit dem Neid und dem Misstrauen der Massen, um einfache Sparer zur Kasse zu bitten.

VOLKSWIRTSCHAFT

Die „innovativste Nation der Welt“

Ein Ranking der Nachrichtenagentur „Bloomberg“ zeigt die Stärken und Schwächen der deutschen Wirtschaft – mit einer klaren Botschaft

VON RENÉ NEHRING

Endlich mal eine gute Neuigkeit. In der vergangenen Woche kürte der „Bloomberg Innovation-Index“ Deutschland zur „innovativsten Nation der Welt“. Seit acht Jahren analysiert die amerikanische Nachrichtenagentur Bloomberg die Wirtschaftsdaten von rund 60 Nationen zu Eckwerten wie Forschungs- und Entwicklungsausgaben, Fertigungskapazität und Konzentration von Hochtechnologie-Aktienunternehmen.

Nachdem in den vergangenen sechs Jahren Südkorea den Bloomberg Innovation-Index angeführt hatte, landete nun Deutschland an der Spitze. Dabei überzeugte unser Land insbesondere mit seinen Daten zu Wertschöpfung, Hochtechnologie-Dichte und Patentaktivität.

Aufschlussreich ist, welchen Branchen die Deutschen ihren Spitzenplatz verdanken. So ist vor allem das verarbeitende Gewerbe trotz aller gelegentlichen Probleme noch immer ein Quell permanenter Innovationen. Vor allem der Maschinenbau erweist sich nach wie vor als ein Rückgrat der Wirtschaft. Nicht vorn liegen die Deutschen dagegen bei den Dienstleistungsinnovationen. Dies ist unter anderem deshalb besorgniserregend, weil die Dienstleistungen weltweit ein wachsender

Wirtschaftssektor sind. Zudem schwächtelt das einstige „Land der Dichter und Denker“ im Bereich der Hochschulbildung, was Bloomberg als „wachsendes Problem“ wertet. Dieser Befund wirft die Frage auf, was all die milliardenschweren Exzellenzinitiativen in den vergangenen Jahren gebracht haben.

Größte Stärke und zugleich Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft ist trotz allen Krisengeredes noch immer die Automobilindustrie. Firmen wie Volkswagen, Daimler und BMW stellen nicht nur zehntausende Arbeitsplätze; sie sind nicht zuletzt aufgrund ihrer umfangreichen Investitionen in die E-Mobilität und in das autonome Fahren Hauptinvestoren in Sachen Forschung und Entwicklung. Insgesamt ein Drittel der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Deutschland entfällt auf die Autoindustrie. Zum Problem wird diese Stärke laut Bloomberg jedoch, da Störungen dieses Sektors schnell die gesamte Innovationskraft Deutschlands belasten könnten.

Vor allem dies sollte eine Warnung für all jene sein, die glauben, das Heil der Welt läge in der mutwilligen Zerstörung traditioneller Industriezweige. Anders als es die Weltuntergangspropheten von „Fridays for Future“ und „Extinction Rebellion“ etc. behaupten, ist die Wirtschaft noch immer Teil der Lösung und nicht des Problems.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Immer öfter werden Feuerwehrleute und Polizisten Opfer brutaler Übergriffe **Seite 5**

Kultur

Mit einer neuen Serie versucht das ZDF, verlorenes Terrain zurückzugewinnen **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Der Kohleausstieg sorgt für Streit im Dreiländereck Sachsen-Polen-Tschechien **Seite 18**

Lebensstil

Die Heilkraft von Gewürzen findet wissenschaftlich zunehmend Anerkennung **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite preussische-allgemeine.de



4 191814 302902 04
ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Wahlen in Italien In der Emilia-Romagna und in Kalabrien wird am kommenden Sonntag gewählt. Gewinnt das Wahlbündnis „Centrodestra“ mit Matteo Salvini „Lega“, steht die italienische Regierung am Abgrund

Fällt die „rote Hochburg“?

Die Bedeutung der Regionalwahlen für die politische Landschaft Italiens

VON WULF D. WAGNER

Nördlich der Toskana liegt wie ein breiter Streifen über die ganze italienische Halbinsel hinweg die Region Emilia-Romagna. Die prächtigen Städte Piacenza, Parma, Modena, Ravenna oder die Hauptstadt Bologna sind Zeugnisse eines jahrhundertalten Reichtums an Kultur und Geschichte, kunstgeschichtliche Juwelen finden sich in unzähligen pittoresken Bergstädtchen, und weite Adria-Strände bei Rimini sind beliebte Touristenziele. Doch seit Monaten schaut ganz Italien aus einem anderen Grund auf diese Region: Am kommenden Sonntag steht hier die erste bedeutsame Wahl seit dem Regierungswechsel in Rom im Sommer 2019 an.

Die Emilia-Romagna ist eine rote Region, seit Jahrzehnten. Doch schon Anfang Juni 2019 ging hier nach 69 Jahren das zum Weltkulturerbe zählende Ferrara an den Bürgermeisterkandidaten der „Lega“, den Ingenieur Alan Fabbri, verloren. Der Sieg wurde als historisch bezeichnet. Nun also stehen hier Landeswahlen an, und nicht zu vergessen am gleichen Tag auch im süditalienischen Kalabrien.

Ein kleines Vorspiel der jetzigen Wahl war jene im Oktober 2019 in Umbrien, bei der das Bündnis „Centrodestra“ (Mitte-rechts) mit 57 Prozent gewann. „Centrodestra“ – gebildet aus Matteo Salvini „Lega“, Silvio Berlusconi „Forza Italia“ und Giorgia Meloni „Fratelli d'Italia“ nebst kleineren Parteien – hatte eine gemeinsame Kandidatin aufgestellt, Donatella Tesei, und so ist es auch nun in der Emilia-Romagna: Lucia Borgonzoni (* 1976) tritt gegen den gemeinsamen Kandidaten von „Centrosinistra“ (Mittellinks), den bisherigen Präsidenten der Region Stefano Bonaccini (* 1967) an. Der „Movimento 5 Stelle“ (M5S) beteiligt sich aufgrund des Flops in Umbrien nicht an dem Bündnis und hat einen eigenen Kandidaten aufgestellt.

Prüfstein für die Regierung in Rom

Die Wahlen sind von erheblicher landesweiter Bedeutung. Seit drei Jahren hat der linke „Partito Democratico“ (PD) keine Wahl gewonnen, an die Macht in Rom kam er nur mittels eines geschickten Manövers im Sommer 2019. Kaum hatten sich damals PD und „M5S“ geeinigt, trennte sich der vormalige Ministerpräsident Matteo Renzi



Ungebrochen populär: Italiens früherer Innenminister Matteo Salvini auf Wahlkampftour in der Emilia-Romagna Foto: ddp images

mit einer ganzen Reihe von Parlamentariern von seiner alten Partei PD und gründete eine neue, die „Italia Viva“. Diese blieb zwar in der Regierung, tritt aber nun nicht an. Allein die Angst vor Neuwahlen, bei der eine Rückkehr Matteo Salvini und seiner „Lega“ droht, scheint die Regierung noch zusammenzuhalten. Ein Sieg Salvini in der „roten“ Emilia-Romagna wäre ein fatales Signal für Rom.

Um Salvini Sieg zu verhindern, sind viele Mittel recht. So bildete sich eigens die angeblich überparteiliche Bewegung „Sardinen“, die zu Demonstrationen gegen die „Lega“ aufruft, aber mittlerweile – wie am 19. Januar in der Studentenstadt Bologna – ein Konzertprogramm braucht, um die Massen zusammenzubringen. Tatsächlich sind die „Sardinen“ nicht mehr als ein Versuch, junge Menschen für den PD auf die Plätze und möglichst auch an die Urnen zu bringen. Allein bekommt der PD – so scheint es – keine Plätze voll.

Salvini Popularität hingegen ist ungebrochen. Gerade konnte er sich auf Facebook für den 400000sten Follower bedanken, womit er der europäische Politiker

mit der größten Reichweite in den sozialen Medien sein soll. Von morgens bis abends spricht er vor vollen Plätzen und Sälen selbst kleinster Bergstädte, in denen die Probleme besonders groß sind. Und die Menschen – alle Altersgruppen und Schichten, stets viele Frauen – kommen zusammen, um zu hören, was Salvini zu sagen hat. Er spricht über das wichtigste Thema Arbeit, über die Landwirtschaft, die verheerende Bürokratie, Pensionen oder die Steuervorhaben der derzeitigen Regierung.

Obwohl die Migration nicht das entscheidende Thema dieses Wahlkampfes ist, kommt es nun doch gewollt-ungewollt in der letzten Woche noch ins Spiel. Nach den mehrfach gescheiterten Versuchen italienischer Gerichte, Prozesse gegen den Ex-Innenminister wegen seiner Politik der geschlossenen Häfen für NGO-Schiffe, die illegale Einwanderer ins Land schaff(t)en, einzuleiten, steht ein abermaliger Versuch an. Das freut zwar PD und „M5S“, ungelegen kommt ihnen jedoch, dass noch vor der Wahl die Aufhebung der Immunität Salvini beschlossen werden soll. Einen „Märtyrer Salvini“ können sie im Wahl-

kampf nicht auch noch gebrauchen. Vor allem zeigt sich so den Wählern nochmals deutlich, dass die derzeitige Regierung in Sachen Grenzschutz einen vollkommen anderen Kurs fährt als die vorherige. Mit dem Thema innere Sicherheit hatte Salvini alle die letzten Wahlen gewonnen.

Ein Comeback Salvini?

In der Nacht vom 26. auf den 27. Januar werden uns die Wahlergebnisse vorliegen, dann wird man sehen, ob die rote Hochburg Emilia-Romagna nur schwankt oder gefallen ist. In Kalabrien wird sich zeigen, ob die bisher auf Norditalien konzentrierte „Lega“ auch hier Fuß fassen kann. Für diesen Fall ist es fraglich, ob sich die derzeitige Regierung wirklich halten kann, oder ob es zu Neuwahlen kommt – und damit wahrscheinlich wieder zu einer Regierung mit Matteo Salvini.

● Dr. Wulf D. Wagner lebt als Kunsthistoriker und Publizist in Berlin und Palermo. 2019 übersetzte er den Band „Ich bin Matteo Salvini“ (Manuscriptum) ins Deutsche. www.manuscriptum.de

ITALIENS JUGEND

Zwischen „Bella ciao“ und „Zuhören“

Geht es nach den deutschen Leitmedien, so gewinnt man den Eindruck, als seien die am 14. November 2019 in Bologna als Gegenbewegung zu einer Veranstaltung der „Lega“ gebildeten „Sardinen“ die neue Jugendbewegung Italiens: Die Jugend wacht auf, mischt sich wieder ein in die Politik, stellt sich „Hass“ und „Populismus“ entgegen.

Doch wer bei einem ihrer ersten Aufrufe dabei war – ich sah mir die „Sardinen“ in Palermo an –, dem war gleich bewusst, dass diese nur ein erneuter Anlauf der Linken gegen Salvini sind: die ewig gleichen, das Partisanenlied „Bella ciao“ singenden oder „Wir hassen die Lega“ rufenden Altaktivisten, an deren Spitze sich ein paar hippe Jugendliche stellen, um Pappfische hochzuhalten. Allein, das ist nicht die Jugend Italiens. Auch zu den Parteien der Rechten, neben Salvini „Lega“ den „Fratelli d'Italia“ (Brüder Italiens) von Giorgia Meloni, strömen junge Menschen auf die Marktplätze.

Während die „Sardinen“ für eine Politik jener NGOs stehen, die möglichst viele Migranten ohne Kontrollen nach Italien schiffen wollen, diskutieren die Jugendlichen der anderen Seite die mit der massenhaften Einwanderung verbundenen Probleme. So gab es am 19. Dezember im Schloss in Palermo eine Versammlung, auf der zahlreiche in der Regionalpolitik tätige Jugendliche konservativer Parteien wie auch unparteilicher Gruppen debattierten. Hauptthema war die verheerende Arbeitslage für Jugendliche in Süditalien, die enorme Abwanderung Richtung Norden – „um Tellerwäscher mit Uniabschluss in London zu werden“. Hier ging es nicht um Parolen, sondern hier fielen Begriffe wie „Verantwortung“, „Zuhören“, „Bildung“, „Staat“. Immer wieder wurde auch von der Liebe zur „terra“ (Heimat) gesprochen, die gerade in Sizilien enorm ist.

Leider berichten deutsche Medien über derlei Aktivitäten nicht. So entsteht ein verzerrtes Bild von der Lage in Italien – und die Erfolge der rechten Parteien müssen dem deutschen Publikum völlig unverständlich erscheinen. W.D.W.

HINTERGRUND

Warum Italiens Regierung im vergangenen Jahr stürzte

Mit Professor Paolo Becchi hat ein prominenter Kopf der „Fünf Sterne“ eine Chronologie der Regierungskrise 2019 vorgelegt

„In einigen Monaten wird nur das in Erinnerung bleiben, was uns der Mainstream glauben lassen will.“ Dieser Satz, den der Philosophieprofessor Paolo Becchi an den Anfang seines im Oktober 2019 erschienenen Buches zur Regierungskrise in Italien stellt, ist bereits Wahrheit in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Salvini hatte die erste panpopulistische Koalition in einem EU-Staat platzen lassen, weil er sich mittels vorgezogener Parlamentswahlen vom italienischen Volk ‚pieni poteri‘ (etwa: ‚die ganze Macht‘) geben lassen wollte.“ Salvini habe sich „verzockt“, so hört man allenthalben.

Das Bild, das zumeist von der Krise im Sommer 2019 gezeichnet wird, entspricht

dem Stil der groben Vereinfachung, in dem seit der Regierungsbildung 2018 über Italien berichtet wird. Und auch die FAZ gehört mittlerweile zu jenen, die ihren Lesern die Komplexität italienischer Politik vorenthalten. Wen interessieren die Fakten der Regierungskrise, Hauptsache Innenminister Salvini ist weg.

Bericht eines Insiders

Paolo Becchi (* 1955), der an der Universität des Saarlandes arbeitete, Professor in Genua ist und für verschiedene Medien schreibt, wurde als „Ideologe“ des „Movimento 5 Stelle“ bezeichnet. Er muss es also genauer wissen. In seinem Buch „Ladri di democrazia“ („Diebe der Demokra-

tie“), erschienen im Verlag „Historica“ des jungen Francesco Giubilei, zeichnet er nun die Chronologie der Regierungskrise des vergangenen Jahres nach.

Diese Krise begann damit, dass „M5S“ in Brüssel nach den für sie verheerend ausgegangenen Europawahlen im Mai 2019 ihre Stimmen Ursula von der Leyen gaben. Nur dadurch wurde die deutsche Politikerin Präsidentin der EU-Kommission. Doch „M5S“ stand damit nicht nur im Widerspruch zur mit der „Lega“ gebildeten Regierungsidee, sondern vielmehr noch mit ihren eigenen ursprünglichen Idealen, sich nicht dem Establishment anzudienen. „M5S“ wurde 2018 zur stärksten Partei gewählt, weil sie für ein „cambiamento“, ei-

Wen interessieren die Fakten der Regierungskrise, Hauptsache Matteo Salvini ist weg

nen grundlegenden Wandel in der Politik standen. Zunehmend verschlechterte sich die Stimmung in der Regierung.

Die Rolle Contes

Eine entscheidende Rolle weißt Becchi Premierminister Giuseppe Conte zu. Als es zum Misstrauensantrag durch die „Lega“ kam, entdeckte dieser seine Liebe zum linken „Partito Democratico“ (PD) wieder. So gelang in Zusammenarbeit mit Präsident Sergio Mattarella eine Regierungsbildung aus den noch kurz zuvor erbitterten Feinden von „M5S“ und dem PD – allein um Neuwahlen zu verhindern, bei denen vermutlich schon damals Matteo Salvini triumphiert hätte. W.D.W.

Der Frust der „So-eben-Bürger“

Wie die Politik die Mitte der Gesellschaft vernachlässigt – und somit der wachsenden Unzufriedenheit im Lande Vorschub leistet

VON KLAUS-PETER SCHÖPPNER

Die Zahlen zeigen klar nach unten: 41–34–27 und 25–22–14. Das sind die Fünf-Jahres-Fieberkurven von Union und SPD. Aus veritablen Volksparteien sind „Volksparteichen“ geworden. Der Verlust der politischen Bindekraft hat diejenigen Parteien erreicht, die Deutschland über 70 Jahre zu einer Wohlstandsrepublik gemacht haben. Im Bund kommt die einstmalige „Große Koalition“ immerhin noch auf 41, in Thüringen kam sie im Herbst 2018 gerade noch auf 30 Prozent. Die politische Mitte hungert aus, die Ränder werden breiig dick! Was ist da los?

Ganz einfach: Deutschland ist voller Spalterthemen – und das wichtigste wird fast völlig ignoriert: „Was polarisiert unsere Gesellschaft am stärksten?“, fragte unlängst das Meinungsforschungsinstitut Mentefactum die Wähler. Die Antwort: nicht die Kluft zwischen Ost und West, Alt und Jung, nicht zwischen Stadt und Land. Mit 82 Prozent wurde die Spaltung der Gesellschaft in Wohlhabende und Abstiegsgefährdete am häufigsten genannt. Dabei bemängelten die Befragten weniger das faktische als vielmehr das mentale Auseinanderdriften in unserem Lande: auf der einen Seite die hart arbeitenden Leistungserbringer und auf der anderen die zwangsfreien Leistungsempfänger.

Das Interesse der Politik, so die vielfache Wahrnehmung, gilt zuerst den Nehmern, kaum mehr den Gebern – und ignoriert damit die Lebensleistungen einer großen Zahl von Klein- und Mittelverdienern. Während die Zahl der Tafelnutzer gerade unter Beschäftigten in bedrohlichem Maße steigt, wird zur gleichen Zeit das Milliardenfüllhorn über Laute, Freche, Nimby und Wirtschaftsimmigranten ausgeschüttet. Sie bestimmen die Politagenda und Mittelverteilung. Die Leisen, Redlichen, Angepassten spielen dagegen eine eher untergeordnete Rolle. Sie gehen oftmals leer aus.

Die redlichen Kleinbürger

Studien des DIW belegen die ungleiche Einkommensentwicklung in Deutschland: Trotz sehr guter Konjunktur ist es nicht gelungen, die untere Mittelschicht besser zu entlohnen und Einkommensungerechtigkeiten zu reduzieren. Deutlich stärker profitieren dagegen die Transferempfänger vom riesigen Leistungsbilanzüberschuss.

Daher sind es nicht nur die wirklich Armen, die Arbeitslosen oder Hartz-IV-Dauerempfänger, die sich vom Staat abwenden. Es sind vor allem die 30 Prozent „redlichen Kleinbürger“, die sich tagtäglich abrackern, die überforderten Alleinerzieher mit Kindern, Krankenschwestern, Niedrigrentner, Kassiererinnen, Taxifahrer, Altenpfleger, Paketauslieferer. Oder anders: die „So-eben-Gesellschaft“; alle diejenigen, die aus eigener Kraft gerade noch über die Runden kommen, für die der Kinobesuch aber schon schwierig und „Malle“ beinahe unerschwinglich wird. Diesen Bürgern ist noch eines gemeinsam: Ihnen fehlt der gesellschaftliche Respekt vor ihrer mühevollen Lebensleistung.

Vor allem diese „Wo-bleibe-ich?“-Bürger fühlen sich ausgegrenzt, obwohl der Staat sie unbedingt benötigt: diejenigen, die versuchen, ohne staatliche Alimentation auszukommen, die sich trotz allem intensiv um ihre Kinder kümmern, Strafmandate ehrlich begleichen, bei Steuererklärungen nicht tricksen. Die dann aber sehen, wie Staat und Gesellschaft ihnen ständig in die Tasche greifen: bei Mieten, Abgaben, Strom, bei der kalten Progression, bei Forderungen nach teurem Fleisch, höheren Parkgebühren, Maut, steigenden Energiepreisen.

Im Gegenzug dürfen die Redlichen mitansehen, dass Banken-Boni als „systemrele-



Fühlen sich von der Politik vernachlässigt: Facharbeiter mit mittlerem und niedrigem Einkommen

Foto: imago images/Rainer Weisflog

vant“ gelten, dass beim Berliner Flughafen Zeitvorgaben und Kostenlawinen keine Rolle spielen und sich Ausländer ohne Bleibe-recht auf Staatskosten hier einrichten dürfen. Sie erleben, dass das Anspruchsdenken vieler Migranten das eigene übersteigt – und Kritik an unflätigem Verhalten sofort mit dem Wort „Nazi“ gekontert wird. So werden die Migrationskosten in einem Labyrinth aus Zahlen und Zuständigkeiten weichgespült, vermutlich weil seriöse Rechnungen auf über 25 Milliarden Euro im Jahr kommen. Warum, so der Frust in der Mitte, bleibt da so wenig für die einheimischen Abstiegsgefährdeten? Und wer wie Carsten Linnemann im vergangenen Sommer Sprachanforderungen an die Einschulung von Migranten stellt, muss einen riesigen Shitstorm über sich erdulden. Obwohl über 70 Prozent der Deutschen seine Meinung vertreten.

Protest mit dem Stimmzettel

In dem hochexplosiven Gemisch aus Ignorieren, Verschweigen und Zurechtweisen sowie angesichts der wachsenden Sorgen um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sehen viele Deutsche derzeit keinen anderen Weg, sich bemerkbar zu machen, als ihre Stimme der AfD zu geben. Besonders die vor 25 Jahren zu uns gekommenen Russlanddeutschen, früher überzeugte Helmut-Kohl-Wähler, sind auf AfD-Kurs eingeschwenkt. Nicht weil sie rechtsradikal oder ausländerfeindlich wären, sondern weil das Gefühl der Ungerechtigkeit sie umtreibt: „Wir mussten für unseren kleinen Wohlstand sehr lange extrem hart arbeiten, während heute bei Migranten oftmals eine „Muss-nicht“-„Will nicht“- und „Ich habe das Recht“-Stimmung herrscht“, ist von ihnen oft zu hören. Rückzug und Protest mit dem Wahlzettel sind die Konsequenzen dieser „stillen Revolution“ der „Ich schaffe, andere profitieren“-Wähler.

In der Folge wird stärker emotional und weniger rational gewählt. Protesthaltung und Populismus nehmen zu. Darunter leidet zuerst die Debattenkultur, dann die ernsthafte Auseinandersetzung mit Argumenten – und schließlich führt dies zu einem verstärkten egozentrischen Verhalten in einer stark fragmentierten Gesellschaft. Wo der offene Diskurs schwindet, wächst der Einfluss von Lobbygruppen, die die Politik als Erfüllungsgehilfen eigener Interessen betrachten.

Politik in Nebenräumen

In diesem Zusammenhang machen sich auch die wachsenden Möglichkeiten politischer Beeinflussung außerhalb der traditionellen Organisationen negativ bemerkbar. Anstelle von Parteien bestimmen zunehmend Influencer in den sozialen Medien, NGOs, „Pegida“, „Fridays for Future“ etc. die Agenda. Trillerpfeifendemokratie tritt an die Stelle des respektvollen Ringens um Argumente. Die desaströsen Wahlergebnisse von SPD und CDU sind auch darauf zurückzuführen, dass sich die klassische Mitte der Gesellschaft in den neuen Umgangsformen nicht zurechtfindet.

Diese Gemengelage aus Leben am Abgrund, Zukunftsängsten und fehlender Anerkennung macht auch die aktuelle Klimadebatte gefährlich: Weil hier gegen den wichtigsten Grundsatz einer fairen Politik, die Ambivalenz, verstoßen wird. In diesem Zusammenhang rächt sich auch, dass unsere Parlamente vornehmlich aus Beamten und Berufspolitikern bestehen. So bestimmen soziale und zunehmend auch ökologische Fragen die Debatten, während ökonomische Kompetenz oftmals fehlt und wirtschaftliche Aspekte entsprechend zu kurz kommen.

Wohin solch eine Lage führen kann, hat sich in Frankreich gezeigt. Dort haben sich die Proteste der „Gelbwesten“, die das Land seit über einem Jahr in Atem halten, am Ben-

Das Interesse der Politik, so die vielfache Wahrnehmung, gilt zuerst den Nehmern, kaum mehr den Gebern – und ignoriert damit die Lebensleistungen einer großen Zahl von Klein- und Mittelverdienern

zinpreis, an hohen Lebenshaltungskosten, prekärer Beschäftigung und ländlicher Verödung entzündet. Gerade an denjenigen Fakten, die auch in Deutschland kritisiert werden. Ein Überschwappen der Gelbwesten nach Deutschland ist daher umso wahrscheinlicher, je regulativer etwa der Klimaschutz den Bürgern verordnet wird.

Wege aus der Krise

Was also muss die Politik tun, um eine Brücke zwischen den gesellschaftlichen Polen, den Gesicherten und Ungesicherten, den Hofierten und Frustrierten zu schlagen? Zum einen muss sie die Leistungen der breiten gesellschaftlichen Mitte wieder anerkennen. Dazu gehören vor allem akzeptable Lebensbedingungen. Wer hart arbeitet, muss von seinem eigenen Einkommen gut leben können.

Zudem muss die Politik Einstellungen wie Aufrichtigkeit auch mental anerkennen. Warum nicht hin und wieder einmal laut und vernehmlich „Danke!“ sagen und Korrektheit würdigen? Nicht zuletzt muss die Politik Aktivitäten und nicht das Nichtstun belohnen: keine Leistung ohne Gegenleistung. Jeder der kann, muss seinen Beitrag leisten – und sei er auch noch so gering. Sonst bleibt der Aktive der Dumme.

Über 70 Jahre gab es in der Bundesrepublik „sozialen Frieden“: Dieser steht auf der Kippe wie seit Kriegsende nicht mehr. Die nächste große Protestbewegung in unserem Lande würde wahrscheinlich aus der Mitte der redlichen Gesellschaft kommen. Und damit eine Flutwelle ungeahnten Ausmaßes zur Folge haben!

● Klaus-Peter Schöppner ist seit 2014 Geschäftsführender Gesellschafter des Meinungsforschungsinstituts Mentefactum. Von 1990 bis 2013 war er Geschäftsführer von TNS Emnid.
mentefactum.com



Klaus-Peter Schöppner
Foto: mentefactum

MELDUNGEN

Proteste gegen E-Autofabrik

Grünheide – Der US-amerikanische Elektroautobauer Tesla trifft mit seinem Plan, in der Brandenburger Gemeinde Grünheide in der Nähe von Berlin sein erstes Werk in Europa zu bauen, auf ein geteiltes Echo. Vergangenen Sonnabend demonstrierten auf dem Marktplatz von Grünheide rund 200 Personen gegen die Fabrik für Elektroautos. Zu den Punkten, die von den Demonstranten kritisiert wurden, zählten die Wasserversorgung, die Infrastruktur und die Rodung des Waldes für das Werksgelände sowie auch die Informationspolitik von Tesla. Bereits am 12. Januar hatten etwa 50 Mitglieder des Fürstenwalder Ortsverbandes des Naturschutzbundes (NABU) und einer lokale Bürgerinitiative mit einem „Waldspaziergang“ gegen die Abholzung einer Waldfläche für das Tesla-Werk protestiert. Der Elektroautohersteller will so bald wie möglich mit der Rodung von zunächst 90 Hektar Wald beginnen. Laut den Plänen des Autobauers sollen die ersten Elektroautos bereits im kommenden Jahr das neue Werk verlassen. N.H.

Höchststand durch Zuzug

Wiesbaden – Das Statistische Bundesamt hat festgestellt, dass die Einwohnerzahl in Deutschland einen Höchststand erreicht hat. Ende 2019 betrug die Zahl demnach 83,2 Millionen. Das Plus sei ausschließlich auf die Zuwanderung zurückzuführen. Im vergangenen Jahr zogen bis zu 350000 Menschen mehr in die Bundesrepublik als von hier ins Ausland. Die Behörde erläuterte aber auch, dass die Bevölkerung deutlich schwächer gewachsen sei als zwischen 2013 und 2018. Gäbe es keine Wanderungsgewinne, würde die Bevölkerung bereits seit 1972 schrumpfen, da weniger Menschen geboren werden als sterben. 2019 lagen diese Zahlen laut Statistik bei bis zu 790000 Geborenen und 940000 Gestorbenen. Das Statistische Bundesamt hat errechnet, dass die erwerbsfähige Bevölkerung bis 2035 um rund vier bis sechs Millionen schrumpfen wird. Da die Wirtschaft zunehmend Fachkräftemangel beklagt, dürften diese Zahlen die Bundesregierung beim Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das im März in Kraft treten soll, beflügelt haben. MRK

AfD stellt die meisten Opfer

Berlin – Attacken gegen Politiker haben in den vergangenen Monaten zugenommen. Die Polizei registriert im Schnitt zehn gewaltsame Übergriffe pro Monat gegen Politiker, wobei AfD-Vertreter am häufigsten Angriffsziele darstellen. Von insgesamt 31 Fällen von Körperverletzung gegen Politiker waren 24 gegen AfD-Politiker gerichtet. Laut Polizeistatistik kamen die Angriffe meist aus dem linken Spektrum. Mitglieder der Grünen wurden im gleichen Zeitraum dreimal Opfer von Gewalt, ein Mitglied der Linkspartei wurde in Leipzig von mehreren Tätern aus der rechten Szene attackiert. In Rheinland-Pfalz traf es ein CDU-Mitglied. Delikte wie Bedrohung, Sachbeschädigung oder Beleidigung hinzugerechnet, lagen die Vorfälle sogar bei 372 Straftaten. MRK



Richten sich nicht nur gegen den grünen Oppositionsführer Ludwig Hartmann, sondern auch gegen den CSU-Ministerpräsidenten Markus Söder: Bauernproteste in Bayern

ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT

CSU droht die Bauern zu verlieren

Am 15. März sind in Bayern Kommunalwahlen – Christsoziale fürchten Denkzettel für die Agrarpolitik

VON PETER ENTINGER

Anfang des Jahres, als sich die CSU zu ihrer traditionellen Klausur ins Kloster Seeon zurückgezogen hatte, wurde es laut vor den geschichtsträchtigen Toren. Rund 5000 Landwirte rollten teilweise mit ihren Traktoren an und machten ihrem Unmut Luft. Sie legten damit das Dilemma der Christsozialen offen. Denn viele der in Berlin von der Großen Koalition verabschiedeten Klimarichtlinien gehen zu Lasten der alteingesessenen Bauern. Im Freistaat Bayern sind diese aber durchaus ein politisch relevanter Faktor.

Die Landwirte fühlen sich seit Jahren als Umweltsünder gebrandmarkt. Konkreter Anlass für ihren Zorn ist die Düngerverordnung, die ihrer Ansicht nach unzulässig verschärft werden soll. Um die Bauern zu besänftigen beilegte sich die bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (CSU) zu erklären, der Freistaat werde im Bundesrat in Teilen gegen die geplante Verordnung stimmen. Gegenüber der Presse räumte Kaniber ein: „Wir stehen maximal unter Druck“. Denn die Proteste haben längst bundesweite Dimensionen erreicht. Selbst in

Berlin fuhren erboste Landwirte mit ihren Traktoren ins Regierungsviertel.

„Die Bauern werden mit diesen Rahmenbedingungen schlecht leben können“, sagte Dirk Andresen von der Initiative „Land schafft Verbindung“, die zu den Protesten aufgerufen hatte, mit Blick auf die geplante Düngerverordnung. Er nehme wahr, dass Politiker in Berlin und die Bauern in Parallelwelten lebten. Bauern bekämen Umweltschutz „letztlich nicht bezahlt“.

Angesichts des großen Unmuts hatte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) beim „Agrargipfel“ im Dezember zugesichert, die Landwirte bei weiteren Anforderungen zum Umwelt- und Klimaschutz einzu beziehen. Die CSU erklärte nun, sie erwarte davon „eine klare Verpflichtung des Handels zu fairen Preisen und eine deutliche Absage an Lockangebote und Lebensmitteldumping“. Die Bauern seien „eine tragende Säule unserer Gesellschaft“, die CSU ihr natürlicher Partner.

Diese Schmeichelei hat gute Gründe. Im März finden in Bayern Kommunalwahlen statt. „Die Bauern erzielen mit 158 Milliarden Euro rund 14 Prozent aller Umsätze in Bayern. Damit hängt jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern mit der Agrar- und

Forstwirtschaft zusammen“, betont der Bayerische Bauernverband und hat für die Wahlen am 15. März einen Forderungskatalog von 25 Punkten aufgestellt, der als Wahlhilfe dienen soll. Die politische Landschaft in Bayerns Kommunen ist zersplittert, viele CSU-Granden fürchten um ihre Erbhöfe. Die traditionell starken Freien Wähler können seit ihrer Regierungsbeteiligung vor Kraft kaum gehen. Auch die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), die mit ihrem Bienen-Volksbegehren schon den Landtagswahlkampf aufmischte, hat Blut geleckt. Sogar die traditionsreiche Bayernpartei macht eifrig Wahlkampf und wiederholte dabei sogar die Forderung vom Vorjahr, den Grünen-Vorsitzenden Robert Habeck mit einem Einreiseverbot zu belegen.

Und da ist auch noch die AfD. Bei ihrer zweiten Kommunalwahl schickt sie wesentlich mehr Kandidaten ins Rennen und hofft, von den Bauernprotesten zu profitieren. „Der Frust der Bauern über die Agrarpolitik der Bundesregierung ist groß. Die heimische Landwirtschaft hat mit ständig neuen politischen Auflagen und Rahmenbedingungen zu kämpfen, die natürlich zu höheren Kosten führen. Weil die Erzeugerkosten weiterhin niedrig bleiben, führt das zu starken Wettbewerbsverzerrungen im EU-Binnenmarkt. Der Unmut der Bauern ist mehr als verständlich“, erklärt das aus Bayern stammende Bundesvorstandsmitglied Stephan Protschka. Die AfD stehe für eine verlässliche und vernünftige Agrarpolitik, die auf der guten fachlichen Praxis und wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhe: „Wir wollen, dass es Planungs- und Investitionssicherheit in der heimischen Landwirtschaft gibt.“

Der CSU bleibt derzeit nur das Prinzip Hoffnung. Ministerpräsident Markus Söder gibt den besonnenen Zuhörer und schiebt alle Verantwortung nach Berlin. Und Fraktionschef Thomas Kreuzer setzt darauf, dass „die Menschen am Ende das Original wählen“.

„Wir stehen maximal unter Druck“

Michaela Kaniber
Landwirtschaftsministerin Bayerns
von der CSU

FRANZISKA UND KARSTEN GIFFEY

Gefahr für die SPD-Hoffnungsträgerin

Ehemann der Familienministerin soll wegen Unregelmäßigkeiten seinen Beamtenstatus verloren haben

Vorwürfe gegen den Ehemann von Franziska Giffey gefährden Pläne von Teilen der Berliner SPD, Michael Müller als Landesvorsitzenden durch die Bundesfamilienministerin abzulösen. Laut einem Bericht des Online-Magazins „Business Insider“ hat Karsten Giffey, der Ehemann der Ministerin, mit einem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts vom 12. Dezember seinen Status als Beamter verloren. Hintergrund sei der Vorwurf, der Veterinärmediziner beim Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) habe Arbeitszeiten nicht korrekt erfasst und zudem auch eine Dienstreise abgerechnet, die er gar nicht

angetreten habe. Die Vorwürfe gegen Karsten Giffey sollen die Zeit betreffen, als dessen Frau noch Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Neukölln war.

Erst die Dissertation, nun der Mann

Franziska Giffey ist seit März 2018 Familienministerin. Die Plagiatsvorwürfe im Zusammenhang mit ihrer Doktorarbeit taten ihrer Beliebtheit kaum Abbruch. Seit ihrer Zeit als Bürgermeisterin von Neukölln gilt Giffey als einer der beliebtesten SPD-Politiker und insbesondere auch für die Berliner Sozialdemokraten als Hoffnungsträger. Bereits seit einiger Zeit halten sich

Spekulationen, Teile der Berliner SPD würden lieber mit Franziska Giffey statt mit dem derzeitigen SPD-Landeschef Michael Müller als Spitzenkandidaten in die Abgeordnetenhauswahl 2021 ziehen.

Exekutive wollte wohl abwiegeln

Eine wichtige Etappe dabei könnte der kommende SPD-Landesparteitag im Mai spielen. Die Hauptstadt- und Landespresse berichtete bereits über Gedankenspiele einiger Genossen, auf dem Parteitag Müller als Parteivorsitzenden durch eine Doppelspitze aus Giffey und einem Vertreter des linken Parteiflügels zu ersetzen.

Solche Pläne könnten gefährdet sein, wenn sich die Vorwürfe gegen Giffey's Ehemann zu einem politischen Skandal ausweiten. Für das Disziplinarverfahren war laut dem „Tagesspiegel“ die Senatssozialverwaltung zuständig, über die Senatorin Elke Breitenbach (Linkspartei) die Dienstaufsicht führt. Im Fall von Karsten Giffey soll sich die Senatsverwaltung dafür entschieden haben, lediglich die Besoldungsstufe herabsetzen zu lassen. Statt dieser relativ milden Maßnahme entschied sich das Verwaltungsgericht aber für die höchstmögliche Disziplinarstrafe, die Entfernung aus dem Landesdienst. Norman Hanert

GEWALTWELLE IN DER HAUPTSTADT

„Wer schützt die, die uns schützen?“

Polizeibeamte und Feuerwehrleute werden immer öfter Opfer brutaler Übergriffe

VON NORMAN HANERT

Bundesweit läuft derzeit eine Diskussion, wie Kommunalpolitiker besser vor Bedrohungen und Gewalt geschützt werden können. Ein Blick in die deutsche Hauptstadt lässt vermuten, dass im Laufe der vergangenen Jahre in Teilen der Gesellschaft eine Welle der Gewaltbereitschaft und Verrohung eingesetzt hat, von der nicht nur Politiker betroffen sind.

Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik teilte unlängst mit, dass in der Hauptstadt im Schnitt im vergangenen Jahr jeden Tag 19 Polizisten zum Opfer einer Gewalttat geworden sind. Laut Slowik geht es dabei um Delikte wie Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und tätliche Angriffe. Insgesamt sprach sie von fast 7000 solcher Straftaten gegen Polizisten im Jahr 2019 allein in Berlin.

Zudem sagte die Polizeipräsidentin, ihre Kolleginnen und Kollegen würden auch immer wieder beleidigt, bedroht und beschimpft. Immer öfter sind auch Sanitäter und Rettungskräfte von Gewalt betroffen: Berlins Feuerwehr zählte allein im vergangenen Jahr 200 Angriffe auf Feuerwehrleute. Eine besonders feige und brutale Attacke sorgte erst Mitte Januar für Schlagzeilen in Berlin: Fünf bis sechs Jugendliche hatten einen uniformierten Feuerwehrmann zusammengeschlagen, der gerade auf dem Weg zu seiner Nachtschicht war.

Überfall auf Feuerwehrmann

Der 38-Jährige musste wegen Kopfverletzungen zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus und konnte seinen Dienst nicht antreten. Bereits in der Silvesternacht hatten sich bei Angriffen auf Polizeibeamte und Feuerwehrleute in Berlin zum Teil sogar bürgerkriegsähnliche Szenen abgespielt. Im Internet kursierte ein Video, auf dem zu sehen war, wie Täter ganz gezielt Silvesterraketen auf Beamte abschießen und im Sekundentakt Pyrotechnik neben Polizeiautos explodieren ließen.

Am Alexanderplatz hatte ein Mann mit einer Schreckschusswaffe sogar direkt auf Polizeibeamte geschossen. Auch die Feuerwehr berichtete von einem Vorfall, bei dem mehrere Personen versucht hatten, bei einem Fahrzeug die Tür zu



Bürgerkriegsähnliche Szenen: Polizisten mussten an Silvester Feuerwehrleute in Berlin vor dem Mob schützen

Foto: ullstein

öffnen, um mit Schreckschusspistolen auf Einsatzkräfte zu schießen. Die Berliner FDP-Fraktion nahm die Vorgänge der Silvesternacht inzwischen zum Anlass, um im Abgeordnetenhaus in einer Aktuellen Stunde die Frage aufzuwerfen: „Wer schützt diejenigen, die uns schützen?“

FDP-Innenpolitiker Marcel Luthe sagte zur Begründung für seinen Vorstoß, Opferdelikte seien „auf einem historischen Höchststand, während gleichzeitig der Senat ... nichts unternimmt, um die Sicherheitsbehörden zu stärken“. Die rot-rot-grüne Senatskoalition forderte Luthe auf, statt „falscher und unsinniger Maßnahmen wie dem sogenannten Antidiskriminierungsgesetz“ besser die Rechtsgrundlage für den Einsatz von sogenannten Tasern zu schaffen. Solche Elektroschock-Waffen sollen Angreifer wehrlos machen, ohne schwere Verletzungen zu hinterlassen.

Auch Burkard Dregger, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, sprach sich gegen das Landesantidiskriminierungsgesetz aus und forderte die rot-rot-

grüne Koalition auf, endlich eine gesetzliche Grundlage für den Einsatz von Bodycams zu schaffen. Wörtlich sagte Dregger: „Seit zwei Jahren liegt ein Gesetzentwurf zu Bodycams vor.“ Als Reaktion auf die Vorwürfe der Opposition verwies Innenminister Andreas Geisel auf die Maßnahmen, die Rot-Rot-Grün in dieser Legislaturperiode bereits eingeleitet habe: „Wir haben 6300 neue Schutzwesten angeschafft – vorher mussten sich zwei Polizisten eine Weste teilen.“

„Senat unternimmt nichts“

Zur Erforschung der zunehmenden Gewaltbereitschaft und Enthemmung in der Gesellschaft hat der Senat offenbar inzwischen eine Studie in Auftrag gegeben. Ein näherer Blick auf die bedrohliche Entwicklung in Berlin erscheint auch dringend erforderlich. Der Sprecher der Berliner Gewerkschaft der Polizei (GdP), Benjamin Jendro, sieht nach den äußerst brutalen Angriffen in der Silvesternacht bereits eine neue Dimension erreicht, „was die Schwelle der Gewalt angeht“.

Inzwischen ist sogar die Polizeigewerkschaft selbst ins Visier von offenbar politisch motivierten Kriminellen aus dem linksextremen Gewalttätermilieu gerückt. Mutmaßlich linke Täter haben in einer Tiefgarage in Berlin-Schöneberg ein Auto der GdP demoliert. Bei dem Fahrzeug schlugen sie die Scheiben ein, zerstachen die Reifen und sprühten zudem den Inhalt eines Feuerlöschers in den Innenraum des Wagens. Wie die Polizei inzwischen mitgeteilt hat, machen die schweren Beschädigungen eine weitere Nutzung des Fahrzeugs nicht mehr möglich.

In einem Bekennterschreiben, das auf dem berüchtigten linken Netzportal „Indymedia“ veröffentlicht wurde, warfen die mutmaßlichen Täter der Polizeigewerkschaft die „Duldung von Polizeigewalt“ und eine politische Einflussnahme vor. Zudem riefen die Verfasser des Schreibens zu einer Demonstration gegen den Europäischen Polizeikongress auf, der im Februar in der deutschen Hauptstadt stattfindet.

WUT IN BERLIN-MITTE

Kostenhammer gegen kritische Bürger

Weil sie Widerspruch gegen Straßenumbenennungen einlegten, sollen Anwohner 148 Euro zahlen

Gegen massive Proteste der Anwohner will das Bezirksamt Berlin-Mitte die Umbenennung der Petersallee, des Nachtigalplatzes und der Lüderitzstraße durchsetzen. Diese drei Straßen sind Teil des Afrikanischen Viertels im Stadtteil Wedding. Grüne, SPD, Linkspartei und Piratenpartei stimmen für die Umbenennung, CDU und AfD dagegen. Die FDP enthielt sich.

Nur CDU und AfD waren dagegen

124 Berliner legten beim Bezirksamt daraufhin Widerspruch gegen die Umbenennung ein. Die Widersprüche wurden jedoch unisono zurückgewiesen – und das auch noch kostenpflichtig. Pro Widerspruch will das Amt 148,27 Euro von den Bürgern kassieren. Ursprünglich gab es

mehr als 500 Widersprüche, aber das Bezirksamt akzeptierte nicht alle als gültig. Unter den Widerspruchsführern befanden sich rund 200 ortsansässige Geschäftsleute. Sie machen zusätzliche Kosten für Visitenkarten und Briefbögen geltend, die sie zu tragen hätten.

Die Begründung der Straßenumbenennungen durch das von den Grünen geführte Bezirksamt ist eine „moralische“: Die Namensträger seien rassistische Kolonialisten gewesen. Auch eine umfangreiche Unterschriftensammlung von Anwohnern beeindruckte Bürgermeister Stephan von Dassel (Grüne) nicht. Kompromissvorschläge der Anwohner wurden ignoriert.

Diese schlugen etwa vor, den Nachtigalplatz nach dem gleichnamigen Dichter

zu benennen. Die Petersallee heißt ohnehin schon seit Jahren nach einem gleichnamigen NS-Widerstandskämpfer. (Hans Peters 1896–1966).

Kompromissvorschläge ignoriert

Einige Anwohner beklagen nun, sie könnten den Gebührenbescheid nicht bezahlen, weil sie von der Grundsicherung leben müssten. Rentnerin Monika Haus: „Ich beziehe Grundsicherung, das ist zu viel Geld für mich. Ich hoffe, ich kann den Betrag abstottern.“ Das Bezirksamt zeigte sich „generös“: Da die Widersprüche gleichlautend waren, wurde die Gebühr auf 20 Prozent der Höchstsumme gesenkt.

Mit den Bescheiden dürfte die Angelegenheit für Dassel und seine Partei aber

kaum ausgestanden sein. Die meisten Bescheidempfänger kündigten nämlich an, vor dem Verwaltungsgericht klagen zu wollen. Im Herbst 2021 stehen nicht nur Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, sondern auch zu den Bezirksverordnetenversammlungen an. Da die Verwaltungsgerichte überlastet sind und es auch dort einen Instanzenweg gibt, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass der Zorn der Bürger sich bis zum Urnengang nicht gelegt haben wird.

Anwohnerin Karin Herrmann, die seit 1976 in der Lüderitzstraße wohnt, ist jedenfalls von der Politik enttäuscht: „Wir Anwohner scheinen niemanden zu interessieren.“ Dass sie 2021 eine Partei der rot-rot-grünen Koalition ankreuzt, erscheint unwahrscheinlich. Frank Bückner

KOLUMNE

Clärchens letzter Tanz

VON THEO MAASS

Seit 1913 gehört Clärchens Ballhaus zu den bekannten Vergnügungslokalen in Berlin. Zwei Weltkriege, die Nationalsozialisten und die DDR-Kommunisten haben dieses traditionsreiche Tanzlokal in Berlin-Mitte nicht kaputt bekommen. Tom Cruise und Brad Pitt waren da, Max Raabe nahm im Spiegelsaal des Lokals ein Album auf. Zu DDR-Zeiten frequentierten NVA-Soldaten dieses Tanzlokal für die „reifere Jugend“. Prostituierte und Stasileute warteten hier auf Kundschaft. Es wurde nach Disko, Walzer, Swing und Tango getanzt. Das Besondere: In Clärchens Ballhaus bekam man auch zu Essen.

Yoram Roth, Sohn des erfolgreichen Immobilienunternehmers Rafael Roth, stapft erfolgreich in die Fußspuren seines Vaters. Er kaufte Ende 2018 das Areal an der Auguststraße 24. Im Juli 2019 wurde öffentlich, dass er den Vertrag mit den bisherigen Betreibern nicht verlängert. Jetzt wird der Komplex erst einmal saniert. Der neue Besitzer versichert: „Ich will, dass das Gebäude hinterher so aussieht, als wäre es nie angefasst worden.“ Das Ballhaus soll in fünf bis sechs Monaten wiedereröffnet werden. Nun, man wird sehen.

Tatsächlich sind in den vergangenen 20 Jahren viele Lokale, Kinos und Klubs verschwunden, die früher einmal das Flair der Innenstadt ausmachten, auch im alten West-Berliner Zentrum, beispielsweise am Kurfürstendamm, ist vieles weg. Das Big Eden, Flash Point, das Marmorhaus, das Kopenhagen oder zuletzt das Lousiada, um nur einige frühere Anziehungspunkte zu nennen. Ein neuer Pächter für den Fall der Wiedereröffnung sei noch nicht in Sicht. Und das Sterben der Klubs geht unvermindert weiter (siehe Meldung unten).

MELDUNG

Politik will Klubs helfen

Berlin – In Berlin droht zwei auch international bekannten Klubs die Schließung. Im Laufe dieses Jahres könnten das „KitKat“, und auch der „Sage Club“ eine Kündigung durch den Eigentümer der Immobilie erhalten. Beide Klubs nutzen ein Gelände in Berlin-Mitte, auf dem möglicherweise ein Hotel entstehen soll. So wie die beiden Clubs stehen viele Veranstalter unter dem Druck immer weiter steigender Gewerbemieten und eines sinkenden Flächenangebots. Nachdem in den vergangenen Jahren bereits einige Traditionslokale aufgeben mussten, ist die Sicherung der Berliner Klubkultur auch ein Thema für die Politik geworden. Bereits seit November 2018 fördert der Berliner Senat den Einbau von Schallschutzmaßnahmen in Klubs. Die gut 280 Klubs und Veranstalter haben sich für die Hauptstadt zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor mit einem geschätzten Jahresumsatz von 170 Millionen Euro entwickelt. So locken sie massenhaft Besucher aus aller Welt in die Hauptstadt. Dies spült viel Geld in die Kassen der chronisch klammen deutschen Hauptstadt. N.H.

● MELDUNGEN

Schimpfwort
„Soros-Zögling“

Kiew – In der Ukraine wird der US-Milliardär George Soros, der 2014 den Euromajdan unterstützt haben soll, allmählich zum Buhmann. Nachdem er bereits in Ungarn und Rumänien sowie in Russland als Staatsfeind gilt, beschimpfen sich neuerdings ukrainische Politiker als „Sorosjata“ (Soros-Zöglinge). Gingen die Beschimpfungen zunächst von Abgeordneten der prorussischen Partei „Oppositionsplattform“ aus, überziehen sich inzwischen auch Politiker der Regierungspartei „Diener des Volkes“ mit dieser Schmähung. Soros, der auch als Unternehmer in der Ukraine aktiv ist, wird nachgesagt, Einfluss auf den Ministerpräsidenten, den Generalstaatsanwalt und den Chef des Energiekonzerns Naftogas genommen zu haben sowie die neoliberale Partei „Golos“ zu finanzieren. Ukrainische Politologen gehen davon aus, dass ein Machtkampf innerhalb der Regierungspartei im Gange ist, in der Oligarch Igor Kolomojskij, dem eine Nähe zu Präsident Wladimir Selenskij nachgesagt wird, die Strippen zieht. **MRK**

Hunderte
festgenommen

Ciudad Hidalgo – In den vergangenen Tagen wurden in Mexiko Hunderte Migranten festgenommen, die im Ort Ciudad Hidalgo in Guatemala aufgebrochen waren, um in die USA zu gelangen. Mexikanische Nationalgardisten feuerten mit Tränengas auf eine Menschenmenge, die durch den Suchiate-Fluss gewatet war, der die natürliche Grenze zwischen Mexiko und Guatemala bildet. Die Nationalgardisten waren aus der Menge heraus mit Steinen beworfen worden. Etwa 200 Migranten gelang es dennoch, den Riegel der Sicherheitskräfte zu durchbrechen. Vor Kurzem war es bereits an dem Fluss zu gewalttätigen Konfrontationen zwischen Migranten und mexikanischen Sicherheitskräften gekommen. 1500 Zentralamerikaner wurden dabei aufgehalten. Sie gehören einer Gruppe von 3000 Menschen aus Honduras an, die wegen Gewalt und Armut ihre Heimat verlassen, um in den USA ihr Glück zu versuchen. **MRK**

Le Pen im
Aufwind

Nanterre – Beim Neujahrsempfang ihrer Partei Rassemblement National (RN) kündigte die französische Politikerin Marine Le Pen an, 2022 für die Präsidentschaftswahl kandidieren zu wollen. Le Pen spürt Aufwind: In Umfragen liegt sie gleich auf mit Präsident Emmanuel Macron, dessen Rentenreformpläne auf große Ablehnung in der Bevölkerung stoßen. Für Le Pen ist es der dritte Versuch, in den Elysee-Palast einzuziehen. 2012 gelang es ihr nicht, sich für die Stichwahl zu qualifizieren, 2017 unterlag sie mit 33,7 Prozent der Stimmen. Obwohl die RN bislang keine Alternative zu Macrons Rentenreform und kein neues Programm vorgestellt hat, stehen Le Pens Chancen gut. Laut jüngsten Umfragen wünschen sich 71 Prozent der Franzosen eine Frau im Präsidentenam. Macron wirft sie vor, ein Präsident der Reichen zu sein. **MRK**



Erster Schlagabtausch zwischen Demokraten im Sheslow Auditorium der Drake University in Des Moines, der Hauptstadt des US-Bundesstaates Iowa: Elizabeth Warren, Joe Biden und Bernie Sanders (von links) **Foto: ddp images**

US-DEMOKRATEN

Zerstritten gegen Trump

Kandidatensuche: Übernächsten Montag finden in Iowa die ersten Vorwahlen statt

VON DIETER BARBIAN

Die Vorwahlen in den verschiedenen Bundesstaaten entscheiden darüber, wen die Demokraten im November gegen den republikanischen Präsidenten Donald Trump ins Rennen schicken. Von der ersten Wahl im 29. Bundesstaat der USA, Iowa, geht eine wichtige Signalwirkung aus. Gesucht wird ein Kandidat, der sich der Kampagnenfähigkeit Trumps entgegenstellen kann.

Der Kandidat der Parteijugend

Einer der Kandidaten, Pete Buttigie, sagt pathetisch: „Eines Tages geht die Sonne auf und Donald Trump ist nicht mehr Präsident.“ Der Bürgermeister der 100.000-Einwohner-Stadt South Bend im Bundesstaat Indiana ist 37 Jahre alt, mit einem Mann verheiratet und war als Offizier im Afghanistankrieg. Er gilt als Außenseiter, der erstaunlich schnell Boden gut gemacht hat. Vor allem ist er der jüngste der demokratischen Kandidatenriege. Von ursprünglich 15 Kandidaten sind bis jetzt noch zwölf übriggeblieben. Fünf von ihnen werden möglicherweise das Rennen unter sich ausmachen.

Während Buttigie der Kandidat der Parteijugend ist, setzt das Establishment auf etablierte, bewährte Köpfe. Favorit ist Joe Biden. Dem früheren Vizepräsidenten werden gute Chancen eingeräumt. Inhaltlich stellt sich der 77-Jährige gegen einen radikalen Umbau des Krankenkassensystems. Er will die Reformen von Barack Obama weiterführen und erhält Wahlkampfunterstützung seines ehemaligen Chefs. Biden gilt intern zwar als zu alt, genieße aber, so heißt es, viele Sympathien auch bei Wählern, die vor fünf Jahren für Trump gestimmt haben.

Noch ein Jahr älter ist Bernie Sanders. Der 78-jährige Senator aus Vermont hat eine große Fanbasis, weil er ein absoluter Lautsprecher ist. Er will eine rein staatliche Krankenversicherung, eine radikale Klimapolitik, eine massive Umverteilung des Vermögens. Sein Problem ist, dass er ganz links steht und in den sogenannten Swing States (Schwingstaaten) kaum geeignet wäre, bürgerliche Wähler auf seine Seite zu ziehen.

Dies gilt auch für seine Rivalin vom linken Flügel, Elizabeth Warren. Die 70-jährige Senatorin von Massachusetts kokettiert gerne mit ihrem Alter und hat scherzhaft erklärt, sie wäre bei ihrer Wahl

die jüngste US-Präsidentin aller Zeiten, keine Kunst, denn sie wäre die erste überhaupt.

Der Quereinsteiger und Milliardär

Warren und Sanders bekamen sich im Rahmen der letzten TV-Debatte der Kandidaten schwer in die Wolle. Sanders, durchaus als Macho bekannt, soll intern gelästert haben, die Amerikaner würden niemals eine Frau zur Präsidentin wählen. Warren fand dies unerhört. Doch der öffentliche Streit dürfte beiden schaden.

Profiteur ist neben dem Favoriten Biden und Außenseiter Buttigie möglicherweise der absolute Quereinsteiger Michael Bloomberg. Der frühere Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, gibt sich mit solchen Kleinigkeiten gar nicht erst ab. Er beteiligt sich an internen TV-Runden ebenso wenig wie an der Vorwahl in Iowa. Der 77-Jährige steigt erst zum sogenannten Super Tuesday (Super-Dienstag) Anfang März ein, wenn in vielen bevölkerungsreichen Staaten abgestimmt wird. Er finanziert seine Kampagne aus der eigenen Tasche, er verfügt über das größte Budget und die meisten Mitarbeiter. Bloomberg war erst Ende November als offizieller Bewerber für die

Präsidentschaftskandidatur der US-Demokraten eingestiegen. Bislang hat sich der Multimilliardär mit einem geschätzten Vermögen von 50 Milliarden US-Dollar mit öffentlichen Auftritten zurückgehalten, setzt stattdessen auf einen Medien-Wahlkampf. Bislang hat Bloomberg rund 200 Millionen US-Dollar für Fernsehwerbung ausgegeben. Die Kosten der Bloomberg-Kampagne bis zum „Super Tuesday“, wenn in 14 Staaten gewählt wird, werden auf bis zu 400 Millionen Dollar geschätzt. Der eigentliche Wahlkampf hat dabei noch gar nicht mal begonnen.

Der Kandidat des Establishments

Parteiintern macht er sich damit nur wenige Freunde. „Ich bin angewidert von der Idee, dass Michael Bloomberg oder irgendein anderer Milliardär glaubt, er könne den politischen Prozess umgehen und mit zweistelligen Millionensummen unsere Wahlen kaufen“, sagte Bernie Sanders erbot.

Die Wähler könnten dies anders sehen. Die Bank Standard Chartered kommt jedenfalls in einer aktuellen Analyse zu dem Ergebnis, dass Bloomberg die größten Chancen habe, Trump zu schlagen.

UNRUHIGE ZEITEN

Hongkong war nur der Anfang

Eine Protestwelle durchzieht viele Länder der Erde

Nach dem Arabischen Frühling von 2011 durchzieht eine im Sommer in Hongkong begonnene neue Protestwelle, diesmal eine internationale, viele Länder der Erde, ohne dass diese auf den ersten Blick etwas miteinander zu tun haben. An vorderster Front dabei sind wieder einige arabische Länder, die bereits 2011 mit einer simultanen Protestbewegung auf sich aufmerksam gemacht hatten.

Von Arabien bis Südamerika

Im arabischen Bereich gehörten die Länder Irak, Libanon, Sudan und Algerien zu den wenigen, die 2011 die Arabellion nicht

mitgemacht hatten. Diese Länder sind jetzt dabei, diesen 2011 ausgebliebenen Volksaufstand nachzuholen. Deshalb stürzten im Sudan und in Algerien in diesem Jahr langjährige Autokraten, Überbleibsel der Zeit vor der Arabellion.

Ein ähnliches Schicksal könnte jetzt dem Irak und sogar dem Libanon drohen, in denen scheinbar spontane Proteste sich gegenseitig hochschaukeln und dabei sind, sich zu institutionalisieren. Der Irak und der Libanon sind zwei der wenigen arabischen Länder, in denen es demokratische Wahlen und auch daraus hervorgegangene Regierungen gibt. Aber in beiden Ländern,

die langjährige Bürgerkriege hinter sich haben, sind diese demokratischen Regierungen schwache Regierungen, die es nicht geschafft haben, eine Politik für die Mehrheit des Volkes zu machen. Die dort gewählten Volksvertreter verstanden ihr Mandat oft als Freischein zur Selbstbereicherung.

Und Europa hat Katalonien

Die Völker wollen nun nicht mehr bis zu den nächsten Wahlen warten, um die Regierungen abzuwählen, wie das demokratischer Brauch ist, sondern sie wollen, dass korrupte Politiker sofort gehen. Im Libanon ist

Ministerpräsident Saad Hariri am 29. Oktober zurückgetreten, Gleiches tat der irakische Ministerpräsidenten Adil Abd al-Mahdi einen Monat später. Ob damit die Proteste zurückgehen, wagt niemand zu sagen, im Sudan und in Algerien haben Rücktritte die Proteste nur vorübergehend verdrängt.

Ein weiterer Proteste-Schwerpunkt hat sich in Südamerika gebildet. Dort gehen Hunderttausende von Menschen in Bolivien, Venezuela, Ecuador und Chile auf die Straße wegen Steuererhöhungen, Buspreiserhöhungen oder gefälschter Wahlergebnisse. Und in Europa brodelt es in Katalonien. **Bodo Bost**

VON PETER ENTINGER

Ursula von der Leyen denkt in großen Dimensionen. Als sie im Dezember 2019 erstmals die Pläne der EU-Kommission zum sogenannten Green Deal vorstellte, sprach sie von „Europas Mann-auf-dem-Mond-Moment“. Das Europa-Parlament hat am vergangenen Mittwoch dann noch höhere Maßstäbe für den Klimaschutz gefordert. In der ersten offiziellen Reaktion auf die Initiative der Kommission forderten die Abgeordneten in Straßburg, dass das EU-Ziel zur Reduzierung des Kohlendioxidanstiegs bis 2030 erhöht werden müsse. Das Europa-Parlament möchte, dass die Emissionen in der EU um 55 Prozent gegenüber 1990 verringert werden, statt um „mindestens 50 bis 55 Prozent“, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen.

„Wahnsinnige Vorstellung“

Hauptbestandteil des Green Deals ist der Ausstieg aus der Kohleenergie. Ein Blick auf das Abstimmungsverhalten spricht Bände. Immerhin 136 Parlamentarier stimmten mit Nein, auffallend viele Gegenstimmen kamen aus Ostmittel- und Osteuropa. Polen setzt bei der Stromerzeugung noch zu 80 Prozent auf Kohle und zeigt bisher wenig Interesse an einer von der EU verordneten Energie-Wende. Während von der Leyen von einer „grünen Investitionswelle“ träumt und Investoren zur Finanzierung des mindestens eine Billion teuren Projekts gewinnen will, regiert hinter den Kulissen von Straßburg auch Skepsis. Das von der EU-Kommission vorgelegte Investitionsprogramm in Höhe von einer Billion Euro sei nicht überzeugend gegenfinanziert, heißt es. Knackpunkt ist vor allem der geplante EU-Fonds für einen „gerechten Übergang“. Damit soll Ländern wie Polen der Kohleausstieg schmackhaft gemacht werden. Um auf Gelder aus dem „Just Transition Fund“ hoffen zu können, müssen interessierte Mitgliedsstaaten dem Kommissionsentwurf zufolge konkrete Pläne vorlegen, wie sie dem Ziel einer „klimaneutralen“ Wirtschaft näher kommen wollen und wie die EU-Mittel dabei helfen sollen.

„Luftbuchungen“

Und hier kommt die Bundesrepublik ins Spiel. Traditionell ist Deutschland einer der größten Nettozahler in der EU. Auch in diesem Lande gibt es trotz der Energiewende in der Lausitz und auch im Rheinland noch Regionen, in denen viele Arbeitsplätze an der Kohle hängen. Dass Deutschland nun einerseits Gelder nach Brüssel überweist, um sie auf anderen Wegen für den Strukturwandel zurückzubekommen, scheint unrealistisch. Der Sprecher der Christdemokraten im Eu-



Bei der Vorstellung ihres Green Deals: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

Foto: _imago images/Xinhua

EUROPÄISCHE UNION

Wer zahlt für den „Green Deal“?

Eine Billion Euro will Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für die Klimapolitik ausgeben. Das wirft die Frage auf, woher das Geld kommen soll

ropäischen Parlament, das Mitglied im Landesvorstand der CDU Nordrhein-Westfalen, Peter Liese, beispielsweise macht sich keine Illusionen. Er fürchtet, dass es für Kohleregionen im angeblich wirtschaftlich starken Deutschland schwer werden dürfte, Mittel aus dem neuen Fonds zu erhalten. „Man kann aber auch nicht erwarten, dass Deutschland mehr zahlt, wenn es dann für deutsche Kohleregionen kein Geld aus dem Fonds gibt“, sagte er. Das sei eine „wahnsinnige Vorstellung“.

„Größte Umverteilungsmaßnahme“

Fest steht, dass ein EU-weiter Ausstieg aus der Kohleenergie Zehntausende Arbeitsplätze vernichten wird. Die EU-Kommission will mit dem „Übergangsfond“ den betroffenen Regionen dabei helfen, die sozialen Folgen zu bewältigen. 30 bis 50 Milliarden Euro will

die Brüsseler Behörde dafür im neuen mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 bereitstellen. Der größte Teil soll mit Umschichtungen aus anderen Haushaltstiteln erwirtschaftet werden, etwa aus den milliardenschweren Strukturfonds. Denn neue Geldquellen sind erstmal nicht in Sicht. Die EU selbst darf keine Schulden machen und auch keine Kredite aufnehmen. Und ob von der Leyens angekündigte Investoren aus der Öko-Branche wirklich Schlange stehen, muss sich erst noch zeigen.

Das „Handelsblatt“ bezeichnete von der Leyens Projekt bereits als „größte Umverteilungsmaßnahme“ der EU-Geschichte und prophezeit ein düsteres Szenario: „Knapp die Hälfte aus den EU-Struktur- und Sozialfonds soll für klimafreundliche Projekte ausgegeben werden – Zug statt Straße, Windpark statt Kohlekraftwerk.“ Selbst aus den Reihen

der Grünen ist Skepsis zu hören: „Die Finanzierung des Green Deals besteht im Wesentlichen aus Luftbuchungen“, kritisierte Sven Giegold, Sprecher der deutschen Grünen-Delegation im EU-Parlament. Die Pläne liegen noch nicht einmal komplett auf dem Tisch, da ist Streit schon programmiert. Sollte von der Leyens Kommission tatsächlich an Förderlöcher der Landwirtschaft herangehen, könnte sich Frankreich querstellen. Auch die CSU dürfte dann hellhörig werden.

„Eine Enttäuschung“

Und so wundert das Fazit der Deutschen Industrie- und Handelskammer kaum: „Das angekündigte Investitionsprogramm wird bei Weitem nicht ausreichen, da im Kern lediglich bereits geplante öffentliche Mittel umgeschichtet werden“, sagte Präsident Eric Schweitzer und spricht von „einer Enttäuschung“.

SKYSCRAPER-INDEX

Wolkenkratzer als böses Omen

Laut Andrew Lawrence folgen rekordverdächtigen Hochhaus-Projekten schwere Wirtschaftskrisen

Seit der biblischen Erzählung über den Turmbau zu Babel wird die Errichtung besonders hoher Bauten als Zeichen folgenreicher menschlicher Hybris betrachtet. Und tatsächlich scheinen aufstrebende Rekord-Wolkenkratzer regelmäßig schwere wirtschaftliche Krisen anzukündigen, die aus einem unangemessenen Optimismus und übertriebenem Wagemut der Investoren resultieren.

So folgte der Grundsteinlegung des Singer Building (187 Meter, Bauzeit 1906–1908) sowie des Metropolitan Life Tower (213 Meter, Bauzeit 1907–1909) in New York eine starke Rezession in den USA, die bis 1910 andauerte. Und auch vor dem Börsenkrach von 1929, der die Weltwirtschaftskrise auslöste, war man in der

US-Metropole gerade dabei, zwei der höchsten Gebäude der Welt zu errichten, nämlich das Bank of Manhattan Company Building (283 Meter, Bauzeit 1929/30), auch „40 Wall Street“ oder „The Trump Building“ genannt, und das Chrysler Building (319 Meter, Bauzeit 1928–1930). Ebenso wuchsen der heute „Willis Tower“ heißende einstige Sears Tower in Chicago (527 Meter, Bauzeit 1970–1974) und das 1973 eröffnete World Trade Center in New York (526 Meter) genau in der Zeitspanne in die Höhe, in der sich die Ölkrise von 1973 und neuerliche schwere Turbulenzen auf dem Finanzsektor ankündigten. Dergestalt ging es dann weiter: Der von 1992 bis 1998 erfolgende Bau der Petronas Towers (452 Meter) in der malaysischen Hauptstadt

Kuala Lumpur korrelierte mit dem Ausbruch der Asienkrise im Jahre 1997. Und als das Taipei Financial Center (508 Meter) 1999 bis 2004 auf Taiwan entstand, platzte 2000 die sogenannte Dotcom-Blase, wodurch die Börsenwerte vieler Unternehmen der IT-Branche in den Keller fielen. Das letzte eindrucksvolle Exempel für den Zusammenhang zwischen gigantomanischen Immobilien-Projekten und einer schwerwiegenden wirtschaftlichen Krise bot die globale Rezession ab 2007: Dieser vorausgegangen waren der Baubeginn am Burj Khalifa in Dubai (829 Meter) 2004 und dem Chicago Spire (geplant: 610 Meter) 2007.

Hieraus leitete der Immobilien-Analyst bei der US-Investmentbank Dresdner

Kleinwort Wasserstein, Andrew Lawrence, den sogenannten Skyscraper-Index ab. Der besagt, dass visionäre Bauvorhaben ein sicherer Indikator dafür seien, dass die Konjunktur ihren Höhepunkt erreicht habe und ein Abschwung bevorstehe. Sollte dies stimmen, dann wäre es nicht mehr weit bis zur nächsten tiefen Rezession. Schließlich entstehen im Wüstensand der Arabischen Halbinsel gerade zwei neue Riesengebäude: der Dubai Creek Tower (geplante Höhe: 928 Meter) und der Jeddah Tower im saudi-arabischen Dschidda (geplante Höhe: 1007 Meter). Die Fertigstellung des Ersteren soll im Herbst dieses Jahres anlässlich der Eröffnung der Expo 2020 erfolgen, die Einweihung des anderen Turmes soll zwei Jahre später folgen. *Wolfgang Kaufmann*

● MELDUNGEN

Airbus droht Zollerhöhung

Washington – Das auf die Luftfahrtbranche spezialisierte Fachjournal „Leeham News and Analysis“ („LNA“) sagt in seiner Prognose 2020 eine Verschärfung des Handelsstreits zwischen den USA und der EU voraus. Nach den Informationen von „LNA“ laufen vor dem Hintergrund der Krise des US-Flugzeugbauers Boeing Überlegungen, die Zölle für Produkte des europäischen Flugzeugbauers Airbus von zehn auf 25 Prozent heraufzusetzen. Laut „LNA“ herrscht bei der US-Regierung zudem Verärgerung über das Agieren der Europäischen Agentur für Flugsicherheit bei der Wiederrücknahme der Boeing 737 MAX. Für diesen Flugzeugtyp gilt derzeit ein weltweites Startverbot. Als weiteren kritischen Punkt im Verhältnis zwischen Washington und Brüssel nennt „LNA“ die Prüfung der Fusion der Verkehrsflugzeugsparte von Boeing mit dem brasilianischen Flugzeugbauer Embraer durch die EU-Wettbewerbsbehörden. N.H.

Weiterer Stellenabbau

Rüsselsheim – Beim Autobauer Opel haben sich Management und Beschäftigtenvertreter auf den weiteren Abbau von 2100 Stellen bis Ende 2021 verständigt. In den Jahren 2022 und 2023 könnten noch mal jeweils 1000 weitere Jobs in den deutschen Opel-Werken wegfallen. Die Zukunft des Opel-Stammssitzes in Rüsselsheim soll durch Investitionen und die Produktion zusätzlicher Varianten des Opel Astra gesichert werden. Der französische PSA-Konzern hat Opel im August 2017 mit rund 19000 Arbeitsplätzen in den deutschen Werken übernommen und eine Jobgarantie bis Mitte 2023 abgegeben. Seitdem haben rund 6800 Opel-Mitarbeiter einen vorzeitigen Ausstieg des Autoexperten Ferdinand Dudenhöffer wegen gewaltiger Überkapazitäten in Entwicklung und Produktion sowie durch die Umstellung auf Elektroautos in den kommenden zehn Jahren weiter kontinuierlich die Mitarbeiterzahl verringern. N.H.

Mehr Renten ins Ausland

Rom – Immer mehr Gastarbeiter im Rentenalter kehren in ihre Heimatländer zurück. Doch auch die Zahl der an Deutsche gezahlten Auslandsrenten steigt. 14 Prozent davon gehen an Deutsche, die ihren Wohnort im Ausland haben oder sich dauerhaft dort aufhalten, teils, weil das Leben im Ausland – gerade in ehemaligen Ostblockstaaten wie Rumänien oder Bulgarien – günstiger ist, teils, weil es sie einfach an ihren Sehnsuchtsort zieht. Die Rentenversicherung hat im Jahr 2018 1,75 Millionen Renten ins Ausland gezahlt. Laut Rententatlas 2019 gingen 6,8 Prozent aller Renten ins Ausland. Gegenüber dem Jahr 2000 ist das ein Anstieg von 45 Prozent. Allein nach Italien gehen 367000 Renten, gefolgt von Spanien mit zirka 202000 und Griechenland mit 98000. Laut der Deutschen Rentenversicherung haben viele dieser Rentner Anspruch auf mehrere Rentenarten, etwa eine Alters- und eine Hinterbliebenenrente. *MRK*

KOMMENTARE

Sprachpolitik

ERIK LOMMATZSCH

Ein „Irgendwas des Jahres“ sichert mediale Aufmerksamkeit. So gibt es hierzulande nicht nur Tiere und Pflanzen, sondern auch ein „Wort des Jahres“. Dieses verkündet die „Gesellschaft für deutsche Sprache“ (GfdS). Seit 1991 existiert zudem ein „Unwort des Jahres“, über das ein anderes Gremium entscheidet. Vorschläge für das „Unwort“ kann jeder einreichen, die Zahl der jeweiligen Nennungen ist jedoch kein Kriterium. Nach welchen Maßstäben trifft dann aber die von der Linguistikprofessorin Nina Janich geleitete Jury ihre Wahl? Man werfe einen Blick auf die „Unworte“ seit 2013: „Sozialtourismus“, „Lügenpresse“, „Gutmensch“, „Volksverräter“, „alternative Fakten“, „Anti-Abschiebe-Industrie“. Noch Fragen?

Dabei soll doch, laut Eigendarstellung, nur „Sprachsensibilität“ gefördert werden. Den „sprachkritischen Blick“ wolle man auf Formulierungen lenken, die „gegen sachliche Angemessenheit und Humanität verstoßen“. Als

„Unwort“ für 2019 – die Bestimmung erfolgt immer für das abgelaufene Jahr – kam nun der Begriff „Klimahysterie“ hinzu. Erklärung: Er wurde von vielen verwendet, „von der F.A.Z., über Unternehmer bis hin insbesondere zu AfD-Politikern“, er pathologisiere „das zunehmende Engagement für den Klimaschutz als eine Art kollektiver Psychose“ und stütze „in unverantwortlicher Weise wissenschaftsfeindliche Tendenzen“. Nach einer solchen Begründung, deren politische Motivation nicht einmal ansatzweise verborgen wird, fühlt man sich einmal mehr in der Ansicht bestätigt, dass „Klimahysterie“ für eine Reihe gesellschaftlicher Erscheinungen der Gegenwart schlicht und einfach eine treffende Zustandsbeschreibung ist.

„Klimahysterie“ wurde der „Unwort“-Jury übrigens lediglich neun Mal vorgeschlagen. Nicht ganz so platt wie diese, aber mit demselben Ziel, betätigte sich bereits 2018 die Gesellschaft für deutsche Sprache. „Wort des Jahres“ war damals – damit der Klimawandel im Gedächtnis bleibt – „Heißzeit“.

Das Recht der Sieger

MANUEL RUOFF

Gutmütige Geister mögen meinen, dass das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal eine Folge der vorausgegangenen grausamen NS-Verbrechen gewesen sei. Doch bereits nach dem Ersten Weltkrieg waren die Westmächte bestrebt, über tatsächliche und vorgebliche Kriegsverbrecher unter den von ihnen besiegten Deutschen zu Gericht zu sitzen. Über fast 900 Reichsbürger wollten die Alliierten damals richten. 895 Namen umfasste eine entsprechende Liste mit auszuliefernden Personen, welche die Alliierten vor 100 Jahren, am 3. Februar 1920, der Reichsregierung übermittelten.

Damals scheiterte dieser Versuch einer Siegerjustiz jedoch. Das lag zum einen daran, dass Kaiser Wilhelm II. sich rechtzeitig in die Niederlande und damit in einen neutralen Drittstaat abgesetzt hatte, der die Auslieferung verweigerte. Es lag zum anderen daran, dass das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg noch handlungsfähig war

und ebenso wenig wie die Siegermächte bereit war, Staatsbürger, die Kriegsverbrechen beschuldigt waren, an die jeweils andere Seite auszuliefern. Man einigte sich schließlich darauf, dass die deutsche Justiz den alliierten Kriegsverbrechens-Vorwürfen nachging.

Kritik an dieser nach dem Ersten Weltkrieg noch abgewendeten Form alliierter Siegerjustiz bedeutet nicht, dass die alliierten Kriegsverbrechens-Vorwürfe nur Unschuldige getroffen hätten. So wurden von den 895 Deutschen und einer dreistelligen Zahl weiterer Personen, gegen welche die deutschen Behörden 1920 von sich aus Ermittlungen einleiteten, zehn zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Das ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Kritik. Josef Stalins Schauprozesse trafen auch nicht nur Unschuldige, denn wie die Französische Revolution fraß auch der Stalinismus seine Kinder. Trotzdem kommt hoffentlich niemand auf die Idee, die stalinistischen Schauprozesse als rechtsstaatlich und gerecht zu preisen (siehe Seite 11).

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.preussische-allgemeine.de

E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Wollen ohne Mehrheit im Landtag regieren: Rot-Rot-Grün in Thüringen

Foto: imago images/Jacob Schröter

LEITARTIKEL

Verschenkte Mehrheiten

RENÉ NEHRING

Gemeinsam neue Wege gehen“. Mit diesen Worten ist der Koalitionsvertrag überschrieben, den die Thüringer Landesverbände von SPD, Die Linke und Grünen in der vergangenen Woche unterzeichnet haben. „Neue Wege“ ist in diesem Fall keine beliebige Floskel aus dem Repertoire worgewandter Unternehmensberater, sondern ein ernstes Problem: Denn die drei Parteien treten an, den Freistaat künftig ohne eine Mehrheit im Landtag zu regieren.

Am 27. Oktober 2019 hatten die Thüringer ein Ergebnis gewählt, bei dem keine der üblichen Koalitionsoptionen eine Mehrheit hatte. Somit mussten Lösungen her, wie es sie noch nicht gegeben hatte. Tatsächlich zeigte sich CDU-Landeschef Mike Mohring zu einer Zusammenarbeit von Union und Linkspartei bereit. Allein ein Aufstand an der Parteibasis unterband diesen Versuch, der für die CDU vermutlich in einem Desaster geendet hätte. Nun blieb also nur noch, so die meisten Kommentare, die Duldung einer linken Minderheitsregierung durch die CDU. Oder?

Tatsächlich verdeckte das Lamento über die Erfurter Verhältnisse, dass es nicht nur dort, sondern auch andernorts alternative Mehrheiten gibt: Seit der Bundestagswahl 2017 hatten die bürgerlichen Parteien CDU/CSU, AfD und FDP bei fast allen Landtagswahlen und bei der Wahl zum EU-Parlament zusammen deutliche Mehrheiten vor Rot-Rot-Grün. Lediglich in Bremen und Brandenburg lagen die

Mitte-links-Parteien vorn. Dennoch wählte die CDU abwechselnd die SPD oder die Grünen oder beide zum Partner.

Für das Nichtzustandekommen einer Mitte-Rechts-Koalition gibt es mehrere Gründe. Zum einen führte der programmatische Wandel, den die Union in den letzten anderthalb Jahrzehnten vollzogen hat, dazu, dass sie in vielen Grundsatzfragen wie Zuwanderung, Energie, Verkehr, Familienpolitik heute dort steht, wo noch vor wenigen Jahren nur ihre Konkurrenten links der Mitte standen. Allein die Ent-

fernung zur FDP zeigt, wie sehr sich die CDU unter Angela Merkel gewandelt hat. Der zweite Grund für ein Nichtzustandekommen von Schwarz-Blau-Gelb ist jedoch die mangelnde Regierungsbereitschaft der AfD. Zwar verkündete die Partei auf ihrem Parteitag Ende 2019, künftig Regierungsbeteiligungen anstreben zu wollen – doch reicht ein entsprechender Beschluss allein nicht aus. Viel zu oft haben in den vergangenen Jahren führende Repräsentanten der AfD mit gezielten Provokationen den Bürgerschreck ge-

ben – von Björn Höckes Forderung nach einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ über die „Halbneger“-Beleidigung des Boris-Becker-Sohnes Noah durch den Abgeordneten Jens Maier bis hin zur „Vogelschiss-Rede“ des Parteivorsitzenden Alexander Gauland. Ebenso schwer wiegt die programmatische Unschärfe der AfD. Zwar ist es das gute Recht jeder Opposition, die Schwächen der Regierenden anzuprangern. Doch kommt irgendwann der Punkt, an dem die Wähler – zumal bürgerliche – konkrete Inhalte erwarten. Wo ist zum Beispiel das Rentenkonzept der AfD? Wo steht die Partei in den Debatten zur Verkehrswende? Wer eine Alternative sein will, muss eben auch inhaltliche Alternativen anbieten. Dass die Partei durchaus zur Sacharbeit fähig ist, hat sie erst Anfang dieser Woche gezeigt, als sie in Berlin ihr „Forst- und jagdpolitisches Leitbild“ vorstellte.

Die klugen Köpfe in Union und AfD sollten überlegen, wie lange sie den gegenwärtigen Zustand aufrechterhalten wollen. Die einen müssen sich fragen, wie lange sie noch eine Politik verantworten wollen, die sich immer weiter von den eigenen Grundsätzen entfernt; die anderen müssen sich fragen, wie lange sie noch trotz wachsender Wahlerfolge draußen bleiben wollen. Fakt ist: Wenn Union und AfD nicht zusammenfinden, werden die Deutschen noch eine ganze Weile mit dem Paradoxon leben müssen, dass sie zwar pausenlos Mitte-Rechts-Mehrheiten wählen, anschließend jedoch jedesmal eine Mitte-Links-Regierung bekommen.

Seit 2017 hatte Schwarz-Blau-Gelb bei fast allen Wahlen eine Mehrheit

fremdung zur FDP zeigt, wie sehr sich die CDU unter Angela Merkel gewandelt hat.

Der zweite Grund für ein Nichtzustandekommen von Schwarz-Blau-Gelb ist jedoch die mangelnde Regierungsbereitschaft der AfD. Zwar verkündete die Partei auf ihrem Parteitag Ende 2019, künftig Regierungsbeteiligungen anstreben zu wollen – doch reicht ein entsprechender Beschluss allein nicht aus. Viel zu oft haben in den vergangenen Jahren führende Repräsentanten der AfD mit gezielten Provokationen den Bürgerschreck ge-

RUSSLANDS NEUER

Mischustin, ein Technokrat aus Moskau

Der Rücktritt der Regierung von Dmitrij Medwedjew kam wie aus heiterem Himmel. Nur einen Tag nach der – ebenfalls völlig überraschend früh in diesem Jahr – gehaltenen Rede des Präsidenten zur Lage der Nation erklärte Medwedjew seinen Rücktritt. Gleichzeitig wurde bekannt, dass er ein neu geschaffenes Amt antritt, nämlich das des Vizechefs des Sicherheitsrats, dessen Chef der Präsident selbst ist.

Ebenso unvorhergesehen, sowohl für die Russen selbst als auch für den Westen, erfolgte die Nominierung des 53-jährigen Michail Mischustin zu Medwedjews Nachfolger. Mischustin war bislang zehn Jahre lang Leiter der Steuerbehörde. Als solcher trat er bislang politisch nicht in Erscheinung. Er gilt als Technokrat aus dem engeren Kreis um Putin, und wird als „hartnä-

ckig, wenn es darauf ankommt“ beschrieben. Er kann auf einige Erfolge bei der Steigerung der Steuereinnahmen und der Reduzierung der Schattenwirtschaft zurückschauen. Er trieb die Digitalisierung



Putins neuer Mann auf dem Sessel des Ministerpräsidenten: Michail Mischustin Foto: duma.gov.ru

des Steuersystems voran. Ob sich mit ihm als Premier die Wirtschaftspolitik ändern wird, bezweifelt der russische Politologe Sergej Markow. Er hält Mischustin für einen Technokraten ohne große politische Ambitionen. Aber das könne täuschen, wie das Beispiel Wladimir Putin zeige. Ihn kannte damals auch so gut wie niemand.

Gleichzeitig treiben Vermutungen bezüglich Putins Absichten Blüte, die Verfassung zu ändern. Es wird vermutet, dass der Austausch des Premiers und die Ankündigung, die Machtbefugnisse der Duma zu erweitern, indem sie künftig den Premier, dessen Stellvertreter und die Minister ernennen soll, in Wirklichkeit Putins Machterhalt nach 2024 diene, wenn er im Hintergrund weiterhin die Strippen ziehen werde. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Wer ist Isa und wie viele?

Antwort auf Bezahlsender – Mit „Die verlorene Tochter“ will das ZDF verlorenes Terrain gutmachen

VON ANNE MARTIN

Zehn Jahre nach ihrem spurlosen Verschwinden taucht die Erbin einer Brauereidynastie plötzlich wieder auf, hat aber jegliche Erinnerung an ihr früheres Leben verloren. Isa von Gems erkennt weder ihre Eltern Sigrid und Heinrich (Claudia Michelsen und Christian Berkel), noch die Großmutter Lore, den eigenen Bruder oder ihre einstmalige beste Freundin. Über sechs Folgen hinweg versucht die verstörte junge Frau, die Teile ihres Lebens wieder zusammenzusetzen, und der Zuschauer folgt ihr dabei auf reichlich verschlungenen Handlungspfaden.

Die Spur der damals 16-Jährigen verliert sich nach einer Party am Gymnasium von Lotheim. Was ist an jenem Abend passiert? Hübsche Idee: Jeder Vorspann beginnt mit Partyszenen und setzt Folge für Folge ein neues Puzzleteil an. Mal beobachtet eine schockierte Isa, wie ihre Mutter Sigrid und der Kommissar (Götz Schubert) im Fond eines Wagens Sex haben, mal sieht man, wie die Schülerin eine Tasche voller Geldscheine an sich rafft, mal wird sie angefahren und blutüberströmt in einen Kofferraum gezerrt.

Die Lösung ist so frappierend wie vieles in diesem Sechsteiler „Die verlorene Tochter“, der an drei Abenden mit jeweils zwei Folgen gesendet wird (27., 29. und 30. Januar, jeweils 20.15 Uhr, ZDF). Was dabei fatal deutlich wird, ist das Schielen auf erfolgreiche Vorbilder wie „Berlin Babylon“ oder auch „Das Boot“, die zuerst auf Sky ausgestrahlt wurden, später im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Stringent erzählte Geschichten wirken mittlerweile wohl zu banal. Um geänderte Sehgewohnheiten zu bedienen, scheint keine Drehbuchidee zu abfahren, und die Schauspieler müssen es ausbaden: Selten erlebt man Deutschlands erste Garde versammelt, noch seltener sieht man ihnen zunehmend mitleidig dabei zu, wie sie einen allzu bemühten Handlungsverlauf mit Leben zu füllen



Ab durch die Mitte: Bei Isa von Gems (Henriette Confurius) hat sich viel aufgestaut

Foto: ZDF/Mathias Bothor

versuchen. Claudia Michelsen greift dabei öfter auf das dramaturgische Mittel des nervösen Augenzuckens zurück, Götz Schubert überagiert als Kommissar, der exemplarisch für das überfrachtete Drehbuch steht: Nicht nur, dass er eine Affäre mit der Gattin des Brauereibesetzters hat, zusätzlich wird er auch noch wegen Alkoholmissbrauchs vom Dienst suspendiert, muss demütigenderweise im Sicherheitsdienst der Brauerei arbeiten, um dann – koste es, was es wolle – doch noch den Fall seines Lebens aufzuklären.

Bankdirektor mit der Giftspritze

Christian Berkel als Brauerei-Chef und gehörnter Gatte agiert so zurückgenommen, als traue er keiner einzigen Zeile seines Scripts, einzig Hildegard Schmahl als Großmutter hat das Glück, mit sparsa-

men Gesten und steif sitzender Bluse die nebulöse Clanchefin geben zu dürfen.

Es ist ein schmaler Grat zwischen einem Film, der mit überraschenden Wendungen Spannung erzeugt und einem Drehbuch, das vor aberwitzigen Volten und frei baumelnden Handlungsfäden schier auseinanderfliegt. Aufgepfropft etwa der Handlungsfaden in Frankreich, wohin sich die arme Isa geflüchtet hatte. Nicht nur, dass ihr dortiger Verlobter urplötzlich in Lotheim auftaucht.

Vice versa wird der Kommissar von der undurchsichtigen Großmutter nach Frankreich entsandt, um eine dortige Familiengeschichte aufzuspüren, die für die Handlung herzlich unerheblich ist. Damit nicht genug: Hauptdarstellerin Henriette Confurius muss nicht nur die Isa spielen, sondern auch noch ihre eigene Doppel-

gängerin, die ihr immer wieder in Traumbildern erscheint. Was sich dabei herauskristallisiert: Die Isa vor dem Verschwinden und die danach scheinen völlig gegensätzliche Charaktere zu sein. Wie anders ist zu erklären, dass ihr Auftauchen die Honoratioren der Stadt so nervös macht? Dass eines Tages der Bankdirektor mit der Giftspritze vor ihr steht? Ein anderer am Rande eines Festes über sie herfällt und prompt erwischt wird?

Zum hoch dramatischen Schluss, denn darunter macht es Autor und Regisseur Kai Wessel nicht, hat die verlorene Tochter ihr Leben wieder und steht trotzdem vor einem Scherbenhaufen. Genauso wie von ihrem jüngeren Ich vorausgesagt. Dieser Mehrteiler, der mit den Doppelgänger-Szenen auch noch das Mystery-Genre streift, will viel. Zu viel.

NEU IM KINO

Der heilige Sonderling

Lieber tot als für Hitler in den Krieg – Das neue Film-Poem des eigenwilligen US-Regisseurs Terrence Malick

Der Regisseur Terrence Malick gilt als großer Sonderling des US-Kinos. Ähnlich verschroben, öffentlichkeitsscheu und kompromisslos wie Stanley Kubrick, dem Schöpfer von „2001: Odyssee im Welt- raum“, produziert er lange, meditative Film-Epen. „Der schmale Grat“ oder „The Tree of Life“ zählen zu den bekanntesten seiner nur zehn, oft preisgekrönten Werke, die er in 43 Jahren geschaffen hat.

In seinem neuesten filmischen Gedicht nimmt sich Sonderling Malick eines historischen Sonderlings an: des Landwirts Franz Jägerstätter. Weil er unter Berufung auf seinen christlichen Glauben nicht in den Zweiten Weltkrieg als Soldat ziehen wollte, nahm er den Tod in Kauf. 1943 wurde der Kriegsdienstverweigerer in Berlin-Tegel hingerichtet. Es wäre still um ihn geworden, hätte ein US-Autor 1964 nicht ein Buch über ihn geschrieben. Die Friedensbewegung Pax Christi nahm ihn zum Vorbild der Vietnamkriegsgegner. 1971 drehte Axel Corti den TV-Film „Der Fall Jägerstätter“ und 2007, dem

100. Geburtsjahr Jägerstätters, ließ ihn Papst Benedikt XVI. seligsprechen.

Auf die Seligsprechung folgt nun mit Malicks „Ein verborgenes Leben“, die dreistündige filmische Heiligsprechung (Kinostart am 30. Januar). Häufig unterlegt von Kirchenkantaten und Bachchorälen schaut die Kamera in langen Einstel-

lungen zu diesem schweigsamen Märtyrer auf. Dialoge finden kaum statt. Dafür werden poetisch wirkende Sentenzen aus dem Off geflüstert, während die Berglandschaft in all ihren Facetten gezeigt wird. Ganz originalgetreu verhält sich Malick dabei nicht. Die flache oberösterreichische Heimat Jägerstätters, der unweit von

Hitlers Geburtsort Braunau gelebt hat, ist mit der dramatischeren Kulisse Südtirols vertauscht worden. Manches, wie die Dörfer mit ihren matschigen Wegen, gleicht einem US-Western. Fast glaubt man, der finstere Kuhhirte kommt als Cowboy um die Ecke gebogen.

Bei der Besetzung ist Malick hingegen um Authentizität bemüht. Deutschsprachige Schauspieler sensen sich hier durch die Felder. Als mitleidiger Richter baut Bruno Ganz dem Delinquenten vergeblich eine goldene Brücke, um wenigstens als Sanitäter im Krieg sein Haupt zu retten. August Diehl spielt den kompromisslosen Jägerstätter, der offenlässt, ob es nun religiöses Gewissen, Hass auf Hitler oder einfach nur Trotz ist, weshalb er seine Frau (Valerie Pachner) und seine drei Töchter im Stich lässt. Aus seinem Schweigen geht wenig hervor. So kann man dieses Drama als Widerstandshymne im Allgemeinen und Malicks Protestschrei gegen ein Trump-Amerika im Besonderen verstehen. Harald Tews



Jägerstätter (A. Diehl) liest seiner Frau Fani (V. Pachner) den Einberufungsbefehl vor

MOZART-LOCKE

Haarspalterei um eine Strähne

Vielleicht wird man Mozart bald klonen können. Das aber nur, wenn die Haarlocke, die passend zum 264. Geburtstag des Komponisten am 27. Januar aufgetaucht ist, echt ist. Die Internationale Stiftung Mozarteum in Salzburg hat kürzlich drei Schriftstücke und eine angeblich originale Mozart-Locke von den Nachfahren des badischen Münzmeisters Carl Wilhelm Doell (1787–1848) erstanden, in deren Besitz sie sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts befunden haben.

Es spreche viel dafür, dass die Haare echt sein könnten, meint die Stiftung. Doch eine DNA-Untersuchung erweist sich als schwierig, da die Stiftung nichts besitzt, was nachweislich von Mozart stammt. Da er 1791 in einem anonymen Grab bestattet wurde, gibt es kein Vergleichsmaterial.

Mit diesem Haarbüschel besitzt die Stiftung nun insgesamt sechs Locken des Musikers. Vier wurden untersucht und drei davon gehörten demselben Menschen. Ob dieser wirklich Mozart war, ist fraglich. Die wenigen dunklen Haare sind mit rotem Wachs siegel auf ein Blatt Papier montiert unter einem Stich des Wiener Stephansdoms. Das Erinnerungsstück stammt vom Sammler Aloys Fuchs,



Mozart-Haarlocke auf Schriftstück

der die Echtheitsbestätigung in die Worte fasste: „Eigene Haare vom Haupte des unsterblichen Tondichters und Großmeisters im Reiche der Harmonien Wolfgang Amadeus Mozart.“

Weil Fuchs dem Mozartsohn Franz Xaver Wolfgang bei der Ordnung der ererbten Original-Dokumente des Vaters behilflich war, bekam er als Dank einige Stücke als Gegenleistung, auch das Haarbüschel. Der Sammler schenkte sie und weitere Briefe später dem Mozart-Enthusiasten Doell. Die Briefe sind mit Sicherheit echter Natur. Das bedeutendste Stück dabei ist das letzte Blatt eines Briefes von Mozart und seiner Mutter Anna Maria, datiert auf den 4. November 1777 aus Mannheim an den Vater Leopold in Salzburg. Die ersten vier Seiten befanden sich schon seit 1844 im Bestand der Stiftung Mozarteum.

Bei exklusiven Führungen im „Autographentresor“ des Mozart-Wohnhauses am Makartplatz 8 kann man die Kostbarkeiten betrachten. Öffentliche Führungen finden im Rahmen der bis zum 2. Februar in Salzburg laufenden Mozartwoche 2020 statt (www.mozarteum.at). Silvia Friedrich

ZÜNDHOLZMONOPOL

Preistreiber für
Streichhölzer
1930 bis 1983

Die Weltwirtschaftskrise in Kombination mit den Reparationsforderungen von Versailles hatten die Weimarer Republik derart klamm werden lassen, dass sie bereit war, für Geld auch längerfristige Nachteile ihrer Verbraucher in Kauf zu nehmen. Der schwedische Industrielle Ivar Kreuger hatte mit Dumpingmethoden auf dem deutschen Streichholzmarkt einen Anteil von ungefähr 65 Prozent erreicht. Er fürchtete jedoch die aufkommende Konkurrenz billiger Zündhölzer aus der Sowjetunion. In dieser Situation schlug Kreuger dem Reich einen Markteingriff zu seinen Gunsten vor.

Er bot dem Reich einen langfristigen Kredit in Höhe von 125 Millionen US-Dollar an. Dafür sollte Berlin ihm nicht nur sechs Prozent Zinsen zahlen, sondern auch die Gesetze des Marktes auf dem deutschen Streichholzmarkt außer Kraft setzen. Eine zu schaffende Monopolgesellschaft sollte von ihm und anderen pro Jahr feste Kontingente zu guten Preisen abnehmen und die Monopolstellung dann dazu missbrauchen, die Hölzer auf dem deutschen Markt überteuert, sprich zu höheren Preisen als auf dem Weltmarkt, zu verkaufen. Ein Viertel des so erzielten Gewinns sollte die Monopolgesellschaft an Kreuger abtreten, und der Rest diente ihm als Sicherheit für die Bedienung des dem Reich gewährten Kredites.

Deutschland ließ sich auf dieses Geschäft ein. Vor 90 Jahren, am 28. Januar 1930, verabschiedete der Reichstag mit 240 zu 143 Stimmen bei sieben Enthaltungen und einer ungültigen Stimme ein entsprechendes Zündwarenmonopolgesetz. Es wurde tags darauf ausgefertigt und am 30. Januar im Reichsgesetzblatt verkündet.

Ähnliche Deals schloss Kreuger auch mit anderen klammen europäischen Staaten. Möglicherweise hat er sich mit diesen und anderen Geschäften dieser Größenordnung übernommen. Jedenfalls wurde er 1932 in seiner Pariser Wohnung mit einem Loch in der Brust und einer Pistole in der Hand tot aufgefunden. Ob es Selbstmord oder Mord war, ist bis heute umstritten. Doch Kreuger hatte Erben, und so hatte sein Geschäft mit dem Reich für den deutschen Verbraucher längerfristige Folgen – insbesondere für den im Westen. Im Gegensatz zur DDR fühlten sich sowohl das Dritte Reich als auch die Bundesrepublik an die von der Weimarer Republik eingegangenen Verpflichtungen gebunden.

1983 zahlte die Bundesrepublik die letzte Rate in Höhe von 275.724,44 US-Dollar. Vereinbarungsgemäß endete damit das Zündholzmonopol. Die Folge war ein Sinken der Preise in der Bundesrepublik um ein Drittel. Zu dieser Zeit war die goldene Ära des Zündholzes allerdings bereits Geschichte. Abgesehen von der Konkurrenz durch das Einwegfeuerzeug sank mit der Bedeutung von Tabakwaren, Gasherden und Kohleöfen auch jene des Streichholzes.

Manuel Ruoff

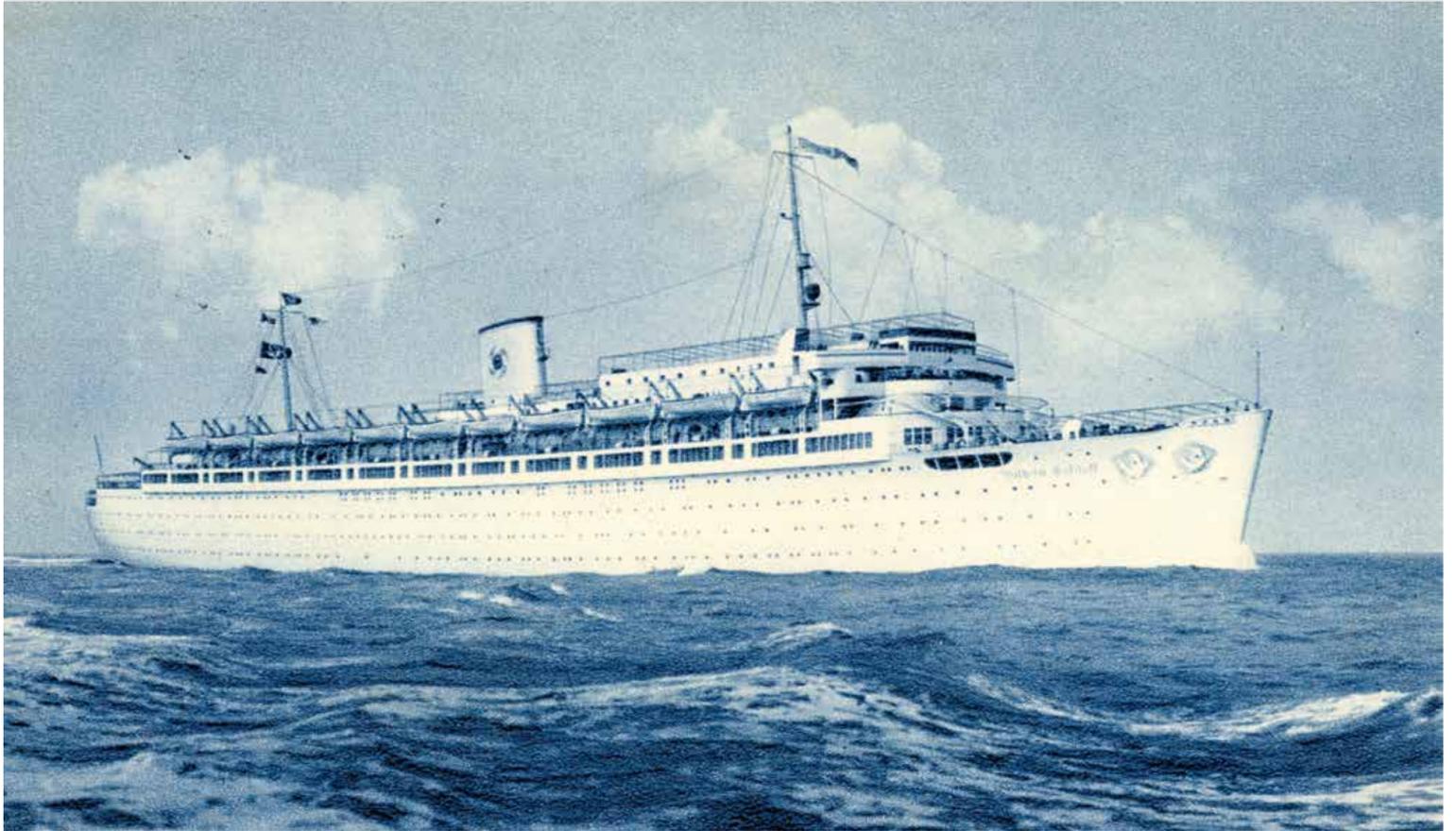


Nachkriegs-Welthölzer der Deutschen Zündwaren-Monopolgesellschaft

FLUCHTTRAGÖDIE 1945

Die letzte Fahrt
der „Wilhelm Gustloff“

Der Trinker und der tausendfache Tod in der Ostsee.
Kein Schiffsuntergang forderte mehr Opfer



Ein Bild aus besseren Tagen: die „Wilhelm Gustloff“ als KdF-Schiff in Friedenszeiten

Foto: pa

VON KLAUS J. GROTH

Die letzte Hoffnung verzweifelter Flüchtlinge aus Ostpreußen hatte einen Namen: Gotenhafen. Dort, im Hafen bei Danzig, lagen Schiffe, mit denen verwundete Soldaten ins Reichsgebiet transportiert werden sollten. Man hatte gehört, dass auch Zivilisten mitgenommen würden. Diese Hoffnung endete für viele Flüchtlinge in der größten Schiffskatastrophe der Seefahrt. Sie waren an Bord der „Wilhelm Gustloff“ gegangen.

Viel zu spät, am 20./21. Januar 1945, hatte sich der große Treck in Bewegung gesetzt. Da begann bereits die Einkesselung durch die Rote Armee. Aber der Oberbefehlshaber der 4. Armee, General Friedrich Hoßbach befahl: „Die Zivilbevölkerung muss zurückbleiben. Das klingt grausam, ist aber nicht zu ändern.“ Die bedrängten Menschen aber machten sich auf den Weg.

10300 Menschen an Bord

Auch Teile der Wehrmacht setzten sich ab. Am 23. Januar hatte Großadmiral Karl Dönitz die „Operation Hannibal“ angekündigt, bei der verwundete Soldaten auf allen verfügbaren Schiffen verlegt werden sollten. Betroffen war auch die 2. U-Boot-Lehrdivision in Gotenhafen (Gdingen). Sie sollte nach Kiel. 919 Marinesoldaten der Division befanden sich an Bord der „Wilhelm Gustloff“, als der ehemalige „Kraft durch Freude“-Kreuzfahrer am 30. Januar zum Auslaufen vorbereitet wurde. Die „Wilhelm Gustloff“ war inzwischen zum Lazarettsschiff und Truppentransporter umgebaut. Auf Anweisung des Kommandierenden Admirals der Unterseeboote, Hans-Georg von Friedenburg, waren auch Zivilisten an Bord genommen worden. Damit begannen zahlreiche Schiffstransporte, die Flüchtlinge in die westlich gelegenen Ostseehäfen brachten. Bis zu 2,5 Millio-

nen Menschen sind so über die Ostsee gerettet worden, wird vermutet. Im Januar 1945 half die Kriegsmarine mit Fischerbooten, Tendern oder Minensuchern 250.000 Menschen auf der Flucht: aus Libau 4200, aus Memel 19.400, aus Königsberg 25.000, aus Pillau 106.000, aus Danzig 21.500, aus Gotenhafen (Gdingen) 58.200, aus Hela 850 und aus Elbing 5000. Zwölf Schiffe erreichten ihr Ziel nicht. Dabei kamen 14.000 Menschen ums Leben.

Mehr als 9300 Menschen ertranken

Als die „Wilhelm Gustloff“ für die zivilen Flüchtlinge freigegeben wurde, da stürmten verzweifelte Menschen das Schiff, voller Hoffnung und voller Angst, keinen Platz zu ergattern. Ausgelegt war das Schiff für 1465 Passagiere und 426 Mann Besatzung. Nach solchen Zahlen fragte niemand. Am 50. Geburtstag ihres Namensgebers legte die „Wilhelm Gustloff“ am 30. Januar gegen 13.10 Uhr in Gotenhafen ab mit Ziel Swinemünde. Da befanden sich schätzungsweise 10.300 Menschen an Bord, fünfmal so viele wie vorgesehen. Offiziell hatte der Einschiffungs-offizier 7956 Passagiere gezählt, aber nachdem er aufgehört hatte zu zählen, drängten noch einmal 2500 Menschen an Bord. Allein über die Zahl der Soldaten an Bord gibt es klare Angaben: 1500 Angehörige der Wehrmacht, darunter 162 Verwundete, 340 Marinehelferinnen und die 918 Soldaten der 2. U-Boot-Lehrdivision.

Vier Kapitäne hatten das Kommando, vier, die sich nicht einig waren. Während einer durch flache Küstengewässer fahren wollte, um U-Booten keine Chance zu geben, wollte der andere wegen der Überladung in tiefere Gewässer. Wegen eines angeblich entgegenkommenden Minensuchgeschwaders hatte man Positionslichter gesetzt.

Diese Positionslichter entdeckte das sowjetische U-Boot S-13 gegen 19 Uhr. Vier Torpedos ließ sein Kommandant,

Kapitän 3. Ranges Alexander Marinesko, zwei Stunden später auf der Höhe von Stolpmünde abfeuern, den ersten gegen 21.15 Uhr. Drei trafen, zwei im Vorschiff, einer im Maschinenraum. Wasser drang in den Rumpf, die Schotten konnten nicht geschlossen werden. Möglicherweise waren sie durch Gepäck der Flüchtlinge blockiert. In Todesangst drängten sich die Menschen an Deck. Festgefrorene Rettungsboote ließen sich nicht zu Wasser bringen. Menschen prügeln sich um Rettungswesten, sprangen in die eiskalte Ostsee. Tausende schafften es nicht aus dem Inneren an Deck. Nach 62 Minuten, um 22.15 Uhr, versank die „Wilhelm Gustloff“, 23 Meilen vor der pommerschen Küste. Mehr als 9300 Menschen ertranken, nur 1239 konnten gerettet werden.

1239 konnten gerettet werden

Erst in der folgenden Nacht setzte der Kommandant von S-13 seine Meldung ab: „30. Januar – 23.08 Uhr aufgetaucht / drei Torpedos abgefeuert / Mit Bestimmtheit Dampfer etwa 20.000 Tonnen versenkt.“ Die Meldung wurde mit Skepsis aufgenommen. Schon einmal hatte Marinesko die Versenkung eines großen Schiffes gemeldet, das sich als kleiner Pott entpuppte. Zudem war der Kapitän als Trinker bekannt, der selbst für einen Russen zu viel trank. Man glaubte ihm nicht.

Auch nicht, als er zehn Tage später die Versenkung des Leichten Kreuzers „Emden“ meldete. Tatsächlich versenkt hatte er das Passagierschiff „Steuben“, auf dem sich neben 900 Flüchtlingen 3000 verwundete Soldaten befanden. Nur wenige überlebten. Zurück im Heimathafen Turku, brüstete sich Marinesko, 10.000 Faschisten getötet zu haben. Tatsächlich waren durch den Mann 11.000 bis 13.000 Menschen zu Tode gekommen. Erst vor wenigen Jahren wurden Denkmale für ihn in Königsberg und St. Petersburg errichtet.



„Die Zivilbevölkerung muss zurückbleiben. Das klingt grausam, ist aber nicht zu ändern“

General Friedrich Hoßbach
Oberbefehlshaber der 4. Armee

FOTO: BUNDESARCHIV/BILD 89-1986-007-993/CC-BY-SA/3.0

FOTO: GDFL



Vor 100 Jahren begnügten sich die Sieger damit, dass Kriegsverbrecherprozesse gegen Deutsche durch Deutsche durchgeführt wurden: Im Reichsgerichtsgebäude, dem heutigen Sitz des Bundesverwaltungsgerichts, fanden zwischen 1921 und 1927 die sogenannten Leipziger Prozesse statt

Foto: JeanNeef

POLITIK UND RECHT

Als die Westmächte Siegerjustiz üben wollten

Vor einhundert Jahren scheiterten die Alliierten mit ihrem Versuch, über angebliche Kriegsverbrecher unter den von ihnen besiegten Deutschen zu Gericht zu sitzen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während des Ersten Weltkrieges kam es zu mannigfachen Verstößen gegen das Kriegsvölkerrecht gemäß der Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1899 und 1907 sowie der Genfer Konvention von 1864 und 1906. Daran beteiligt waren praktisch alle kriegführenden Parteien – die Westalliierten beispielsweise durch ihre Hungerblockade gegen Deutschland, den Einsatz verbotener Kampfmittel und die unmenschliche Behandlung von gegnerischen Kriegsgefangenen. Dennoch sollten laut dem Versailler Diktat nur Deutsche als Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen werden. Dazu hieß es im Artikel 227 des Teils VII (Strafbestimmungen): „Die alliierten und assoziierten Mächte stellen Wilhelm II. von Hohenzollern, vormaligen Kaiser von Deutschland, wegen schwerer Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge unter öffentliche Anklage.“ Und der Artikel 228 besagte: „Die deutsche Regierung räumt den alliierten und assoziierten Mächten die Befugnis ein, die wegen eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagten Personen vor ihre Militärgerichte zu ziehen ... Die deutsche Regierung hat den alliierten und assoziierten Mächten ... alle Personen auszuliefern, die ihr auf Grund der Anklage ... bezeichnet werden.“ Der erste Entwurf einer entsprechenden Liste enthielt rund 3000 Namen.

Liste mit 854 Auszuliefernden

Diese beiden Passagen des Versailler Diktats und der sogenannte Kriegsschuldartikel 231 („Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben“) lösten in Deutschland besonders lautstarke Entrüstung aus

und waren einer der Gründe dafür, dass die Regierung in Berlin die Unterzeichnung noch bis zum 28. Juni 1919 hinauszog, während das deutsche Militär Staatsstreichpläne ventilierte.

Um nachfolgend zumindest für innenpolitische Entspannung zu sorgen, verabschiedete die Weimarer Nationalversammlung am 18. Dezember 1919 das „Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen“, dessen Paragraph 1 lautete: „Bei Verbrechen oder Vergehen, die ein Deutscher im In- oder Ausland während des Krieges ... gegen feindliche Staatsangehörige oder feindliches Vermögen begangen hat, ist das Reichsgericht ... ausschließlich zuständig.“

Kurz darauf, am 10. Januar 1920, wurde der Versailler Vertrag deutscherseits ratifiziert und trat damit am selben Tage in Kraft. Hierdurch begann eine Ein-Monats-Frist für die Übergabe der endgültigen alliierten Auslieferungsliste zu laufen. Dass es den Siegermächten verwehrt bleiben würde, Wilhelms II. habhaft zu werden, stellte sich dabei bereits zwölf Tage später heraus. Die niederländische Regierung verweigerte eine Auslieferung des Ex-Monarchen, der damals auf Schloss Amerongen bei Utrecht weilte, an die Alliierten. Die neutralen Niederlande waren weder an das Versailler Diktat gebunden noch ge-

willt, das Gast- und Asylrecht zu verletzen. Außerdem vertraten sie die Ansicht, dass es nicht angehe, einen Souverän wegen politischer Sachverhalte juristisch zur Verantwortung zu ziehen.

Und in der Frage der Auslieferung der übrigen „Kriegsverbrecher“ regte sich bereits Widerstand, bevor überhaupt klar war, um welche Personen es konkret gehen sollte. So setzte Reichsaußenminister Hermann Müller den Reichskanzler Gustav Bauer am 20. Januar 1920 davon in Kenntnis, dass die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes nicht bereit seien, an irgendwelchen Auslieferungsverfahren mitzuwirken. Ebenso wiederholten führende Vertreter des deutschen Heeres ihre Ankündigung, „jeglichen Versuch der Auslieferung an die Entente mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern“.

Erster Entwurf hatte 3000 Namen

Dann kam der 3. Februar 1920, an dem die Siegermächte in Gestalt des französischen Ministerpräsidenten Alexandre Millerand ihre Liste der auszuliefernden Personen dem deutschen Verhandlungsführer in Versailles, Kurt Freiherr von Lersner, überreichten. Dieser gab das Papier jedoch alsbald zurück und reichte danach seine Demission ein. Zuvor hatte der Diplomat schnell noch eine Kopie anfertigen und der

deutschen Presse zuspiesen lassen, bevor der französische Gesandte in Berlin einen zweiten und diesmal erfolgreichen Zustellversuch unternehmen konnte. Die Liste enthielt 854 Namen, darunter auch den des früheren Kronprinzen Wilhelm von Preußen und die etlicher vormals regierender Fürsten des Deutschen Reiches, die ein militärisches Kommando innegehabt hatten. Dazu kamen der einstige Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und führende Militärs wie Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, Großadmiral Alfred von Tirpitz und General Erich Ludendorff, aber auch niedere Chargen bis hin zu einfachen Soldaten.

Tatsächlich ausgeliefert wurde niemand. Zu stark waren der Widerstand gegen diesen Versuch der nationalen Demütigung und der Ärger über die ausschließliche Konzentration auf angebliche deutsche Kriegsverbrechen. Hierin waren sich nahezu alle politischen Kräfte und die Bevölkerung einig. Deshalb konnte die Reichsregierung es auch wagen, den Siegermächten die Stirn zu bieten und mit Rücktritt zu drohen. Der hätte unweigerlich zu chaotischen Zuständen in Deutschland geführt – und genau die wollten die Alliierten vermeiden. Immerhin bestand nach wie vor die Gefahr eines kommunistischen oder monarchistischen Umsturzes. Darüber hinaus hielten sogar Entente-Militärs wie der französische Marschall Ferdinand Foch die Liste für „odieux“, also „abscheulich“. Und die USA, die inzwischen erhebliche Vorbehalte gegen das Versailler Diktat hegten, zogen sowieso nicht mit.

Das bewog den britischen Premierminister David Lloyd George am 13. Februar 1920, namens der alliierten Regierungen zu erklären, man werde zunächst auf die Auslieferungen verzichten und den Ausgang von „Probeprozessen“ gegen 45 ausgewählte deutsche Militärangehörige vor dem Reichsgericht Leipzig abwarten. Damit wurde erstmals eine Regelung des Versailler Diktates revidiert, weil sich Volk und Führung der Weimarer Republik in weitestgehendem Schulterschluss dagegen gestellt hatten und im Ausland Uneinigkeit herrschte.

Kurzporträts



Alexandre Millerand trat 1920 die Nachfolge Georges Clemenceaus als französischer Ministerpräsident an und wechselte noch im selben Jahr in den Elysée-Palast. 1924 endete seine Präsidentschaft



Ferdinand Foch stieg während des Ersten Weltkriegs zum Marschall von Frankreich auf und koordinierte ab 1918 als gemeinsamer Oberbefehlshaber die Armeen der Alliierten an der Westfront



David Lloyd George war der einzige Waliser und der letzte Liberale an der Spitze der britischen Regierung. Er war von 1916 bis 1922 Premierminister und unterstützte später die Appeasement-Politik

HULTSCHINER LÄNDCHEN

Abtretung des Reiches an die Tschechen

Als Folge des Ersten Weltkrieges und des Versailler Diktats verlor das Deutsche Reich an ein halbes Dutzend Nachbarn Gebiete. Die kleinste Beute machte dabei die neugegründete Tschechoslowakische Republik (ČSR) mit dem sogenannten Hultschiner Ländchen, einem Teil des preußischen Landkreises Ratibor in Schlesien um die Stadt Hultschin.

Die Muttersprache der meisten Hultschiner war eine slawische Mundart, die sie selbst als „Mährisch“ bezeichneten. Die Tschechen bezeichneten die Hultschiner deshalb als germanisierte Landsleute. Die Alliierten folgten dieser Argumentation, obwohl das Gebiet von 285 Quadratkilometern Fläche mit seinen 36 Gemeinden bereits seit dem den Ersten Schlesischen Krieg Friedrichs des Großen gegen Maria Theresia beendenden Frieden von Berlin zu Preußen gehörte und sich im Rahmen einer freiwilligen Volksbefragung 93,7 Prozent von 48446 Stimmberechtigten für einen weiteren Verbleib bei Preußen und dem Deutschen Reich aussprachen.

Die genaue Festlegung des Grenzverlaufes zwischen dem Deutschen Reich und der ČSR wurde 1919 dem französischen General Henri Louis Leron überlassen, der keine Ortskenntnisse besaß. So kam es, dass Gebiete mit mehrheitlich mährischsprachiger Bevölkerung beim Deutschen Reich verblieben, während mehrheitlich deutschsprachige zur ČSR kamen.

Das Hultschiner Ländchen wurde von den deutschen Behörden bis zum 4. Februar 1920 geräumt. Im Herbst 1923 erhielten die deutschen Parteien bei den ersten tschechoslowakischen Kommunalwahlen im Hultschiner Ländchen mehr als drei Viertel der Stimmen.

Infolge des Münchener Abkommens von 1938 gehörte das Hultschiner Ländchen ab dem 1. Oktober 1938 zusammen mit dem Sudetenland zum Deutschen Reich, es wurde in den Kreis Ratibor rückgegliedert. Nach der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg ging das Gebiet erneut an die Tschechoslowakei. Da die Tschechen die Einverleibung des Gebietes mit der Begründung gefordert hatten, dass dort Landsleute lebten, wurden die Hultschiner nicht wie die Sudetendeutschen en bloc vertrieben. Nach dem Ende der Sowjetherrschaft bezeichneten die meisten von ihnen trotz der slawischen Muttersprache das Preußische als einen wichtigen Bestandteil ihrer regionalen Identität, auch wenn das Hinterland des Hultschiner Ländchens nach der Vertreibung der deutschen Schlesier ab 1945 polnischsprachig geworden war. In Deutsch-Krawarn, Bolatitz und in Hultschin sind deutsche Minderheitenverbände aktiv. Das Gros der Bevölkerung des Hultschiner Ländchens besitzt wieder die deutsche Staatsangehörigkeit. *Bodo Bost*



FOTO: UNBEKANNT

Übernahme des Hultschiner Ländchens durch die tschechoslowakische Armee am 4. Februar 1920 um 11 Uhr auf dem Marktplatz von Hultschin

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Schattenwurf, Infraschall sowie Vogel-, Fledermaus- und Insektenschlag sind die bekanntesten Argumente gegen Windkraftanlagen. Kaum bekannt hingegen ist der Dürre-Effekt der Windräder. Er entsteht infolge der atmosphärischen Verwirbelung durch die Turbinenblätter.

Die Verwirbelung hinter den Windrädern selbst wird als Nachlauf oder wie im Englischen als Wake-Effekt bezeichnet. Je nach Ausbaustufe der Windenergie in einer Region oder einem Land sorgt die Rotation der Turbinen für Niederschlagsverluste und vergleichsweise höhere Temperaturen. Dazu liefern mehrere neue Studien einschlägige Daten und Fakten, die geeignet sind, erhebliches Aufsehen zu erregen. Tatsächlich aber werden sämtliche Forschungsergebnisse zum Dürre-Effekt der Windenergie seit Jahren ignoriert, da der politische Wille in eine andere Richtung zielt. Unterdessen sind die meteorologischen Auswirkungen der Windparks hierzulande nicht nur deutlich merk-, sondern auch messbar.

Offshore-Windturbinen quetschen Regen bringende Tiefdruckgebiete regelrecht aus, sagt die profilierte US-amerikanische Geo-Ingenieurin Cristina L. Archer. Erstmals hat die Professorin der Universität Delaware den Wake-Effekt von Offshore-Windturbinen mit Hilfe von Computersimulationen nachgestellt und untersucht. Die Studie wurde im Juli 2018 veröffentlicht.

Obwohl die Oberflächenbeschaffenheit von Onshore-Standorten eine andere ist und stark variiert, haben Windräder auf dem Festland im Prinzip dieselben meteorologischen Auswirkungen. An jedem Windfeld wird der Atmosphäre beständig Feuchtigkeit entzogen, im Sommer stärker als im Winter. Hinzu kommt eine nicht unerhebliche Erwärmung des Bodens und der Atmosphäre. Bestätigt hat dies zuletzt eine im April 2019 veröffentlichte Untersuchung an der niederländischen Universität Wageningen, bezogen auf die Wetterverhältnisse in den Niederlanden. Möglicherweise sorgt man sich dort insgeheim im Hinblick auf erhebliche Klimafolgen aufgrund der geplanten weiteren, riesigen Offshore-Windparks in der Nordsee.

Der Luft wird Feuchtigkeit entzogen

Mit seiner installierten Windkraftleistung von 53,31 Gigawatt (Stand 2018) hat Deutschland im Verhältnis zur Landesfläche die meisten und am dichtesten platzierten Windparks weltweit. Seit 2008 (23,90 GW) hat sich dieser Wert mehr als verdoppelt. Wir hatten es in etwa innerhalb dieses Zeitrahmens mit immer länger anhaltenden Dürren im Sommerhalbjahr zu tun sowie bis jetzt mit einem auffällig veränderten Niederschlagsmuster: trotz Ankündigung oftmals ausbleibende Niederschläge, häufig nur Nieselregen und kurze Schauer.

Der herbeigesehnte ergiebige Landregen bleibt seit Jahren nahezu aus. Zumeist wird diese Entwicklung allein dem Klimawandel zugeschrieben. Weitere, unmittelbar menschengemachte Ursachen werden an den Schaltstellen von Politik, Wissenschaft und Medien offenbar nicht in Betracht gezogen, jedenfalls nicht öffentlich. Die Vorstellung, dass Windkraftanlagen, die Lieferanten von „grünem“ Strom, die Folgen des Klimawandels insbesondere für Deutschland erheblich verschärfen könnten, ist insofern für die meisten Bundesbürger völlig abwegig.

Bezeichnenderweise informierte jedoch kürzlich das Anlegerportal „goldseiten.de“ Geldanleger über den nachgewiesenen Dürre-Effekt der Windkraft, indem ein einschlägiger Artikel aus „Vertrauliche Nachrichten für Politik und Wirtschaft“ verbreitet wurde. Für das Wissenschaftsportal „scinexx.de“ hatten deutsche Wissenschaftler errechnet, dass die 1300 auf See und 29200 (Stand 2018) an Land installierten Windenergieanlagen in



Wolkenstau und Luftverwirbelung durch Windräder trocknen die Böden aus: Feld in Brandenburg im gewöhnlich eher feuchten Monat April

Foto: imago/Frank Sorge

WINDKRAFT

Wenn „Klimaschutz“ zum Klimakiller wird

Forscher in den USA und China haben ermittelt: Die großen Windturbinen sind mitverantwortlich für Dürre und Erderwärmung. Doch die Politik ignoriert diese wissenschaftlichen Erkenntnisse

Deutschland bereits einen zusätzlichen Temperaturanstieg von 0,27 Grad Celsius innerhalb der vergangenen fünf Jahre bewirkt haben. Grundlage der Berechnungen ist die neue Studie des kanadischen Wissenschaftlers David W. Keith. Damit werden die Windturbinen als Mitverursacher der langen Dürre von 2018/19 ins Blickfeld gerückt.

Seit mehr als 15 Jahren forscht der Geo-Ingenieur und Harvard-Professor Keith über Aspekte der Windenergie, so auch über die damit verbundenen Folgen für Klima und Umwelt. Wie Archer ist auch Keith Windkraft-Lobbyist. Im Dezember 2018 zog er in der Zeitschrift „Joule“ in einem Beitrag mit seinem Kollegen Lee M. Miller ein bemerkenswertes Fazit hinsichtlich der Erneuerbaren Energien. Danach sind die klimatischen Auswirkungen der Windenergie pro erzeugter Energieeinheit etwa zehnmal höher zu veranschlagen als diejenigen von Photovoltaik.

Erklärung für die Dürre 2018/19

Das ist ein unerwartet großer Unterschied und lässt aufhorchen. Erstmals konnten die beiden Wissenschaftler nachweisen, dass Windturbinen die atmosphärischen Strömungen auch in großer Höhe verändern. Dementsprechend werden die klimatischen Auswirkungen zunehmen, je mehr Anlagen installiert werden, so die Prognose.

Zudem bringen die Forscher einen zeitlichen Faktor ins Spiel. Der Temperaturanstieg durch die Windenergie erfolge sofort, während die Vorteile der reduzierten Emissionen sich nur langsam steigern: „Wenn die Perspektive die nächsten zehn Jahre ist, hat die Windenergie in mancher Hinsicht einen größeren Einfluss auf das Klima als der Verbrauch von Kohle oder Gas“, so Keith. Erst sehr langfristig verkehre sich dies ins Gegenteil. Wenn die Energieerzeugung dekarbonisiert werden sollte, müssten die Umweltfolgen der Erneuerbaren Energien berücksichtigt werden. Im Interview bat Keith die Regierungschefs in aller Welt, die Bürger ihres Landes entsprechend zu

informieren. Hierzulande kann davon jedoch keine Rede sein.

Standen Windparks schon seit Jahrzehnten im Verdacht, einen störenden Einfluss auf das Wettergeschehen auszuüben, so wurde jüngst durch die Pionierarbeit von Archer auf dem komplexen Forschungsfeld der Turbulenzforschung der Nachweis erbracht. Archer ist als Professorin auch stellvertretende Leiterin der Abteilung für Windkraft am Center for Carbon-free Power Integration (CCPI), Zentrum für die Integration kohlenstofffreier Energie).

Mit ihren Forschungen wolle sie helfen, Geld zu sparen und Menschenleben zu retten, sagt Archer stets, so auch bei einem 2017 gehaltenen Vortrag an der US-Universität Princeton über eine Computermodellierung des Wirbelsturms „Katrina“. Der Vortrag ist auf „Youtube“ abrufbar. Sie erklärt den Wake-Effekt, der entsteht, wenn die Luftströmungen vor den Windrädern gebremst und dahinter verwirbelt werden, so dass eine lange Wirbelschlepe entsteht. Diese turbulenten Nachläufe reichen auf See teilweise über 50 Kilometer weit. Die Leistung von Windparks auf der Lee-Seite vorangehender Parks wird dadurch erheblich gemindert.

Zusammen mit zwei Forscherkollegen gelang es Archer, anhand der Messdaten des Hurrikans „Harvey“ virtuell nachzuvollziehen, wie ein Tropensturm der Kategorie 4 durch gestaffelte Reihen von Offshore-Windturbinen erheblich zusammenschrumpft, bevor er die Küste erreicht. Das gewaltige, rotierende System wird schwächer und die mitgeführten Niederschlagsmengen werden stark reduziert. Ende August 2017 verwüstete Harvey große Gebiete in den Bundesstaaten Texas und Louisiana.

Je höher die Turbinentürme und je größer die Rotordurchmesser, desto stärker sei ihre niederschlagsreduzierende Wirkung, wird Archer in einem Online-Artikel des „Renewable Energy Magazine“ vom 18. März 2019 zitiert. Anschaulich erläutert sie, auf welche Weise die Windparks den Regen aus den Tiefdruckgebieten

„herausquetschen“. Vor den Windturbinen entsteht Konvergenz durch Bremswirkung: „Denken Sie an den Verkehr auf einer Schnellstraße, wo jeder mit hohem Tempo unterwegs ist. Plötzlich gibt es einen Unfall, und alle werden langsamer. Damit haben Sie eine Konvergenz von Autos, die sich nach hinten fortsetzt, weil jeder langsamer fährt. Das ist die vorgeschaltete Konvergenz von Offshore-Windparks. Im Ergebnis führt das zu vermehrtem Niederschlag vor Ort, da dem heranströmenden Wind kein Raum zum Ausweichen bleibt außer nach oben. So befördert diese vertikale Bewegung mehr Feuchtigkeit in die Atmosphäre.“

Effekt wie im Verkehrsstau

Hinter den Windturbinen entsteht Divergenz: „Divergenz ist der gegenteilige Effekt. Er verursacht eine Abwärtsbewegung, indem er trockenere Luft von oben herunterzieht und somit Niederschläge dämpft. Wenn die Luft das Festland erreicht, ist ein großer Anteil der Feuchtigkeit herausgepresst. Wir haben eine 30-prozentige Reduzierung der Niederschläge mit den Harvey-Simulationen erzielt.“

Indirekt beinhaltet die Harvey-Studie die Empfehlung, vor der amerikanischen Golfküste großflächig Anordnungen von Offshore-Windparks zu installieren, um die Wucht zukünftiger Hurrikane abzumildern und deren gewaltige Regenmengen zu verringern. Die Ergebnisse der Studie kommen der Offshore-Windbranche der USA „wie gerufen“. Offshore ging hier erst 2016 östlich von New York der erste Windpark mit fünf Turbinen ans Netz. Das Ausbaupotenzial ist also gewaltig. Was aber könnte geschehen, wenn die Öffentlichkeit auf die nachgewiesene Klimaschädlichkeit von Windparks aufmerksam wird? Zunächst einmal dürfte der Widerstand der Anwohner vor Ort gegen den Neubau von Windrädern noch erheblich zunehmen – in Deutschland und vielen anderen Ländern ein Albtraumszenario für die Regierungen.

Mit 210,73 Gigawatt ist China das Land mit der größten installierten Wind-

energieleistung weltweit (Stand 2018). Es folgen die USA mit 96,52 und Deutschland. Bereits vor zehn Jahren meldeten chinesische Physiker und Meteorologen Forschungsbedarf zur Windenergie an. Am 12. November 2010 publizierte die „South China Morning Post“ (Hongkong) einen denkwürdigen Artikel. „12 Kilometer nördlich der Huitengliang-Windfarm in Xilinhot, Innere Mongolei, beobachtete der Hirte Siqinbatee ein seltsames Phänomen auf seiner Weide, das selbst Meteorologen verwirrt. ‚Der Erdboden erwärmt sich schnell wie ein Ofen, und nicht ein Tropfen Regen fällt‘, sagte er während der Regensaison. Seine Behauptung deckt sich mit den Statistiken der Regierung. Li Qinghai, Ingenieur beim Wasserstatistischen Büro in Xilingol League, erklärte, die Niederschlagsdaten seines Büros würden seit 2005 einen deutlichen Rückgang der jährlichen Niederschläge in der Nähe großer Windparks anzeigen, in manchen Gegenden bis zu 80 Prozent. Daher würde er diese Problematik gern genauer erforschen, doch er fand keine Unterstützung für das Vorhaben.“ Wissenschaftler, die an Forschungen zu der Thematik beteiligt waren, seien zur Auffassung gekommen, dass Windkraft das lokale und globale Klima beeinflussen könne, heißt es weiter.

„Wir wünschen keine Hindernisse“

Die Forscher hätten die Regierungen in aller Welt dazu aufgerufen, sich ernsthaft um diese Thematik zu kümmern. Bevor die Windkraft weiter ausgebaut werde, müsse der Klima-Effekt der Windräder auf regionale und globale Klimasysteme genau verstanden werden: „Ansonsten könnte diese Entwicklung zu einer unerwarteten Katastrophe führen.“ Von der chinesischen Regierung kam jedoch eine Absage. Man habe noch nie von dieser Thematik gehört und würde keine Forschungen finanzieren. „Jeder möchte eine schnelle Entwicklung der Windenergie“, erklärte ein hoher Staatsbeamter, „wir wünschen keine Hindernisse auf diesem Weg“.

BAUARBEITEN

Riesenstaus in Königsberg

Die Sanierung der Brandenburger Straße zieht sich in die Länge – lange Fahrzeiten für Berufstätige

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Seit einigen Monaten ist eine der Hauptverkehrsstraßen in Königsberg, die Brandenburger [Kiewer] Straße, wegen groß angelegter Bauarbeiten für den Verkehr gesperrt.

Während der gesamten Reparaturzeit bestand zwar für Fußgänger die Möglichkeit, die Straße zu queren, aber vor allem für den Gütertransport hat sich die Situation zugespitzt. Die Lieferanten müssen zeitaufwendige Umwege in Kauf nehmen. Die O-Buskehre befindet sich auf dem Platz vor dem Südbahnhof, und die Straßenbahnen müssen über Nacht an den Endhaltestellen verweilen, da sich die Zufahrt zum Straßenbahn-Depot genau auf der Strecke befindet, auf der die Bauarbeiten ausgeführt werden. Königsberg versinkt jeden Tag im Verkehrschaos. Es gibt nur drei Hauptlinien, über die man vom Stadtzentrum per Bahn in den Moskauer Bezirk und nach Ponarth gelangt. Dies sind die Berliner [Suworowa] und die Brandenburger [Kiewskaja] Straße sowie die Aweider Allee [Smelych].



In vollem Gange: Die Gleise der Vorortbahn nach Königsberg-Ponarth werden seit einigen Monaten erneuert und die Ausfallstraße zur Ringautobahn weiter ausgebaut
Foto: J.T.

Elektrischkas fahren trotzdem

Darüber hinaus ist es die Brandenburger Straße, die direkt mit dem Steindamm verbunden ist, während der Verkehr über die beiden anderen Straßen in einen großen Bogen um die Innenstadt führt. Sehr viele Stadtbewohner müssen täglich von einem Ende der Stadt zum anderen zur Arbeit fahren. Deshalb gibt es derzeit in Königsberg den ganzen Tag über Staus. Die einzige Möglichkeit, sich denen zu entziehen, ist, zu Fuß zu gehen oder die „Elektrischtkä“ (Schienenbus) zu nutzen. Diese Vorortzüge können zwar trotzdem fahren, aber es gibt viel zu wenige von ihnen. Autofahrer und Nutzer von Bussen beklagen, dass sie von der Gromowoj-Straße bis zum Hansaplatz, also für sechs Kilometer, über eine Stunde benötigen. Nur Frühaufsteher kommen ohne Staus voran, denn vor 6.30 Uhr sind die Straßen noch verhältnismäßig leer. Allerdings verkehren die öffentlichen Busse um diese

Zeit so gut wie gar nicht, sodass nur Autofahrer die Chance nutzen können.

Ponarth wird besser angeschlossen

Das architektonische Ensemble des Stadtteils Ponarth entstand in den Jahren 1870 bis 1930 um die größte gleichnamige Brauerei Preußens. Das Dorf ist seit dem Jahr 1385 bekannt und es war wenig bemerkenswert, bis eine bayerische Brauerfamilie, die Schifferdeckers, hier 1849 mit dem Bau einer großen Brauerei begann. Ponarth wurde 1905 nach Königsberg eingemeindet. Seine Hauptstraße, die Brandenburger Straße, ist bis heute eine Magistrale, die den Stadtteil mit dem Zentrum verbindet. Rund 3,6 Millionen Euro aus dem regionalen und dem Staatshaushalt wurden im Rahmen des Programms „Si-

chere und hochwertige Straßen“ für die Arbeiten bereitgestellt. Die Länge des Abschnitts der Brandenburger Straße, der repariert und rekonstruiert wird, beträgt 635 Meter. Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass sich nach Abschluss der Bauarbeiten die Kapazität dieses Straßenabschnitts aus verschiedenen Gründen deutlich erhöhen wird.

Erstens werden die Pflastersteine von der Straße verschwinden, zweitens wird die Straßenbahn nur noch einspurig geführt. Darüber hinaus werden die Straßenbahnschienen bündig mit dem Asphalt abschließen. Um die Manövrierfähigkeit zu gewährleisten, hat die Stadt versprochen, gleichzeitig die Fahrspuren der Überführung auszubauen. Die Verlegung der Schienen und ihre Einbetonie-

rung vor den Toren des Straßenbahndepots auf der Brandenburger Straße bis zum zentralen Busbahnhof wurde erst vor Kurzem abgeschlossen. Nach Abschluss der Gleisarbeiten werden die Bauarbeiten mit dem Asphaltieren der Fahrbahn beginnen. Bis zum Frühjahr soll dann die Sanierung der Straße an der Kreuzung des Reichs-[Kalinin-]Platzes und der Konitzer Straße beginnen.

Alle Bauarbeiten sollen bis Anfang dieses Sommers abgeschlossen sein. Bis dahin werden die Berufstätigen täglich dem Stress der Riesenstaus ausgesetzt sein. Sie müssen darüber nachdenken, wie sie am besten nervende Situationen umgehen, um den Hin- und Rückweg zur Arbeit einigermaßen zu meistern.

Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

Gut im Zeitplan

Frische Nehrung – Für die geplanten Arbeiten der ersten Etappe des Baues des Wasserweges von der Danziger Bucht zum Frischen Haff liegt ein Zeitplan vor. Die Pionierarbeiten auf dem Bauplatz sind beendet. Dort fanden die Spezialisten 7000 verschiedene Metallteile, darunter Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkriegs wie Munitions-Kisten, Granaten-Hülsen und Blindgänger. Das Meeresamt in Gdingen bestätigte den Zeitplan für den Bau des Schiffahrtskanales durch die Frische Nehrung. Der Auftragnehmer, das polnisch-belgische Konsortium BESIX/NDI habe 32 Monate Zeit, um die erste Etappe des Projekts zu bauen, unter anderem Schleusen und Drehbrücken, sagte Wieslaw Piotrkowski, der Direktor des Meeresamtes. Die ersten Arbeiten sollen Ende Januar fertig sein. Dann beginnt der Auftragnehmer von der Seite der Danziger Bucht aus zu arbeiten. Die erste Etappe des Baues des Schiffahrtskanales soll annähernd 237 Millionen Euro kosten. Die Investition wird aus dem Staatshaushalt finanziert. PAZ

Senator lobt Grenzverkehr

Warschau – In einem Interview bedauerte der aus Heilsberg stammende Vize-Vorsitzende des polnischen Senats, Bogdan Borusewicz, die Abschaffung des Kleinen Grenzverkehrs (KGV) zwischen dem nördlichen und südlichen Ostpreußen. Er lobte den KGV als Erfolg und wichtigen Schritt für die Menschen beider Landesteile. Er habe gut funktioniert und die grenznahen Regionen hätten davon profitiert. Vor allem für die Polen seien die Einkaufsstouren der Russen vorteilhaft gewesen. Das Argument, dass der KGV wegen einer von Russland ausgehenden Bedrohung abgeschafft wurde, hält Borusewicz nicht für stichhaltig. MRK

NACHHALTIGKEIT

Ein Kühlschrank für alle

Allenstein sagt der Lebensmittelverschwendung auf originelle Weise den Kampf an

Während Millionen Menschen hungern, werden weltweit jährlich rund 1,3 Milliarden Tonnen Essen verschwendet. Statistisch gesehen schmeißt ein durchschnittlicher Bürger Polens 235 Kilo Lebensmittel pro Jahr weg.

Andere Städte als Vorbild

Nach dem Vorbild anderer Städte ist auch Allenstein dem Kampf gegen die Nahrungsmittelverschwendung beigetreten. Aus diesem Grund entstand im Dezember auf Initiative der sogenannten örtlichen Lebensmittelbank ein offener Kühlschrank. Die Idee ist ganz einfach: Nahrungsmittel, die im eigenen Haushalt übrig bleiben, weil man zu viel eingekauft hatte oder die nächsten Tage außer Haus sein wird, bringt man in einen offenen Kühlschrank. So wird der Essensverschwendung vorgebeugt. Statt das Essen verderben zu lassen, können sie von anderen wieder ent-

nommen und aufgebraucht werden. Dabei gibt es keine Einschränkungen: Jeder kann den Kühlschrank füllen oder seinen Inhalt nutzen.

Es ist kein Zufall, dass der erste soziale Kühlschrank in Allenstein in der vorweihnachtlichen Zeit eingeweiht wurde. Dies ist immer der Moment, in dem das Problem der Verschwendung von Lebensmitteln einen kritischen Punkt erreicht. Wie Marek Borowski, der Vorsitzende der Lebensmittelbank, sagte, werden vor und nach Weihnachten zwei bis drei Mal mehr Lebensmittel als an anderen Tagen des Jahres verschwendet.

Ähnliche offene Kühlschränke seien auch in weiteren polnischen Städten aufgestellt worden und jedes Mal sei es eine erfolgreiche Initiative gewesen. Das Hauptziel der Organisation sei die Rettung von Lebensmitteln vor Verschwendung. Deswegen sammeln Mitarbeiter in



Einmalig in Allenstein: Ein leerer Kühlschrank wartet auf Spenden, damit Bedürftige zugreifen können
Foto: D.K.

den Läden die übrig gebliebenen Lebensmittel und verteilen sie an Bedürftige.

Das Netzwerk der lokalen sozialen Kühlschränke, welche die Organisation noch aufstellen will, sieht die Möglichkeit, immer mehr Einzelpersonen für die Idee zu begeistern.

Lebensmittelspenden gesammelt

Am Gehäuse des Kühlschranks befindet sich eine Nutzungsordnung, die angibt, welche Nahrungsmittel deponiert werden können. Willkommen sind nicht nur solche mit längerer Haltbarkeit, sondern auch frisches Gemüse und Obst oder aufwärmbare Gerichte. Dabei werden natürlich luftdicht verpackte Lebensmittel bevorzugt, da sie zum Verzehr relativ lange geeignet sind. Hausgemachte Produkte wie Salate, Kuchen und Suppen, müssen dicht verpackt sein und mit Herstellungsdatum und Beschreibung versehen sein.

Die Betreiber der sozialen Einrichtung sind nicht in der Lage, die Qualität der abgegebenen Produkte zu überprüfen. Deswegen hofft man, dass diejenigen, die die Initiative ergreifen, die Gesundheit und Würde der anderen Menschen achten.

Das Grundprinzip ist natürlich die Frische der Produkte, aber jeder, der den Inhalt nutzen möchte, tut dies auf eigene Verantwortung. Der erste Kühlschrank ist am Kinder- und Familienhilfzentrum „Arka“ in der Jommendorferstraße aufgestellt worden. Die Lebensmittelbank plant, zusammen mit der Gruppe „Verschwendung!“, die eine Null-Abfall-Philosophie propagiert, einige offene Sozialkühlschränke in der Stadt zu schaffen. Ähnliche Initiativen gibt es bereits in der Republik Polen, zum Beispiel in Warschau, Krakau, Stettin, Osterreich und Lyck. Dawid Kazanski



ZUM 99. GEBURTSTAG

Palm, Gertrud, geb. **Kyewski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dombrowski, Anneliese, geb. **Ka-bey**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 27. Januar

Hartmann, Hugo, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 30. Januar

Sattler, Gertrud, geb. **Philipp**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 27. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Deimer, Ellinor, geb. **Schoen**, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 24. Januar

Ganseleiter, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 141, am 28. Januar

Liß, Emma, geb. **Koyro**, aus Lyck, Sentker Chaussee, am 27. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Georgesohn, Annemarie, geb. **Krüger**, aus Ortelsburg, am 27. Januar

Hirsland, Anni, geb. **Mikeß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. Januar

Roschoszewski, Ilse, geb. **Bardischewski**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 26. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Degenhardt, Klara, geb. **Hömke**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 24. Januar

Faerber, Anna-Elise geb. **Possekel**, aus Szittkehmen, Kreis Goldap, am 18. Januar

Friebe, Ilse, geb. **Mehr**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Januar

Fröhlian, Else, aus Lyck, am 30. Januar

Fürst, Margarete, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 29. Januar

Krummel, Hildegard, geb. **Seyda**, aus Rodefild, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar

Kullik, Herbert, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 25. Januar

Meike, Erika, aus Lyck, am 27. Januar

Müller, Gertrud, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. Januar

Paetzold, Hannelore, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. Januar

Reiniger, Gerda, geb. **Linkner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

Shinners, Ingeborg, geb. **Wowersies**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 25. Januar

Skau, Ruth, geb. **Raabe**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 27. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kensy, Alfred, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar

Koyro, Irmgard, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. Januar

Meier, Waltraut, geb. **Nadzeika**, aus Lyck, am 28. Januar

Wittmann, Erna, geb. **Schmidt**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 25. Januar

Würger, Helene, geb. **Besmehn**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 25. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Cwiklinski, Irmgard, geb. **Sokolies**, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar

Gränitz, Liselotte, geb. **Aschmogat**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 24. Januar

Hagen, Elfriede, geb. **Langguth**, aus Struben Abbau, Kreis Neidenburg, am 25. Januar

Jakstadt, Ernst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Meyer, Ruth, geb. **Gippner**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 24. Januar

Röder, Margarete, geb. **Hoffmann**, aus Schreitlacken, Kreis Fischhausen, am 24. Januar

Schendel, Herbert, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 25. Januar

Schmökel, Gerda, geb. **Wiemer**, aus Haselgrund, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

Tamschick, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Januar

Wilhelm, Erika, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, am 24. Januar

Cranz, Kreis Fischhausen, am 24. Januar

Malinowski, Elfriede, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. Januar

Marks, Helmut, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

Niendorf, Adelheid, geb. **Türmer**, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 24. Januar

Scheumann, Günter, aus Ortelsburg, am 27. Januar

Schuster, Willi, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 28. Januar

Schuster, Willy, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 28. Januar

Wagener, Elfriede, geb. **Okuniek**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 25. Januar



Rückblende Der Allensteiner Markt in den 70er Jahren. Jahrzehnte nach dem Krieg und dem damit einhergehenden Verlust der Heimat war es damals vielen Ostpreußen erstmals wieder möglich, ihre Heimat zu besuchen. Foto: T. Andrzejczyk, bildarchiv-ostpreussen.de

Wagner, Erika, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, am 24. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dömpke, Bruno, aus Wehlau, am 27. Januar

Gablowski, Ilse, aus Zielkeim, Kreis Fischhausen, am 24. Januar

Goeritz, Kurt, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Gruhn, Ruth, geb. **Böhm**, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 26. Januar

Heisel, Heinz, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 28. Januar

Lange, Joachim, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar

Marchel, Gerhard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 27. Januar

Ochs, Gabriele, geb. **Graumann**, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 30. Januar

Petereit, Ulrich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Januar

Piplack, Ewald, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar

Schomann, Waltraut, geb. **Wermke**, aus Lyck, am 24. Januar

Seifert, Christel, geb. **Krause**, aus Arissau, Kreis Fischhausen, am 29. Januar

Tertel, Willi, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 27. Januar

Thomczek, Ruth, geb. **Pitikowski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar

Tobies, Harry, aus Königsberg, am 28. Januar

Wierzchowski, Helga, geb. **Gonnell**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 26. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Grassert, Charlotte, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 27. Januar

Heilbutzki, Arno, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

Keip, Grete, geb. **Kaminski**, aus Podersbach, Kreis Treuburg, am 29. Januar

Kirchhoff, Brigitte, geb. **Wissmann**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Januar

Kudczinski, Hansjürgen, aus

Cranz, Kreis Fischhausen, am 24. Januar

Malinowski, Elfriede, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. Januar

Marks, Helmut, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

Niendorf, Adelheid, geb. **Türmer**, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 24. Januar

Scheumann, Günter, aus Ortelsburg, am 27. Januar

Schuster, Willi, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 28. Januar

Schuster, Willy, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 28. Januar

Wagener, Elfriede, geb. **Okuniek**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 25. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czycholl, Ruth, geb. **Fischer**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 26. Januar

Grünberg, Ursula, geb. **Holl**, aus Ebenrode, am 27. Januar

Hellwig, Gisela, geb. **Pilleschewski**, aus Treuburg, am 28. Januar

Mahler, Günter, aus Wehlau, am 28. Januar

Neuber, Irene, geb. **Wronna**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar

Neumann, Franz, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Neumann, Irmtraut, geb. **Chylek**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. Januar

Schramm, Irmgard, geb. **Bittrich**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

Schuran, Irmgard, geb. **Schütze**, aus Klein Krösten, Kreis Lötzen, am 26. Januar

Waschk, Waltraut, geb. **Fladda**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 30. Januar

Zilz, Edgar, aus Schleusen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

Adamzyk, Ehrenfried, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 27. Januar

Brzoska, Gerhard, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 30. Januar

Chittka, Helmut, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

Czychi, Helmut, aus Rogonnen,

Kreis Treuburg, am 30. Januar

Falkenau, Eva, aus Wehlau, am 26. Januar

Friedrich, Dieter, aus Knäblacken, Kreis Wehlau, am 26. Januar

Götze, Ingeborg, geb. **Gomm**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Januar

Harder, Gisela, geb. **Jeimke-Karge**, aus Gut Lodehnen/Miswalde, Kreis Mohrunge, am 29. Januar

Kalender, Edith, geb. **Till**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 25. Januar

Korinth, Siegmund, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 27. Januar

Kumutat, Johanna, geb. **Schirrmann**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 28. Januar

Kunz, Eitel, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Kurbach, Ernst-Wilhelm, aus Bladiu, Kreis Heiligenbeil, am 24. Januar

Lemke, Erwin, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 24. Januar

Leyk, Wilhelm, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar

Modler, Gabriele, geb. **Mirwaldt**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 24. Januar

Müller, Walter, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

Okon, Erich, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 24. Januar

Sobiech, Ilse, geb. **Makowka**, aus Ortelsburg, am 27. Januar

Thiel, Marianne, aus Königsberg, am 25. Januar

Todtenhaupt, Sieglinde, geb. **Jentschura**, aus Wehlau, am 25. Januar

Weiß, Kurt, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 24. Januar

Wiemer, Otto, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. Januar

Zielke, Herbert, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar

Both, Manfred, aus Ortelsburg, am 30. Januar

Christochowitz, Horst, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 30. Januar

Denkmann, Manfred, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember

Faust, Iris-Lore, geb. **Findeisen**, aus Fischhausen, am 26. Januar

Geisendorf, Werner, aus Wei-

ßensee, Kreis Wehlau, am 25. Januar

Gerecke, Gundula, geb. **Ogureck**, aus Wehlau, am 28. Januar

Gosch, Rosmarie, geb. **Brandes**, aus Gut Köllmen, Kreis Mohrunge, am 24. Januar

Hannemann, Hannelore, geb. **Kunz**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

Hinz, Klaus-Dieter, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunge, am 24. Januar

Hirth, Hans, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 27. Januar

König, Gisela, geb. **Westphal**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 27. Januar

Kowalewski, Prof. Dr. Klaus, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. Januar

Kretschmann, Udo, aus Wehlau, am 27. Januar

Lenkeit, Hans-Georg, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Januar

Neumann, Dietrich, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 27. Januar

Peldszus, Dietmar, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. Januar

Perlowski, Arno, aus Lyck, am 26. Januar

Rabe, Gretel, geb. **Schirmacher**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 28. Januar

Schmidt, Friedel, geb. **Schirmacher**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 28. Januar

Dr. Siegfried, aus Hohenwalde, am 25. Januar

Torka, Helga, geb. **Blumenstein**, aus Georgsheide, Kreis Ortelsburg, am 29. Januar

Wasserfuhr, Marianne, geb. **Büttner**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

Zahn, Alfred, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

Busch, Jens, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. Januar

Knischewski, Gerd, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 29. Januar

Köpke, Rainer, aus Wehlau, am 27. Januar

Noreikat, Prof. Karl-Ernst, aus Hügeldorf, Kreis Ebenrode, am 27. Januar

Werner, Detlef, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 28. Januar

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020



14./15. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis)

17. bis 19. April: Kultur-seminar in Helmstedt

18./19. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

26. bis 28. Juni: 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

11. Juli: Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein

12. Juli: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen

18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

5. bis 11. Oktober: Werk-woche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder auf unserer Webseite www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Reutlingen – Mit dem über 75 Jahre alten Originalklang der Glocken des Königsberger Doms wurde im Dezember unser Weihnachtsfest im Treffpunkt für Ältere eingeläutet. Die Mitglieder und Gäste wurden in dem festlich geschmückten Saal bei brennendem Kerzenschein von unserer ersten Vorsitzenden, Frau Ilse Hunger herzlich begrüßt.

Es folgten Gedichte und Geschichten zur Weihnacht, wie es damals war. Die meisten von uns hatten diese Zeit selbst als Kind oder Jugendliche erlebt und fühlten sich nach Hause in ihre Kinderzeit versetzt. Dazu wurden Weihnachtslieder gesungen, wie vor über 75 Jahren. Der Wannweiler Posaunenchor sorgte für die musikalische Begleitung.

Frau Helga Ruhnke, Vorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge von Nordwürttemberg, war leider verhindert. Aber durch ihr vorgelesenes Grußschreiben fühlten wir uns direkt angesprochen, so als ob sie anwesend war.

Ihres 90. Geburtstages von Frau Hildegard Zeiss wurde gedacht. Ein Dankeschön ging an die fleißigen Helfer zur Ausgestaltung des Treffens. Den ehrenamtlichen

Mitgliedern des Vorstandes einschließlich der ersten Vorsitzenden wurde erstmalig mit einem Weihnachtssternkopf für die übers Jahr geleistete Arbeit gedankt.

Mit Wünschen für ein gesegnetes Weihnachtsfest und für ein gutes neues Jahr 2020 wurde die Feier beendet.



Vorsitzender: Christoph Stabe Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de **Geschäftsstelle:** Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, Tel.: (089) 517826, Fax (0821) 3451425, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Ellingen – Sehr angetan zeigte sich die Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Kerstin Schreyer, bei ihrem Besuch im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Bei einem Rundgang mit dem Direktor des Kulturzentrums, Wolfgang Freyberg, konnte sie sich von der hohen Qualität der Dauer- und Wechselausstellungen überzeugen. Ein wichtiges Gesprächsthema war die umfangreiche grenzüberschreitende Kulturarbeit mit Einrichtungen in Polen, Russland und Litauen. Freyberg berichtete über zukünftige Projekte, die er mit seinen engagierten Mitarbeitern in diesem und nächsten Jahr umsetzen möchte. So gilt es beispielsweise 2021, das 40-jährige Jubiläum des Kulturzentrums Ostpreußen angemessen zu begehen.

Staatsministerin Schreyer betonte, dass ihr Haus auch weiterhin die Arbeit des Kulturzentrums unterstützen will. Besonders imponierten ihr die Ferienprogramme für Kinder, die regelmäßigen Besuche von Kindergartenvorschulgruppen und die Gelegenheit, Kindergeburtstage in den Schlossräumen feiern zu können. Bei ihrem Besuch wurde sie von Ministe-

rialrat Dr. W. Freytag begleitet, ferner nahmen Manuel Westphal, MdL und Bezirksrat Hans Popp an dem Gespräch teil.

Jahreshauptversammlung Hof – Anlässlich der Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof ließ Vorsitzender Christian Joachim nach den Glückwünschen an die Geburtstagskinder des letzten Monats das vergangene Jahr Revue passieren.

Nach der Jahreshauptversammlung im Januar 2019 fand im Februar das traditionelle „Grützwurstessen“ statt, das gut besucht war. Schwerpunkt der Arbeit im letzten Jahr war die Vorbereitung und Durchführung der Feier zum 70-jährigen Bestehen der Hofer Kreisgruppe, die wie berichtet im November im Museum Bayerisches Vogtland stattfand.

Im Rahmen der Monatszusammenkünfte, die nicht jahreszeitlich geprägt waren, ging die gedankliche Reise von Danzig im März über Elbing im Juli und dem Oberlandkanal im September bis zum Mauerfall im November. In den übrigen Monaten wurden die Themen Frühlingsanfang, Muttertag, Erntedank und Advent behandelt. In diesem Zusammenhang dankte Christian Joachim besonders der Volkstanzgruppe unter der Leitung von Jutta Starosta für die Ausgestaltung der Muttertags- und Adventsfeier. Stolz kann die Gruppe darauf sein, dass trotz zweier Todesfälle die Mitgliederzahl stabil blieb und neue Mitglieder gewonnen werden konnten.

Am Ende seiner Ausführungen dankte der Vorsitzende den Vorstandsmitgliedern für deren Unterstützung und den Einsatz für die gemeinsame Sache sowie den Mitgliedern für deren regen Besuch der Monatstreffen, mit dem sie die landsmannschaftliche Arbeit bestätigen.

Anschließend folgten der Kasenbericht von Schatzmeisterin Elisabeth von Lossow und der Jahresbericht der Volkstanzgruppe,

vorgetragen von Jutta Starosta. Revisor Gert Oehler bescheinigte der Schatzmeisterin eine sorgsame und übersichtliche Kassenführung und dem gesamten Vorstand ein gewissenhaftes und sparsames Arbeiten.

Nach der einstimmigen Entlassung des Vorstandes wurde zur Neuwahl geschritten. Die einstimmige Wahl ergab folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Christian Joachim, 2. Vorsitzende Jutta Starosta, Schatzmeisterin Elisabeth von Lossow mit Stellvertreterin Christl Starosta, Schriftführerin Jutta Starosta mit Stellvertreter Bernd Hüttner, Kulturreferent Bernd Hüttner mit Stellvertreterin Hannelore Morgner. Jugendreferentin bleibt Jutta Starosta, im Sozialausschuss vertritt Peter von Lossow die Vertriebenen. Außerdem wurden als Beisitzer Renate Pfaff, Renate Oehler und Peter von Lossow sowie Gert Oehler als Revisor berufen.

In seinem Schlusswort dankte der alte und neue Vorsitzende Christian Joachim für das Vertrauen und meinte, dass die Arbeit nur so gut funktionieren könne „weil wir lesen können“. Dies bewies er anhand der Geschichte vom „Lese-teufel“ von Siegfried Lenz. Zum Schluss ehrte er Christl Starosta für ihre 40-jährige Zugehörigkeit zur Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen mit einer Urkunde. Beate Schardt und Hedwig Burcharth, die ebenfalls seit 40 Jahren in der Kreisgruppe Hof sind, erhalten ihre Urkunden nachgereicht.

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen trifft sich am Sonnabend, den 8. Februar 2020, bereits um 13 Uhr zum traditionellen Grützwurstessen in der Altdeutschen Bierstube in Hof. Gäste sind herzlich willkommen.



Bremen – Wir laden wieder ein zum Bremer West- und Ostpreu-

ßentag im Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen. Termin: Sonnabend, 8. 2. 2020, 15,00 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr.

Nach der Begrüßung besteht Gelegenheit, Kaffee und Kuchen zu bestellen. Zur Unterhaltung haben wir wieder den „Capstan Shanty Chor“ eingeladen. Dieser Chor mit mehr als 30 Sängern im Alter von 50 bis 80 plus Jahren, geleitet von Anna Koch, wird uns mit klassischen Shanties, ernsten und tiefgründigen Liedern, die vom Leid und Weh der Seeleute berichten, lustigen Anekdoten und natürlich auch mit „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ erfreuen. Der Auftritt erfolgt in zwei Blöcken, dazwischen ist Zeit zum Unterhalten.

Das Essen beginnt um ca. 17.30 Uhr mit dem traditionellen „Pillkaller“. Anschließend gibt es „Königsberger Klops“ mit den üblichen Beilagen. „Königsberger Fleck“ wird nicht mehr angeboten, da es in den vergangenen Jahren immer weniger bestellt worden war und weil der langjährige Koch des Restaurants, der das Gericht immer sehr gut zubereiten konnte, das Haus im vergangenen Jahr verlassen hat.

Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Für die Veranstaltung gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Klops): 15,- Euro; - Eintritt und Essen (vegetarischer Gemüseteller): 14,- Euro.

Anmeldungen sind erforderlich unter Benennung des Speise-wunsches in unserer Geschäftsstelle (seit 9.1.2020 jeden Donnerstag von 15-17.30 Uhr) oder auf dem Anrufbeantworter unter (0421) 3469718. Wir leiten Ihre Anmeldung an das Atlantic-Hotel weiter und verpflichten uns zur Zahlung Ihres bestellten Essens, versäumen Sie daher bitte nicht Ihr Kommen.

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Lohmann



Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788.

Darmstadt – Wir möchten darauf hinweisen, dass im Januar und Februar 2020 eine Winterpause für unsere Treffen einlegt wird. Allen Mitgliedern und Freunden wünschen wir noch für das neue Jahr alles Gute, Zufriedenheit und beste Gesundheit.

Unser nächstes Treffen findet erst wieder am 14. März 2020 statt.
Christian Keller

Wetzlar – Friedrich Wilhelm Georg spricht zum Thema „Mein Ostpreußen-Traum“. Viele Menschen in Mittelhessen kennen ihn als Mitbegründer und langjährigen Leiter des Naturschutzzentrums Hessen in Wetzlar sowie als Initiator zahlreicher Naturschutzprojekte. Die Rede ist von Friedrich Wilhelm Georg (Braunfels).

Der einstige Forstwirt, in Herborn zur Welt gekommen, überraschte seine Zuhörer bei einer Veranstaltung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Wetzlar, mit dem Vortrag unter dem Titel „Mein Ostpreußen-Traum“. Seine lebenslange Begeisterung sei auf seine Familiengeschichte zurückzuführen. Der Vater Karl Georg, 1899 in Breitscheid geboren, wurde als Wegebauingenieur im Jahr 1928 von dem aus dem Siegerland stammenden Kreisbaumeister Stein zum Kreisbauamt des Kreises Neidenburg in Ostpreußen geholt. Mit seiner Frau Emmi geborene Hild hatte der Vater drei glückliche Jahre in Masuren, so der Sohn, der 1935 das Licht der Welt in Breitscheid erblickte. Die Eltern hätten das schöne Ostpreußen bei Reisen kennengelernt, Masuren mit seinen stillen Seen und Wäldern. Auch bereiten sie die königliche Haupt- und Resi-

PAZ wirkt!

ANZEIGE

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Prämie: 40 Euro
 Erfüllen Sie sich einen Wunsch...

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

Preußische Allgemeine Zeitung.
 Die Wochenzeitung für Deutschland.

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 BIC: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

ANZEIGE

denzstadt Königsberg und die Kurische Nehrung mit ihren Wanderdünen. „Ausgelöst durch die Inflation und die Weltwirtschaftskrise wurde der Vater Karl Georg im Oktober 1931 wegen der Einsparungen vom Kreis Neidenburg entlassen und die Eltern kehrten in ihre Heimat Breitscheid zurück“, so der 84-Jährige. Im selben Jahr wurde die erste Tochter Brunhilde geboren, die wenige Tage nach der Geburt starb. Es folgten noch die Kinder Siglinde 1932 und drei Jahre später Friedrich Wilhelm.

„Als Kind habe ich immer wieder gelauscht, wenn meine Eltern von der schönen Zeit in Ostpreußen geschwärmt haben. Von weiten Horizonten, von Wäldern und Seen und dem idyllischen kleinen Kreisstädtchen Neidenburg, im südlichsten Teil des damaligen Ostpreußens, in der Nähe des ehemaligen Tannenbergsdenkmals gelegen“, so der Forstrat und Leiter des Naturschutzzentrums. Auch die Fotos von Ausflügen nach Masuren und Königsberg, an das Frische Haff und die Kurische Nehrung, die der Vater mit einer Balkenkamera im Format 6 mal 9 in schwarz-weiß festgehalten hatte, faszinierten den Sohn. „Wenn ich einmal groß wäre, wollte ich dem Beispiel meines Vaters folgen und nach Ostpreußen gehen“, stand für den jungen Friedrich Wilhelm fest. Doch bekanntermaßen kam es ganz anders. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die ostpreußischen Einwohner durch die sowjetische Armee aus ihrer Heimat vertrieben. Auf der Flucht nach Westen mussten sie viele Gräueltaten erdulden. Dieses Schicksal sei seiner Familie erspart geblieben, weil der Vater nicht zuletzt wegen der Folgen eines schweren Motorradunfalls viel früher nach Mittelhessen zurückkehrte.

Die Verbindung mit dem Thema Ostpreußen sei aber mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht abgebrochen. Seine Familie nahm die Witwe des Neidenburger Kreisbaumeisters Stein in ihr Elternhaus auf, bis sie ins Altersheim nach Herborn umzog. Die alte Dame vermachte Friedrich Wilhelm Georg wertvolle Möbel, die noch heute zur Ausstattung seines Arbeitszimmers gehören. Die Witwe habe dem jungen Friedrich Wilhelm immer wieder von der schönen Landschaft, von Land und Leuten erzählt und Anekdoten im ostpreußischen Dialekt vorgetragen. „Ich wollte unbedingt Neidenburg sehen“, schilderte der Referent die geweckte Sehnsucht.

Als Leiter des Naturschutzzentrums Hessen in Wetzlar hatte Georg die Gelegenheit dazu. Er organisierte eine Reise nach Polen, die auch ins frühere Ostpreußen führte. Ziel war die frühere Bezirkshauptstadt Allenstein, die nur 30 Kilometer vom früheren Wohnort seiner Eltern entfernt liegt. „Ich trennte mich von der Reisegruppe, nahm ein Taxi und fuhr nach Neidenburg“, so Georg. Sein Taxifahrer berichtete, dass die Stadt zwar von den Kriegshandlungen weitgehend verschont wurde, aber 90 Prozent der Stadt seien anschlie-

ßend von den Sowjets zerstört worden. „So war denn auch von der Stadtidylle, die ich von den Erzählungen und den Fotos in Erinnerungen hatte, kaum etwas geblieben. Es gab noch das Schloss, in dem eine Jugendherberge untergebracht war“, so Georg. Und er resümierte: „Neidenburg war für mich ausgeträumt und damit erledigt“.

Dennoch hat er seine Begeisterung für Ostpreußen nicht verloren. 2015 unternahm er mit seiner Frau eine Reise in die baltischen Staaten. Von Litauen aus machten sie einen Ausflug nach Nidden auf der Kurischen Nehrung. „Vom Thomas-Mann-Kulturzentrum hatten wir einen wunderschönen Blick auf das Kurische Haff“, erinnerte sich Friedrich Wilhelm Georg. Noch beeindruckender sei die Wanderung auf den großen Wanderdünen. „Über die Himmelsleiter (Holztreppe) bin ich noch einmal auf die Düne gestiegen und habe dabei an meinen Vater gedacht, der hier 85 Jahre vor mir unterwegs war“, so Georg.

Angesichts seines erreichten Alters werde dies wohl der letzte Besuch des unvergessenen Ostpreußens gewesen sein. „Trotzdem kann ich weiter vom schönen Ostpreußen träumen“, fasste Friedrich Wilhelm Georg seinen Vortrag zusammen.

Der nächste Vortrag bei der Landsmannschaft wird am 10. Februar um 13 Uhr im Restaurant Grillstuben (Stoppelberger Hohl 128) zum Thema „Ostpreußischer Humor“ stattfinden.

Wetzlar – Die Kultur und die Bräuche der alten Heimat zu pflegen und an die junge Generation weiterzugeben, das ist die wichtigste Aufgabe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Ihre Kreisgruppe Wetzlar hat bei ihrer Jahreshauptversammlung den Vorstand für die nächsten Jahre bestimmt. Dabei gab es keine Überraschungen. Erneut wurde der 79-jährige Hüttenberger Kuno Kutz im Amt des Vorsitzenden bestätigt. Der 1941 in Kruglanken im Kreis Angerburg in Masuren (Ostpreußen) geborene Kutz leitet seit 15 Jahren die Geschicke der Kreisgruppe und ist auch im Landesverband sowie im Bund der Vertriebenen aktiv. Kutz war im Dezember 1944 mit seiner Mutter und seiner Schwester vor der heranrückenden Roten Armee in den Westen geflüchtet.

Bestätigt wurden auch die Kulturbeauftragte Karla Weyland (Rauschenberg bei Marburg), Schatzmeisterin Carola Weber und Schriftführerin Margit Albrecht. Als Beisitzer sind tätig Christa Kutz, Brigitte Strähler und Rudolf Sauer.

Die Mitglieder der Kreisgruppe gehören zum Teil zu jenen rund zehn Millionen Deutschen, die während oder nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat in den deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße verlassen mussten und in Mittelhessen Aufnahme fanden. Zu der Vereinigung gehören aber auch Nachfahren der damals Ge-

flüchteten und Vertriebenen. Die Kreisgruppe finanziert ihre Aktivitäten laut Kutz ausschließlich durch Spenden.

Kutz stellte fest, dass 75 Jahre nach Kriegsende die Zahl der Mitglieder immer mehr abnimmt. Kamen im Jahr 2006 noch durchschnittlich 39 Besucher zu den monatlichen Kulturveranstaltungen, so waren es im vergangenen Jahr nur noch 25 Teilnehmer.

Der Vorsitzende stellte das Programm für 2020 vor. In den Grillstuben in Wetzlar (Stoppelberger Hohl 128) geht es am 10. Februar um 13 Uhr um „Ostpreußischen Humor“. Am 9. März trifft sich die Gruppe bereits um 12 Uhr, denn ein gemeinsames Grützwurstessen steht auf dem Programm. Danach wird Karla Weyland unter dem Thema „Was Essen zum Genuss macht“ über heimatische Spezialitäten sowie Gebräuche beim Essen und Trinken sprechen.

In einem Lichtbildervortrag nimmt Wolfgang Post (Herborn) die Besucher am 6. April auf eine „Wanderfahrt mit zwei Affen nach Pommern“. Karla Weyland informiert am 11. Mai über „Posen und das Posener Land“. Am 8. Juni spricht der Landesvorsitzende Ulrich Bonk (Frankfurt) über die „Volksabstimmung 1820 in Ost- und Westpreußen“. Am 4. Juli gibt es ein Grillfest im Schützenhaus in Nauborn.

„Eine Reise in unsere Heimat“, so ist ein Lichtbildervortrag am 14. September von Margrit Sandner und Brigitte Strähler überschrieben. Zum Erntedank mit Pfarrer Christian Silbernagel lädt die Kreisgruppe am 12. Oktober ein. Dabei wird Karla Weyland zum Thema „Hell die Gläser klingen – Unser deutscher Gerstensaft“ referieren. Dr. Christoph Spatz (Bremen) spricht am 9. November über „Pillau 1945 – Hundert Tage im Fluchthafen der Weltgeschichte“. Schließlich lädt Kutz am 29. November zur Advents- und Weihnachtsfeier ab 15.30 Uhr ein.

Kutz wies auch darauf hin, dass die Landeskulturtagung des Verbandes am 9. und 10. Mai in Wiesbaden-Naurod mit Dr. Christoph Spatz als Referent stattfinden wird. Am 18. Oktober lädt der Bund der Vertriebenen zum „Tag der Heimat“ in den Bürgersaal in Büblingshausen ein. Dabei wird die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf als Festrednerin erwartet und die Frauenkapelle „Egerländer Maderl“ gestaltet das Programm mit. Kontakt: Kuno Kutz, Heinzewies 8, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559.

Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Wilhelm Kreuzer,
Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@ostpreussen-NRW.de,
Internet: Ostpreussen-NRW.de.

Wuppertal – Am 25.12.2019 ist unser langjähriges Mitglied Magdalene Borgelt, geb. Jannowitz, verstorben. Frau Borgelt war so lange sie konnte in der Handarbeitsgruppe von Frau Nolde tätig und gehörte auch der Tanzgruppe von Ursula Knocks an. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Ostpreußen sich sowohl in der Landsmann-

Zum 75. Todestag meiner Mutter

Else Hildegard Ratensperger

geb. Prengel
* 3. 5. 1906 in Kehlerwalde/Ostpr.
† 29. 1. 1945 in Pr. Friedland/Westpr.

Durch eine unglückliche Fügung im Kriegsgeschehen wurden meine Mutter und andere Bewohner von Pr. Friedland (Schlochau) beim Durchmarsch der Russen tödlich getroffen. Mein Vater, **Erich Willy Ratensperger**, * 2. 4. 1902 in Schloßberg/Ostpr., letzter Sparkassendirektor der Stadtparkasse in Rastenburg/Ostpr., befand sich zu der Zeit an der Ostfront, war von 1945 bis 1953 in russischer Gefangenschaft und ist am 21. 6. 1991 in Bad Mergentheim verstorben. Meine Brüder: Dietrich † 5. 10. 2018, Lothar J. * 3. 3. 2005 in Eckernförde.

Im ehrenden Angedenken
Guntram Ratensperger
Dorfstraße 49, 24360 Barkelsby

schaft wie auch in den Kreisgemeinschaften engagieren, Frau Borgelt tat es. Als einer der Kirchspielvertreter von der Kreisgemeinschaft Ebenrode kümmerte sie sich um die Landsleute und begleitete viele Fahrten nach Nordostpreußen.

Im Namen aller, die Frau Borgelt kannten und Schätzten
Sigrid Kruschinski

Rinteln – Donnerstag, 13. Februar 2020, 15.00 Uhr, Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstr.1 oder Kreuzstr.): Henriette Piper liest aus ihrem Buch „Der letzte Pfarrer von Königsberg. Hugo Linck zwischen Ostpreußen und Hamburg“. Trotz drohender Eroberung Ostpreußens durch die Rote Armee entschied sich Hugo Linck im Januar 1945 gegen die Flucht und blieb bei seiner Gemeinde, bis er zusammen mit seiner Frau und den letzten Überlebenden der Kaliningrader Hölle im Frühjahr 1948 abtransportiert wurde, so der Verlagstext. Der Historiker Dr. Christopher Spatz, auch bekannt durch seine wissenschaftlichen Arbeiten und Vorträge über die Wolfskinder, hat das Nachwort geschrieben.

Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Weitere Informationen zur Veranstaltung sind im Internet unter <https://www.myheimat.de/2675997> anzuklicken, Kontakt und Anmeldung bei Joachim Rebuschat unter: Telefon (0 57 51) 53 86 oder über: rebuschat@web.de

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Am 3. Januar 2020 hatten die LM Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Sachsen im Freistaat Sachsen e.V. und die LM der Deutschen aus Russland e.V. Orts- und Kreisgruppe Chemnitz zu einem Neujahrsempfang eingeladen.

Der Vorsitzende der Landesgruppe Sachsen, Alexander Schulz, und der Vorsitzende LM Deutsche aus Russland, Landesgruppe Sachsen, Florian Braun, begrüßten die Teilnehmer mit einem Gläschen Sekt auf das „Neue Jahr 2020“.

Im Vordergrund stand die Vorstellung der Stadträtin und Kandidatin für die Fraktion der CDU zur Chemnitzer Oberbürgermeisterwahl, Frau Almut Patt. Frau Patt, so ihre Aussage, wird sich aktiv für

die Belange beider Landesgruppen einsetzen.

Die Landesgruppen wollen sich verstärkt für die geschichtliche Bildungsarbeit im Bezug auf „Flucht und Vertreibung der Ost- und Westpreußen“ sowie dem „Schicksal der Deutschen aus Russland“ an den sächsischen Schulen einsetzen. Die Gesprächsrunde konnte einige gute Beispiele bei der Zusammenarbeit mit Schulen nennen. Das es noch nicht ausreichend stimmt uns unzufrieden.

Der Chemnitzer Stadtrat und Landesvorsitzende der OMV, Herr Kai Hähner, gab gute Anregungen für das Zusammenwirken der Landesgruppen mit den sächsischen Schulen. Auch er wird das angestrebte Ziel mit seinen Möglichkeiten unterstützen.

Für die junge Chemnitzer Stadträtin Rebecca Thielemann war der Abend mit uns sicher sehr interessant für ihre Abgeordnetentätigkeit. Als Landesgruppen nehmen wir diese Angebote dankend entgegen und werden uns gemeinsam auf den Weg der Umsetzung begeben.

„Tag der Heimat 2020“

Leipzig – Am 25. April 2020 wollen wir, liebe Landsleute und Freunde unserer unvergessenen Heimat, den „Tag der Heimat“ in Leipzig feiern. Wie immer im Saal des Kleingartenvereins „Seilbahn“ in 04157 Leipzig, Max-Liebermann-Straße 91. Einlass: 9.00 Uhr, Beginn: 10.00 Uhr.

Dr. Christoph Spatz wird aus seinem Werk „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ lesen und berichten. Musikalisch wird der Vortrag umrahmt von der Mezzosopranistin Isabelle Kusari.

Eingeladen sind alle Ost- und Westpreußen, gleich aus welchen Heimatgebieten.

Bringen Sie Ihre Freunde mit !

Eberhard Grashoff

E-Mail: ebs.grashoff@web.de
Telefon: 0341 / 9010730

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info.

Neumünster – Am Sonnabend, den 1. Februar 2020 um 12.00 Uhr, trifft sich die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster, zum traditionellen Königsberger Klopessen mit einem amüsanten und musikalischen „Nachschlag“ in der Stadthalle am Kleinflecken. Hier schmeckst du Ostpreußen! Anmeldung bitte bis zum 27. Januar 2020 unter Telefon (0 43 21) 823 14.

Gäste sind willkommen.

Brigitte Profé

Elmshorn – Der Kurs „Englische Konversation“ startet am Donnerstag, 30. Januar 2020, am Elmshorner Mehrgenerationenhaus „Forum Baltikum - Dittchenbühne“.

In gemütlicher Runde und natürlich bei einer guten Tasse Tee kann man das Schulenglisch endlich wieder einmal etwas aufpolieren: in einem eigens dafür eingerichteten Konversationskurs mit Brian Andrews – jeweils donnerstags von 11 bis 12 Uhr. Für diesen Kurs muss keine Gebühr gezahlt werden, aber eine Anmeldung vorliegen.

Nähere Informationen und Anmeldung beim „Forum Baltikum - Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Ruf: (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Zusendungen für die Ausgabe 6/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der Ausgabe 6/2020 (Erstverkaufstag 7. Februar) bis spätestens Dienstag, den 28. Januar 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten. Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

ROMINTEN

Viele Namen für eine der ältesten Siedlungen

Rominten, Namensgeber der gleichnamigen Heide, blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück

VON WOLFGANG REITH

Im Jahre 1531 wurde erstmals ein kleines Gut Rominten erwähnt, 1539 dann auch der Ort mit demselben Namen und zwar dort, wo heute (noch) Groß Rominten liegt. Der Ort galt als die älteste dörfliche Siedlung im damaligen Landkreis Insterburg, später gehörte er (bis 1945) zum Landkreis Goldap und war darin die größte Gemeinde.

Im 18. Jahrhundert entstand hier aus Salzburger Glaubensflüchtlingen eine Teerschweler-Kolonie, weshalb der Ort bald auch unter dem Namen „Theerbude“ bekannt wurde. 1868 trennte man die Oberförsterei Rominten ab, die südöstlich des Dorfes lag, und 1874 erfolgte die Bildung des Amtsbezirks Rominten mit Sitz in Theerbude, in dem 1871 rund 1100 Einwohner lebten.

Jagdhaus in der Heide

Nachdem Kaiser Wilhelm II. sich in den Jahren 1890/91 im Forstbezirk Rominten – 15 Kilometer östlich von Theerbude – sein Jagdhaus hatte bauen lassen und dort ebenfalls eine kleine Siedlung entstanden war, welche die Bezeichnung „Kaiserlich Rominten“ erhielt, bedurfte es zum Zwecke der Unterscheidung zwischen beiden Orten einer Klärung, und so wurde schon 1892 der Amtsbezirk Rominten in „Groß Rominten“ umbenannt, und auch das bisherige Dorf Theerbude erhielt diesen Namen. 1907 zählte die Gemeinde Groß Rominten etwa 1200 Einwohner, während die Einwohnerzahl für Kaiserlich Rominten 1911 gerade mal 390 Einwohner betrug. 1908 umfasste der Amtsbezirk Groß Rominten die Landgemeinden Freiberg, Groß Rominten, Groß Trakischken, Kiauten-Eisenhütte, Roponatschen, Szeldkehmen, Texeln, Uszupönen und Warkallen.

Nach dem Ende der Monarchie erfolgte 1922 die Umbenennung von Kaiserlich Rominten in „Jagdhaus Rominten“. Nachdem die Nationalsozialisten 1936 damit begonnen hatten, die preußischen und litauischen Ortsnamen in eine deutsche Schreibweise umzuwandeln, wurde aus Szeldkehmen Scheld-



Zeugnis der deutschen Vergangenheit: In diesem Haus in Groß Rominten, das wie nur wenige noch erhalten geblieben ist, wohnten bis 1948 noch zwei Deutsche

Foto: W. Reith

kehmen Auch Groß Rominten wurde 1938 umbenannt und zwar in „Hardteck“, wohingegen die Ortschaft Jagdhaus Rominten ihren Namen behielt und man ja auch die Rominter Heide selbst nicht umbenannte.

Nachdem um die Jahreswende 1944/45 das Gebiet von der Roten Armee erobert und besetzt worden war, zogen in die Holzhäuser der Ortschaft Jagdhaus Rominten sowjeti-

sche Soldaten und auch einige Zivilisten ein. 1946 wurde die Siedlung in „Raduschnoje“ umbenannt, was übersetzt „Regenbogenort“ heißt. Doch weil man zu nah an der Grenze und damit am Sperrgebiet lag, wanderten viele Bewohner wieder ab. 1948 wurden etliche Gebäude abgebrochen und an anderen Stellen wieder errichtet. Beliebt war jedoch das frühere kaiserliche Jagdschloss, das unver-

sehr geblieben war und in dem man ein Kulturhaus etablierte. Allerdings wurde auch dieses in den Jahren 1949/50 abmontiert und in Königsberg wieder aufgebaut, wo es bis heute steht. In den 1950er Jahren kamen zwar noch mal vereinzelt „Neusiedler-Familien“, doch auch sie zogen bald wieder weg, und sofern die Gebäude nicht abgetragen wurden, verfielen sie allmählich. Seither existiert Ra-

duschnoje nicht mehr, obwohl die Ortsstellenbezeichnung immer noch auf Landkarten eingetragen ist. In den 1960er Jahren wurden zwei Kasernen für die Grenztruppen gebaut, die bis heute die einzigen Gebäude weit und breit darstellen und damit den ohnehin schon stark militärischen Charakter der Gegend zusätzlich prägen.

Kirche wurde restauriert

Die örtliche Kommandantur der Roten Armee wurde 1945 im ehemaligen Posterholungshaus des benachbarten Groß Rominten eingerichtet. Dieser Ort erhielt 1946 den Namen Krasnolésje (Roter Wald). Drei Häuser aus der Zeit vor der Eroberung stehen noch, darunter das frühere Pfarrhaus. Erhalten sind außerdem das Wasserwerk sowie der Bahnhof, der aber nicht mehr als solcher genutzt wird. Im Zentrum des Dorfes stand bis vor wenigen Jahren die Ruine der in den Kämpfen 1944/45 ausgebrannten Kirche, die 1880 mit finanzieller Unterstützung Kaiser Wilhelms I. erbaut worden war. Dann wurde sie liebevoll restauriert, und seit 2015 erstrahlt sie wieder in alter Pracht. Wenige Schritte daneben befindet sich ein Ehrenmal für sowjetische Gefallene der Jahre 1941 bis 1945, während gegenüber der Kirche noch ein charakteristisches deutsches Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs steht. Die Dörfer hingegen, die teilweise erhalten blieben und daher russische Namen bekamen, sind heute mit Ausnahme der beiden erstgenannten allesamt nicht mehr vorhanden. Somit ist praktisch nur noch Hardteck/Groß Rominten [Krasnolésje] geblieben, wobei der ehemalige Ortsteil Prügelsdorf auch nicht mehr existiert. Betrug die Einwohnerschaft von Groß Rominten 1931 noch etwas mehr als 1000 Personen, so gab es nach dem Ende der Sowjetzeit 1992 in Krasnolésje noch 450 Einwohner und 2010 gar nur noch 415.

Wer die Gegend bereisen will, benötigt unbedingt eine Sondergenehmigung (Propusk), die man in Königsberger Reisebüros erhält und ohne die nach der Erweiterung des russischen Grenzgebiets im Frühjahr 2007 die Randbereiche der Rominter Heide nicht einmal mehr für Einheimische zugänglich sind.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Den Tschechen das Wasser abgegraben?

Im Dreiländereck wehrt Polen sich gegen den Ausstieg aus der Kohle – Nachbarschaftsstreit mit Tschechien droht

Der polnische Präsident Andrzej Duda hat Ende vergangenen Jahres Reichenau [Bogatynia] im polnischen Teil der Oberlausitz einen Besuch abgestattet. Anlass war der traditionelle Tag der Bergarbeiter.

In Reichenau wird bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts Braunkohle im großen Stil gefördert. Duda ging jedoch nur auf die polnische Geschichte des Tagebaus in Reichenau ein. 1947 wurde dieser unter polnischer Verwaltung im Reichenauer Ortsteil Türchau [Turowsów] weitergeführt. Etwa 300 deutsche Bergleute wurden durch polnische ersetzt. Anfang der 1960er Jahre wurde ein erster Block des neu errichteten Kraftwerks Turów in Betrieb genommen. 1968 begann der Bau der Grube Turów II und ein Brennstoff- und Wärmeelektrizitätskombinat wurde ins Leben gerufen. Heute gehören die Grube und das Elektrizitätswerk der polnischen Holding PGE, die acht Prozent des polnischen Energiebedarfs deckt. Die vor 25 Jahren erteilte Konzession für die Braunkohleförderung erlischt im April dieses Jahres.

Die Bergleute in Reichenau kämpfen dafür, dass die Konzession bis Mitte der 40er Jahre verlängert wird, also bis das

Vorkommen abgebaut ist. Piotr Duda, Vorsitzender der Solidarnosc-Gewerkschaft, bezeichnete die Resolution zur Klimaneutralität bis 2050, die in Straßburg gefasst wurde, als schlecht. „Man kann also eine Konzession für Kohleförderung besitzen und faktisch wird man durch europäische Ökoterroren außer Gefecht gesetzt. Sie wollen unsere Wirtschaft vernichten. Wir lassen uns nicht einreden, dass wir bereits ab morgen den Bergbau einstellen müssen“, so Piotr Duda in Radio Breslau. Auch Präsident Andrzej Duda ging darauf ein und unterstrich, Polen habe ein Recht auf eine „normale Entwicklung, wie sie andere Nationen über viele Jahrzehnte hatten. Diese Chance hatte Polen nicht, weil es hinter dem Eisernen Vorhang lag und unter fremder Knute stand“, so der Präsident. Er sprach sich für eine gerechte Transformation im Sinne eines Klimaschutzes aus, der für den Menschen und den Staat Sicherheit biete.

Doch gegen eine Konzessionsverlängerung in Reichenau sind nicht nur westeuropäische Ökologen. Mit einer Gegenoffensive traten die tschechischen Nachbarn auf. Tschechiens Wirtschaftsmin-



Festtagsutensilien: Am Ende eines jeden Jahres wird in Reichenau der Tag des Bergarbeiters feierlich begangen

Foto: C.W.W.

ter Richard Brabec erhielt eine Petition von Einwohnern der benachbarten böhmischen Dörfer Reichenaus, die befürchten, dass sie durch die Kohleförderung Grundwasser verlieren. Auch wenn seitens des Turów-Vorstandes versichert wurde, dass es zu keiner Ausweitung der

Grube kommen wird, befürchten die etwa 700 Einwohner von Sörgsdorf [Uhelna] und Wetzwalde [Vaclavice] eine stärkere Lärmbelastung und Luftverschmutzung sowie eine Minderung des Wertes ihrer Immobilien. Sie wiesen auch darauf hin, dass durch den bisherigen Tagebau viele

Brunnen bereits ausgetrocknet seien. Brabec drohte, eine negative Beurteilung für die Konzessionsverlängerung bis 2044 auszustellen. Auch der tschechische Kultusminister Lubomir Zaoralek unterstützte die Petenten und drohte mit einer Klage bei der Europäischen Kommission. Das Wirtschaftsportal „Puls Biznesu“ informierte darüber, dass Tschechien neben Entschädigungen auch eine Abdichtung im Hinblick auf einen Grundwasserabfluss von Polen fordert.

In Reichenau werden jährlich acht Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Die Tagbaufläche umfasst 2487 Hektar. Dorota Bojakowska, Gemeinderatsmitglied in Reichenau (Recht und Gerechtigkeit, PiS) hofft hingegen, dass weitergeführt wird, denn die Grube bedeute eine stabile Arbeitslage und gute Verdienste, sagte sie gegenüber Radio Breslau. Der Reichenauer Zipfel ist der einzige Teil östlich der Oder-Neiße-Linie, der einst nicht zu Preußen gehörte, sondern von Sachsen an Warschau fiel. Dabei entstand ein kurioser Grenzverlauf – doch die Kohlevorkommen hier ließen aus damaliger Sicht keine Grenzbegründung durch eine Abweichung von der Neiße zu. *Chris W. Wagner*

ZUM GEBURTSTAG

Schinkelschüler und Hofarchitekt

Ludwig Ferdinand Hesse aus Belgard zum 225. Geburtstag



Ludwig Ferdinand Hesse, ca. 1845

Vom pommerschen Fleischer- sohn zum preußischen Hofarchitekten. Ludwig Ferdinand Hesse stammte aus dem pommerschen Belgard, vervollkommnete seine Architekturausbildung in der Obhut von Karl Friedrich Schinkel und brachte es während seiner Baumeister-Karriere bis zum Hofarchitekten unter drei Preußenkönigen. Er beeinflusste die Baukunst nach Schinkel maßgeblich und schuf vor allem in Berlin und Potsdam zahlreiche herausragenden Bauten, die ihm bis heute eine beträchtliche Nachwirkung bescheren.

Ludwig Ferdinand Hesse wurde am 23. Januar 1795 in Belgard an der Persante in Hinterpommern geboren. Die Stadt liegt rund 25 Kilometer südöstlich von Kolberg, gehörte zunächst zum Siedlungsgebiet der Westslawen sowie Polen und entwickelte sich dann im Schatten Kolbergs zu einer wehrhaften deutschen Stadt und Residenz der pommerschen Greifen. Nach dem Wiener Kongress hatte Belgard den Status einer Kreisstadt in der preußischen Provinz Pommern. Hier wuchs Hesse auf. Er war das dritte Kind seiner Eltern. Sein Vater wirkte als Fleischermeister. Als Mutter ist Dorothea Maria Nöske überliefert, die

schon 1808 verstarb. So kam der Junge in die Obhut eines Onkels, der für eine Ausbildung zum Feldmesser sorgte. Es folgten eine Feldmesser-Anstellung in Köslin, der Militärdienst in Berlin mit einem Studium an der Bauakademie und ein entsprechendes Examen. Das trug ihm eine Anstellung als Kondukteur in der ministeriellen Baukommission ein. Unter den Vorgesetzten Johann Gottlieb Schlaetzer und Johann Friedrich Moser erlangte er umfangreiche baupraktische Erfahrungen. Auf dieser Grundlage bestand er 1825 die zweite Prüfung zum Baumeister. Hesse unternahm anschließend Studienreisen an den Rhein, nach Süddeutschland und Österreich, studierte die Bauten und Baustile und kam nach seiner Heimkehr nach Berlin in die Obhut von Karl Friedrich Schinkel. Das war wohl die Krönung seiner Ausbildung. Hesse durfte an der Fertigstellung der Friedrichswerderschen Kirche mitwirken. Er heiratete die Adoptivtochter seines vorherigen Chefs Schlaetzer, konnte sich als Baumeister etablieren und stieg auf zum Hofbauinspektor. Es folgten eigenständige Arbeiten für Neubauten der Charité, ein Beitrag für Schloss Charlottenburg, die Löwenbrücke im Großen Tiergarten und das Hauptgebäude der Tierarzneischule in Berlin.

Studienreisen quer durch Europa

Der aufstrebende Hofbauinspektor unternahm zwischendurch immer wieder Studienreisen in verschiedene europäische Länder, erstellte dabei Architekturskizzen sowie Landschaftsbilder, die er auf Berliner Ausstellungen zeigte, und überzeugte damit auch Friedrich Wilhelm IV., der ihn 1844 ins Potsdamer Hofbauamt holte. Er setzte die „Skizzen des Königs zur architektonischen Verschönerung der Residenzstadt und der Parkanlage Sanssouci“ um, arbeitete dabei eng mit Friedrich August Stüler sowie Ludwig Persius zusammen und stieg die Karriereleiter nach oben. Hesse wurde



Nach den Plänen der Architekten Ludwig Ferdinand Hesse und Friedrich August Stüler entstand ab 1843 in Letzlingen eine Schlossanlage in der neugotischen Stilform der englischen Tudorarchitektur. Heutzutage kann man dort in der Hotelanlage fürstlich residieren.

(Foto Wikipedia)

Hofbaurat und dann Oberhofbaurat. Die Palette seiner Bauten reichte vom Umbau des Palais Barberini und dem Beldere auf dem Pfingstberg über Villensowie Schulbauten bis zur Turmvilla für den Küchenmeister Piechowski im Reiterweg 3 und zum Hofgärtnerhaus Heydert im italienischen Villenstil. Dazu gesellten sich der Umbau des Baus der Gartendirektion, dem heutigen Sitz der Schlösser- und Gartendirektion, das Orangerieschloss, der sogenannte Rossbrunnen und der Marstall unterhalb der historischen Mühle, heute als Besucherzentrum genutzt. 1862 weilte er nochmals zu Studienzwecken in Paris und London. Anschließend wurde er in Berlin als Nachfolger Stülers Chef der Schlossbaukommission und in den Senat der Akademie der Künste berufen. Dazu fungierte er ab 1866 als Mitglied der Pariser Academie des Beaux-Arts. Als sein wohl auffälligster Bau außerhalb von Berlin und Potsdam gilt das

Jagdschloss in der Letzlinger Heide, das bis heute einen Besuchermagneten darstellt.

Hesse hatte sich mit seinen Entwürfen, Bauten und Veröffentlichungen einen Namen gemacht, arbeitete bis zum letztem Atemzug und starb nach einer Baubesichtigung des Berliner Schauspielhauses am Gendarmenmarkt am 8. Mai 1876, 16 Jahre nach seiner Frau. Er wurde 81 Jahre alt. Seine letzte Ruhe fand der Baumeister auf dem Friedhof der Dreifaltigkeitsgemeinde. Später wurde nach ihm in Potsdam die Hessestraße benannt. Neben seinem baukünstlerischen Lebenswerk hinterließ er aus seiner Ehe vier Kinder. Zwei Söhne erwählten für sich ebenfalls die Baumeister-Laufbahn.

Martin Stolzenau

• Das Jagdschloss Letzlingen liegt malerisch im Herzen der Altmark. – <https://hotel-jagdschloss-letzlingen.travdo-hotels.de>

AKTUELLES

Bernsteinsammlung fand neuen Platz in Rostock

Erwin Krüger, 2. v.l., erklärt die Bernsteinexponate, re.: Hubertus Hilgendorff
Foto: Dahle

Es lief zäh, bis die Bernsteinausstellung ihren Platz von Uetersen nach Rostock wechseln konnte. Mehrere Jahre der Verhandlungen zogen alles in die Länge, denn es sollten natürlich nicht nur die Sahnestücke aus Uetersen an einem neuen Platz den Besuchern präsentiert werden. Der „Verein zur Erhaltung des ostdeutschen Kulturgutes Tornesch - Uetersen e.V.“, gegründet 1981 und in den vielen Jahren von Erwin Krüger aus Pommern geleitet, hatte ursprünglich ca. 200 Mitglieder. Mit Eifer und Elan trug man eine stattliche Sammlung von Exponaten und Archivalien zusammen, die im „Haus Ueterst End“ prä-

sentiert wurden. Dazu merkt Jochen Rudat, der 2. Vorsitzende des Vereins (aus Wehlau, Ostpreußen) an: „Als wir das Haus 1982 bekamen, war es eine Halbrunde, die Stadt wollte es eigentlich abreißen. Für fast 1,4 Millionen DM wurde es generalüberholt, auch mittels Fördermitteln und sehr hohen Spenden der Mitglieder unseres Vereins und des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes e.V.“ Viel Zeit und Geld haben die Mitglieder der Verein investiert, um das im Jahre 1813 als Schule erbaute Gebäude wieder herzurichten.

Nachwuchs fehlt

Ferner führte Rudat aus, dass jetzt leider der Nachwuchs im Verein fehlt, wie eigentlich fast überall in den Vertriebenen-Organisationen und dadurch zu den Versammlungen nur noch ca. 20 Personen erschienen sind. Schweren Herzens wurde die Entscheidung herbeigeführt, das liebevoll restaurierte Haus zu verkaufen. Das bedeutete auch, eine neue Heimat für den Inhalt zu finden, der weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Durch Kontakte, u.a. durch den Landesvorsitzenden der Pommerschen

Landmannschaft Schleswig-Holstein Horst Born und von Erwin Krüger nach Rostock, nahm die Odyssee und Unsicherheit ein Ende.

Am 9. Januar 2020 wurden die Ausstellungen „Bernstein – Das Gold der Ostsee“ und „Erinnerungen an eine verlorene Heimat“ eröffnet. Ca. 30 Interessierte und natürlich die Initiatoren hatten sich zu dem Ereignis eingefunden. Begrüßung durch den Vorsitzenden des Vereins „Societät Rostock maritim e.V.“ Jochen Pfeifer. Erwin Krüger schilderte mit bewegten Worten wie es zu der Verlagerung nach Rostock kam, Jochen Rudat übergab einen Wandteppich aus dem Memelland, auch der ehem. Stellvertreter des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Prof. Wolfgang Methling, Rostock, zeigte sich erfreut über die Erweiterung der Rostocker Ausstellung in der Societät und sprach anerkennende Worte.

Die Rostocker Wolfgang Dahle (Heimatkreis Stettin) und Gerhard Fischer (Kreis Labiau/Ostpreußen), der in Mecklenburg durch seine vielen Ausstellungen kein Unbekannter ist, können sicher Vortrat auch beratend zur Seite stehen. Hubertus Hilgendorff, Vorsitzender des Ver-

eins Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum e.V. in Lüneburg, begrüßte die Entwicklung in Rostock, die mit Sicherheit ausbaufähig sei.

Die Räumlichkeiten in dem 1856/57 an der Ecke der heutigen Richard-Wagner-Straße/August-Bebel-Straße als Gesellschaftshaus der „Societät“ (Verein wohlhabender Rostocker Bürger zum gesellschaftlichen Umgang in der Stadt) erbauten Hauses, das 1901 von der Stadt Rostock erworben und für Museumszwecke umgebaut wurde, würden es durchaus hergeben, die Ausstellung zu erweitern. Möge es gelingen, dass dort auch Dokumentationen und Exponate aus pommerschen Heimatstuben, die nicht länger zu erhalten sind, einen würdigen Platz finden und somit der Öffentlichkeit weiterhin präsentiert werden können.

Eine Zusammenarbeit mit dem Pommerschen Landesmuseum in Greifswald, dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und dem Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloß Ellingen wäre sicher wünschenswert.

Brigitte Stramm

• Info <https://www.srm-hro.de>

• BUCHPRÄSENTATION

Vom Verlust zum Gewinn

Am 11. Januar 2020 fand in der Heimatstube Mönchengladbach auf der Friedensstraße die öffentliche Vorstellung des neuen Buches „Vom Verlust zum Gewinn – Vertriebene in Mönchengladbach“ von Arno Barth und Michael Weigand statt. Vor den Augen von Bürgermeister Michael Schroeren und dem Bundesvorsitzenden der Pommerschen Landsmannschaft e.V., Adalbert Raasch, wurde die Präsentation feierlich durch das Ensemble „Geigenleut“ unter der Leitung von Winfried S. Kuettner untermalt.

„Vom Verlust zum Gewinn“ thematisiert die spannende Geschichte der Vertriebenen in Mönchengladbach als ein Teil lebendiger und gelebter Stadtgeschichte. Eingebettet wird ihr Schicksal als erfolgreiche Integration in die alteingesessene Bevölkerung in die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs mit der enormen Zerstörung Mönchengladbachs und die Zeit des Wiederaufbaus und der Nachkriegsgeschichte. Besonders bemerkenswert sind ein Mehr-Generationen-Interview der Familie Wendt und die beeindruckende Lebensgeschichte der deutschlandweit bekannten Persönlichkeit Dr. Rudolf Wlaschek, einem sudetendeutschen Ehrenbürger von Mönchengladbach.

„Die Flüchtlinge der Nachkriegszeit prägten nicht nur durch Persönlichkeiten wie den ehemaligen Trainer und heutigen Teil des Präsidiums der Borussia, Hans Meyer, und ihre ehemaligen Spieler Marcel Witczek und Klaus-Dieter Sieloff den Fußball, sie haben ihre deutlichen Spuren überall in der Stadt hinterlassen“, bewertet der Bundestagsabgeordnete Dr. Günter Krings die inhaltlichen Hintergründe des Buches in seinem Grußwort zu Beginn des Werks. Der Beauftragte der Landesregierung von NRW für die Belange der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, Heiko Hendriks, fügt in seinem Grußwort hinzu, dass „das Werk anschaulich belegt, dass in Mönchengladbach gut gelungen ist, die große Aufgabe der Integration nachhaltig und erfolgreich zu bewältigen, was nicht zuletzt dadurch bewiesen wird, dass mit Norbert Bude der Nachfahre eines Vertriebenen aus Schlesien sogar Oberbürgermeister der Stadt werden konnte.“

Das Buch „Vom Verlust zum Gewinn“ kann direkt über die Lern- und Bildungsakademie (www.lub-a.de, Tel. 02161- 303 7000) oder in jedem Buchhandel unter der ISBN-Nummer 978-3-9821584-0-2 bezogen werden.



v. li.: Adalbert Raasch (Bundesvorsitzender der Pommerschen Landsmannschaft e.V.), Michael Weigand (Projektleiter „Vom Verlust zum Gewinn“ und Inhaber der Lern- und Bildungsakademie Mönchengladbach), Arno Barth (der Autor), Winfried S. Kuettner (Kreisvorsitzender Bund der Vertriebenen, Kreisgruppe Mönchengladbach und Leiter des Ensembles „Geigenleut“), Bürgermeister Michael Schroeren und Roland Zillmann (Bundesverband BdV e.V.). Foto: Privat

„Wir brauchen einen Klimawandel – in der Sprache“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

“

„Dass es noch irrer zugehen kann als ohnehin schon, zeigt uns die Bonpflicht. Dies impliziert, dass die Oberen den Unteren nicht mehr trauen“

Manfred Hemmersbach, Köln
zum Thema: Handelt die SPD auf eigene Rechnung? (Nr. 1)



Gelbsucht zum Jubiläum: Das Fontane-Denkmal von Neuruppin am 200. Geburtstag des Dichters am 30. Dezember 2019, das mit einem Schal und einer Mütze geschmückt wurde
Foto: Reith

DIE FONTANE-AMPEL BLEIBT ZU: FAZIT DES FONTANEJAHRS (NR. 1)

Gerade von einem einwöchigen Aufenthalt in Neuruppin zurückgekehrt, freute ich mich darüber, dass in der PAZ wenigstens eine, wenn auch nur kurze, Meldung zum Abschluss des Fontanejahrs erschien. Leider fehlte eine fotografische Impression zu dem Artikel, die ihn aufwertet.

Ich erlebte die Geburtstagsfeier für den großen Dichter und Schriftsteller am 30. Dezember in Neuruppin selbst, die um 15 Uhr am Fontane-Denkmal begann, wo mehrere hundert Gratulanten gelbe Rosen ablegten (die Farbe stand für das Logo des Fontanejahrs). Die Plastik Theodor Fontanes hatte man mit einem gelben Schal und einer gelben Mütze versehen, auf denen die Zahl „200“ prangte.

Neuruppins Bürgermeister Jens-Peter Golde wartete im Übrigen mit der erfreulichen Mitteilung auf, dass die Fontane-Ampelmännchen, die aus Anlass des Jubiläumsjahres an den Lichtsignalanlagen rund um den Fontane-Platz (auf dem sich das Denkmal befindet) installiert worden waren, vorerst bleiben dürfen. Ursprünglich hatte die Genehmigung dafür nur bis zum 30. Dezember 2019 gegolten, doch wurde sie nunmehr um ein Jahr verlängert, was ausdrücklich die Unterstützung des Landkreises Ostprignitz-Ruppin fand.

Wolfgang Reith, Neuss

SECHZEHN NEUE BIRNENBÄUME ZU: RIBBECKS IMPORTIERTE BIRNEN (NR. 51/52)

Ergänzend zu Ihrem schönen Beitrag über den Herrn und das Schloss von Ribbeck möchte ich noch darüber berichten, dass nach Abschluss der Rekonstruktion des Schlosses Ribbeck mit der dazugehörigen Grünfläche im Namen aller 16 deutschen Bundesländer entlang des Gartenzaunes 16 bereits gut entwickelte Birnenbäume unterschiedlicher Sorten gepflanzt wurden. Vor dem Baumstamm kündigen jeweils eine Gedenktafel das spendende Bundesland und die Birnensorte an. Ein Besuch des Schlosses wird in den Wochen der Birnenreife besonders interessant sein.

Dr. Adam Sonnevend, Rostock

MENSCHEN ZU TIEREN ERKLÄRT ZU: AUFGESCHNAPPT (NR. 1)

Aktivisten, die von ihrer Sache überzeugt sind, schrecken immer weniger vor Kraftausdrücken und Beleidigungen zurück. Dass nun ein öffentlich-rechtlicher Sender in dieselbe Kerbe schlägt und dafür sogar Kinder benutzt, markiert einen weiteren Tiefpunkt im öffentlichen Sprachgebrauch.

„Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad. Das sind tausend Liter Super jeden Monat. Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau“. Das mussten Kinder im Westdeutschen Rundfunk (WDR) singen. Der WDR hatte seinen Dortmunder Kinderchor zu dieser vermeintlichen „Satire“ angestiftet und einen Film davon im Netz verbreitet. „In Zeiten des Klimawandels müssen auch Klassiker wie ‚Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad‘ ganz neu getextet werden (Achtung Satire)“, begründete der Sender die beleidigende Wortwahl. Aus dem wertschätzenden „Meine Oma ist 'ne ganz patente Frau“ wurde so das hasserfüllte „Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau“. Am Ende jeder Strophe wurde diese Beleidigung wiederholt.

Damit führte der Westdeutsche Rundfunk den Feldzug von „Fridays for Future“ gegen die ältere Generation fort. Diese Gruppe hatte kurz vor Weihnachten über Twitter den menschenverachtenden Kommentar in die Welt gesetzt: „Warum reden uns die Großeltern eigentlich immer noch jedes Jahr rein? Die sind doch eh bald nicht mehr dabei.“ Wer Menschen zu Tieren erklärt, fördert das Denken, dass diese Menschen weniger wert sind. Über den Tod einer „alten Umweltsau“ trauert man weniger als über den Verlust einer „patenten Frau“.

Immerhin hat der gerade auch von Omas Gebühren finanzierte Sender nun das Schmählgedicht gelöscht, „da schon die Mutmaßung, WDR-2 hätte die Kinder des Chores instrumentalisiert, für die Redaktion unerträglich ist“, so eine Facebook-Mitteilung. Selbst im Namen einer vermeintlich guten Sache ist es niemals gerechtfertigt, die Würde vieler Menschen anzugreifen. Wir brauchen daher dringend einen Klimawandel – in der Sprache.

Wolfgang Lienhart, Bühl

AUFRECHTEN GANG WAGEN

ZU: NUR DIE SPITZE DES EISBERGS (NR. 2)

Die jüngste Entwicklung, der Kinderchor mit dem im WDR gesungenen Lied „Unsere Oma fährt im Hühnerstall Motorrad“ – jetzt in der Form „Unsere Oma...die Umweltsau“, zeigt eindeutig, aus welchem Umfeld Hass und Hetze in unsere Gesellschaft gelangen.

Aus meiner Sicht wird den Kindern, den Jugendlichen, der jüngeren Generation weder in der Schule, noch von Presse, Funk und Fernsehen vermittelt, welche Lebensleistung älterer Bürger erst die Bedingungen und Möglichkeiten für jüngere ermöglicht haben.

Mit viel Engagement und Motivation wurden in der Vergangenheit die Aufbauleistungen nach dem Krieg, die Überwindung der sozialistischen Diktatur auf dem Gebiet der früheren DDR und der Wohlstand einer sozialen Marktwirtschaft bis in den Anfang der 2000er Jahre realisiert.

Mit immer mehr Vorschriften, mit Planwirtschaft, Manipulation, Einschränkungen der Meinungsfreiheit befinden wir uns nunmehr wieder auf dem Weg zum Sozialismus, diesmal ökologischer, grüner Prägung. Selbstständiges Denken und der mit der friedlichen Revolution erlernte „aufrechte Gang“ ist heute mehr denn je vonnöten, um verhängnisvollen Entwicklungen Einhalt zu gebieten.

Karin Bernoth, Fürstenwalde

FREIE SPRACHE DER PAZ

ZU: UNTER DRUCK (NR. 2)

Für das eindrucksvolle Bild des von Kölner Gutmenschen verletzten Demonstranten auf der Titelseite der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* vom 10. Januar danke ich Ihnen sehr. Es ist eine Anklage gegen ein System, das Gewalt gegen Andersdenkende zulässt. Den Wochenrückblick von Hans Heckel habe ich mit einem Fax der „Rheinischen Post“ in Düsseldorf zur Lektüre empfohlen, denn dieses Blatt ist geradezu ein Muster für manipulative Berichterstattung.

Darum freue ich mich über die freie Sprache der PAZ, die mir mancherlei Anregung bietet.

Adolf Frerck, Geldern

EINE LANZE FÜR DIE DKP

ZU: WIE DIE LINKSPARTEI MIT DER DKP KUNGELT (NR. 38)

Es ist ein völlig normaler Vorgang, wenn der konservative Publizist Florian Stumfall wie auch der deutsche Verfassungsschutz eine kommunale Zusammenarbeit zwischen der Linken und der DKP kritisch sehen. Ich bin aber weder ein Konservativer noch arbeite ich für den deutschen Verfassungsschutz und erlaube mir somit hier einen anderen Blickwinkel.

Wenn man die Parteien DKP mit der Linken und den Grünen vergleicht, dann ist die DKP sowohl die deutschesteste wie auch die spannendste Partei dieser drei, wenn man nur bereit ist, sich auf den Gedanken einzulassen, dass die DDR deutscher war als die Bundesrepublik.

Der in 2017 verstorbene Kultursoziologe Henning Eichberg schilderte eine Begegnung mit dem politischen Querdenker August Haußleiter im Jahr 1970, als er gegen das Treffen Willy Brandts mit Willi Stoph protestierte, folgendermaßen:

„Gerade auf diesem gefühlsmäßigen Höhepunkt meiner Demonstration traf mich ein Schock. Auf der Straße begegnete ich einem alten Mann, auf den mich meine Begleiter aufmerksam machten. ‚Da drüben geht der Haußleiter‘, sagten sie. August Haußleiter war der Vorsitzende einer kleinen nationalistischen Partei, die aber neutralistisch orientiert war, der ‚Deutschen Gemeinschaft‘. Als solcher hatte er das Gespräch mit den linksradikalen Studenten des SDS gesucht und unterstützt vor allem die Ostpolitik Willy Brandts. (Später wurde er einer der ersten Bundessprecher der Grünen, die er mitbegründete.) Dieser alte Mann kam also auf uns, eine Gruppe junger Leute mit schwarzen und schwarz-rot-goldenen Fahnen, zu und fragte kopfschüttelnd: ‚Was macht ihr da eigentlich? Brandt und Stoph – das sind doch beides Deutsche. Sie wollen miteinander sprechen, was ist daran denn eigentlich falsch?‘ Ich blieb verwirrt zurück und trug die Irritation mit mir weiter.“ Fehlende Kommunikationsbereitschaft ist die häufige Ursache für politische Konflikte, die in einem Status quo verharren.

Als langjähriger und ehemaliger „rechter“ Sozialdemokrat, schon deshalb, da ich grundsätzlich noch nie mit den Grünen politisch kungeln wollte, und als Anhänger der Ostpolitik Egon Bahrs, sehe ich folglich auch die damaligen deutschlandpolitischen Positionen sowie die rüstungspolitische Positionierung der DKP positiv, die keine Stationierung militärischer Massenvernichtungswaffen in der Bundesrepublik wünschte.

Ich empfehle auch heute, im Greta-Zeitalter, die Parteien Die Linke, SPD und nicht zuletzt die Grünen politisch sehr viel kritischer zu bewerten als die DKP, obschon ich mich natürlich mit der DKP von deren unrealistischen migrationspolitischen Ideen hier eindeutig distanzieren möchte.

Politischen „Schaden“ wird die DKP mit ihren 2000 Parteimitgliedern aber auch aus Sicht ihrer Gegner sowieso nicht anrichten können. Außerdem: Die Linke will auf Bundesländerebene politisch grundsätzlich nichts mit der DKP zu tun haben. Die vom PAZ-Autor erwähnte Landtagsabgeordnete Christel Wegner (DKP) wurde folglich schnell aus der niedersächsischen Landtagsfraktion ausgeschlossen. Es mag noch einige kommunalpolitische Zusammenarbeit geben, aber beispielsweise definiert sich die Linke heute viel grüner als die DKP. So lehnt die DKP beispielsweise zu Recht eine CO₂-Bepreisung eindeutig ab.

Dr. Frank Wolfram Wagner, Lemgo

KÖNIGLICHE GEWÜRZE

Der Duft des Orients

Natürliche Waffen gegen Krebs – Die alte Weisheit um die Heilkraft von Gewürzen ist wissenschaftlich immer mehr bestätigt

VON SILVIA FRIEDRICH

Schon im Mittelalter waren den Europäern die medizinischen Eigenschaften der Muskatnuss bekannt. Als Statussymbol wurden die Nüsse sogar von den Mächtigen der Adelsfamilien in Amuletten getragen. Der Glaube ging so weit, dass man dem Muskat eine heilende Wirkung bei der Pest zusprach. Schon bald wurde Muskat mit Gold aufgewogen und ererbte Kriege darum geführt.

Das Geheimnis um die Heimat der Muskatnüsse wurde von den Gewürzhändlern, sehr zum Ärger der Konkurrenz, lange bewahrt. Der Geschmack von Muskat ist unvergleichlich. Verantwortlich dafür ist Myristicin, ein wesentlicher Bestandteil im ätherischen Öl der Muskatnuss. Neben der Würzkraft für Speisen werden Muskat auch antimikrobielle Eigenschaften zugeschrieben. So kann es Magen-Darm-Beschwerden beheben, entzündungshemmend und entkrampfend wirken, das zentrale Nervensystem stimulieren sowie Angst- und Stressgefühle mindern. Eine in der Muskatnuss gefundene bioaktive Substanz könnte eventuell der Hautalterung entgegenwirken.

Thailändische Forschungen zeigten, dass Muskatnussextrakt sogar Leukämiezellen tötete. In einer Studie brasilianischer Forscher wurde deutlich, dass Myristicin 90 Prozent der Rotaviren, eine der häufigsten viralen Ursache für Durchfall, unschädlich macht. Vorsicht sei geboten, wenn Muskat in höherer Dosis von fünf bis 20 Gramm, was ein bis drei Samenkerne entspricht, eingenommen wird. In dieser Menge ist Muskat giftig und führt zu schweren Schädigungen. Jedoch ist die normale und bedachte Verwendung im Haushalt der nach „Moschus riechenden Nüsse“, so die Bedeutung des Namens, völlig unbedenklich.

Das Gewürz der heiligen Hildegard

Einen Hauch von Orient holt man sich in die Küche mit dem bei uns noch weniger bekannten Kreuzkümmel, auch Cumin genannt. Bereits im Alten und Neuen Testament wird er erwähnt. Früheste Funde stammen aus Babylonien. Bei den alten Griechen wurde Kreuzkümmel in Schälchen zur Würze des Essens auf dem Tisch angeboten. Sein intensives Aroma machte



Von allem etwas: Gesunde, exotische Gewürzmischung

Foto: Mauritius

ihn zur günstigen Alternative zum schwarzen Pfeffer.

Die Römer liebten das Gewürz, importierten es aus Nordafrika und Vorderasien. Der Anbau in ihren nördlichen Provinzen misslang, da die Blütenpflanze ein heißes, trockenes Klima benötigt. Seit die Spanier im 16. Jahrhundert Cumin in die Neue Welt brachten, ist er aus der mexikanischen Küche nicht mehr wegzudenken. Arabische und orientalische Gerichte werden häufig damit veredelt. Auch die heilige Kräuterexpertin und Klostergründerin Hildegard von Bingen (1089–1179) empfahl das Gewürz zum Käse, damit die Fettverdauung und Eiweißverwertung dadurch bekömmlicher werde.

Eine indische Studie mit Versuchstieren, die an Typ-2-Diabetes litten und denen Kreuzkümmel verabreicht wurde und ein normales Antidiabetikum, zeigte, dass beide Substanzen eine Reduzierung des Cholesterins und der Blutfette (Triglyceride) bewirkten. Eine deutliche Senkung des Blutzuckerwertes wurde ebenfalls re-

gistriert. Indische Forscher stellten darüber hinaus fest, dass die Gabe von Kreuzkümmelpulver bei Ratten die durch Dia-

betes verursachte Netzhauterkrankung (Retinopathie) verlangsamte. Weitere Forschungen ergaben, dass Kreuzkümmel

Die drei Supergewürze

Kreuzkümmel (Cumin), angebaut in Indien, Nordafrika, Indonesien, der Türkei und im mittleren Osten, stammt aus der Familie der Doldenblütler, genau wie der europäische Echte Kümmel, der jedoch einer anderen Gattung angehört. Die Bezeichnung leitet sich aus der kreuzförmigen Blattstellung der Pflanze und dem kümmelähnlichen Aussehen der getrockneten Früchte (Samen) ab.

Grüner Kardamom gehört zu den Ingwertgewächsen. In den Regenwäldern Asiens und Afrikas werden die Samenkapseln der zwei Meter hohen Pflanzen kurz vor der Reife von Hand geerntet, da sich die Kapseln sonst öffnen und die Samen verloren gingen. Genutzt werden die getrockneten Kapseln und Samen. Es gibt noch den gebleichten weißen Kardamom und den schwarzen Kardamom.

Der Muskatnussbaum (*Myristica fragrans*) stammt aus der Familie der Muskatnussgewächse. Die Muskatnuss ist der Kern eines nussartigen Samens in der Frucht des Baumes. Ursprungsland und weiterhin Anbaugbiet sind die Banda-Inseln im Archipel der Molukken, zusätzlich Grenada und Indonesien. Es handelt sich um einen immergrünen Baum, der bis zu 18 Meter hoch werden kann.

der Osteoporose (Knochenschwund) entgegenwirken kann durch den hohen Gehalt an Phytoöstrogenen (sekundären Pflanzenstoffen).

Die Wirkung des Gewürzes ist vergleichbar mit handelsüblichen Medikamenten, allerdings ohne deren Nebenwirkungen. Das ätherische Öl des außerordentlich gesunden Gewürzes und der hohe Gehalt an Vitamin C, Flavonoiden und weiteren Substanzen wirken sich positiv auf das Immunsystem und den Zellstoffwechsel aus und könnten so möglicherweise eine Waffe gegen Krebs sein. „In verschiedenen Tierversuchen zeigte sich, dass Kreuzkümmel Darm- und Leberkrebs entgegenwirken kann“, sagt die Londoner Ärztin und Ayurveda-Expertin Eleni Tsiompanou. Was sollte einen also noch davon abhalten, diesen Duft des Orients reichlich durch die heimische Küche ziehen zu lassen?

Königin der Gewürze

Das Dritte im Bunde zählt, neben Safran und Vanille, zu den kostbarsten Gewürzen der Welt: Kardamom. Die mühsame Ernte von Hand verursacht den hohen Preis. Den meisten sicher nur aus der Weihnachtsbäckerei bekannt, gilt Kardamom als „Königin der Gewürze“. Das delicate Aroma entsteht durch zahlreiche ätherische Öle, wobei das medizinisch wichtigste das Cineol ist.

Beginnend 1978 in einem Forschungsinstitut in Indien, werden heute auf der ganzen Welt Studien zur Heilwirkung des Gewürzes durchgeführt – mit beeindruckenden Ergebnissen. So wirkt es magenberuhigend, senkt den Blutdruck, senkt die Fähigkeit der Blutplättchen, sich zu verbinden, um ein Gerinnsel zu bilden, lindert Asthma und Nebenhöhlenentzündungen. Doch sollte es nur sparsam verwendet werden, da sonst die Auskleidung des Magen-Darm-Traktes gereizt werden kann, so der amerikanische Arzt Param Dedhia. Auch sollten Schwangere vorsichtig damit sein, da es Wehen auslösen könnte.

Erstaunlich, dass 80 Prozent der weltweiten Kardamom-Ernte in den Ländern des arabischen Sprachraumes landen, und zwar im Kaffee. Kardamom ist ein vorzügliches Kaffee-Gewürz. Eine Samenkapsel davon in die Ausgusstülle einer Kaffeekanne gedrückt und das heiße Getränk darüber laufen lassen. Ein wahrer Genuss.

SCHLOSS WERNIGERODE

Winter des Gartenvergnügens

In den Schlössern Sachsen-Anhalts träumt man bereits vom Frühling – Sehenswerte „Gartenträume“-Ausstellung in Wernigerode

Wer in der kalten Jahreszeit von wohlgeren Tagen träumen will, sollte das Schloss Wernigerode besuchen. Dort läuft bis zum 3. Mai die Sonderausstellung „Leidenschaft für Schönheit – Gartenträume in Sachsen-Anhalt“. Das Schloss ist ein besonders geeigneter Ort dafür, zählen doch die Schlossgärten der „bunten Stadt am Harz“ mit Terrasse, Tiergarten, Lustgarten und Kastanienwäldchen zu den beliebtesten „Gartenträume-Anlagen“ in Sachsen-Anhalt.

Gartenträume in Sachsen-Anhalt: Das sind 50 heute noch erlebbare historische Parkanlagen. Seit 20 Jahren werden durch das denkmalpflegerisch-touristische Netzwerk gartengeschichtliche Schätze gehoben, wieder hergestellt und gepflegt. Dabei umspannen die 50 Parks sowohl einen Zeitraum von mehreren Jahrhun-

derten als auch unbekanntere Anlagen, wie den Barockgarten von Schloss Hundisburg oder den Irrgarten Altjeßnitz, bis hin zu den berühmten Parks des Gartenreichs und UNESCO-Weltkulturerbes Dessau-Wörlitz oder auch des Europa-Rosariums Sangerhausen.

Die Wernigeröder Ausstellung erzählt anhand von jeweils markanten, wertvollen und überraschenden Objekten etwas über das Wesen und die Einzigartigkeit jeder Parkanlage.

Zu bestaunen ist beispielsweise aus dem Schlosspark Harbke das erste auf Deutsch erschienene Fachbuch zur Dendrologie (Gehölzkunde): „Die Harbke-sche wilde Baumzucht“ von Johann Philipp du Rois (1771/72). Der Kurpark Bad Dürrenberg präsentiert ein originales Reisigbündel aus dem längsten noch erhalte-



Vorfreude auf den Frühling: Die Schlossgärten von Wernigerode

nen Gradierwerk in Deutschland. Ein historisch bedeutender Äbtissinnenstab des 18. Jahrhunderts der Äbtissin Anna Freiin von Welck kommt aus dem Kloster Drübeck. Sicher zu den Höhepunkten gehört das barocke Gemälde der „Flora“ von Daniel Mytens aus dem Schloss Mosigkau im Gartenreich Dessau-Wörlitz sowie erstmalig seit langer Zeit gezeigtes Porzellan, wie Goldtassen mit Wörlitz-Motiv oder auch die Meißner Palme. Eine echte Rarität ist auch die handgeschriebene Artenliste des botanisch herausragenden Brockengartens aus dem 19. Jahrhundert.

Durch originale Pläne, Gemälde, historische Werkzeuge, Postkarten, Skulpturen und vieles mehr wird die ungeheure Vielfalt an kulturellen Werten und Geschichten, welche die Gärten in sich bergen, offensichtlich: Je nach Fokus geht es

um Gestaltung und Ästhetik, besondere Persönlichkeiten, Gartenzitate aus aller Welt, botanische Kostbarkeiten, einzigartige Materialien, Repräsentation und Adel, Gesundheit, Ökologie oder Spiel und Genuss. Apropos: Auch das Riechen, Hören und Fühlen werden nicht zu kurz kommen – sind Gärten doch ein zutiefst sinnliches Thema. tws

● Bis 31. Januar von Dienstag bis Freitag stündliche Führungen von 10.30 bis 16 Uhr. Vom 1. bis 23. Februar von 10 bis 17 Uhr sowie jeden Sonnabend und Sonntag bis 18 Uhr selbstständiger Besuch ohne Führung. Zur Ausstellung ist im Verlag Janos Stekovic der Bildband „Leidenschaft für Schönheit – Gartenträume in Sachsen-Anhalt“ erschienen (272 Seiten, 35 Euro). Internet: www.gartentraume-sachsen-anhalt.de

● FÜR SIE GELESEN

Neue Formen der Arbeit

Schon seit Jahren ist klar: Arbeitsprozesse verändern sich, und viele Büros sehen heute durch die Digitalisierung, die Umgestaltung von Hierarchien und neue Formen der Zusammenarbeit anders aus als vor einigen Jahren. Regelmäßig gehen neue Experimente mit verschiedenen Formen der Arbeitsorganisation durch die Medien und preisen die Vorteile von Homeoffice, Fünf-Stunden-Tag oder Remote Working an. Während bei diesen Prozessen die Zufriedenheit der Mitarbeiter als positiver Faktor mit in die Überlegungen der Chefetagen einbezogen wird und Arbeitnehmer mehr Freiheiten in der Organisation ihrer Arbeit zugesprochen bekommen, bedeutet dies gleichzeitig mehr Verantwortung für jeden Einzelnen.

In „Digital anders arbeiten. Effektive Methoden und neue Tools für den heutigen Büroalltag“ gibt Sigrid Hess ausführliche Erklärungen zu diesen neuen Arbeitsformen und wägt sehr reflektiert konventionelle und neue, digital unterstützte Arbeitsprozesse mit ihren Vor- und Nachteilen gegeneinander ab. Zudem finden sich zahlreiche Praxistipps zur optimalen Verschränkung, um das Beste aus beiden Bereichen herauszuholen. Um diesen Prozess zu vereinfachen, werden in der zweiten Hälfte des Buches zahlreiche Computerprogramme und Apps vorgestellt und deren wichtigste Funktionen Schritt für Schritt erklärt, die die Kommunikation unter Kollegen und die eigene Arbeitsorganisation erleichtern können. Der Band ist sehr übersichtlich gestaltet mit je einer kurzen Übersicht darüber, um was es im folgenden Kapitel gehen wird.

Lydia Wenzel



Sigrid Hess: „Digital anders arbeiten“, Redline Verlag, München 2019, broschiert, 224 Seiten, 19,99 Euro

Abgründe der Seele

„Tage des Verlassenwerdens“ ist der zweite Roman der italienischen Erfolgsautorin Elena Ferrante. Nach dem Erfolg der „Neapolitanischen Saga“ hat der Suhrkamp Verlag auch dieses Frühwerk der Autorin neu aufgelegt. Wie der Titel bereits verrät, handelt der Roman von einer 38-jährigen Mutter zweier Kinder, die eines Tages ohne Vorankündigung von ihrem Mann wegen einer Jüngerin verlassen wird. Für die geprellte Ehefrau beginnt eine scheinbar unaufhaltsame Abwärts spirale. Der Leser wird Zeuge einer in Selbstzweifeln, Ohnmacht, Vernachlässigung sich auflösenden Persönlichkeit, die beginnt, die Kontrolle über ihr Leben zu verlieren, bevor sie sich fängt. Was an dem Werk fasziniert, ist die schonungslose Offenheit, in der die inneren Seelenkämpfe der Protagonistin dargestellt werden. An das sprachliche Niveau der „Neapolitanischen Saga“ reicht es jedoch nicht heran.

MRK



Elena Ferrante: „Tage des Verlassenwerdens“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, gebunden, 253 Seiten, 22 Euro

RADURLAUB



Mit dem Drahtesel durch Brandenburg Eine Reihe von Reiseführern der besonderen Art bietet der Berliner Verlag Terra-Press an. Unter anderen Titeln für Individualreisen gibt es die Reihe „Radrouden durch historische Stadtkerne im Land Brandenburg“. In den handlichen, etwa 70 Seiten starken Heften mit Spiralbindung werden 31 Städte mit historischen Stadtkernen vorgestellt. In sechs Routen „erfährt“ der Leser nicht nur insgesamt Hunderte von Kilometern entlang historisch denkwürdiger Ortschaften, sondern auch etwas über Kronprinzen, Theodor Fontane oder Martin Luther, sowie etwas über Wasser-, Handels- und Pilgerwege, Burgen und Schlösser.

Route 5 beispielsweise führt durch Orte, die von der Reformationsgeschichte zeugen. Von Jüterborg –

wo der Dominikanermönch Johann Tetzel Ablassbriefe verkaufte, die Martin Luther im nahe gelegenen Wittenberg so sehr erzürnten, dass er seine berühmten 95 Thesen gegen den Ablasshandel verfasste und an die Kirchentür der Schlosskirche von Wittenberg nagelte – führt die Tour zu Elbe und Elster, durch die Naturparks in der Niederlausitz und zu historischen Stadtkernen, die Reformationsgeschichte „erfahrbar“ machen.

Jeder Route ist eine Karte mit dem Ausschnitt der jeweiligen Etappe vorangestellt mit Angaben zu den an der Strecke liegenden Sehenswürdigkeiten. Für die Städte gibt es einen Stadtplan in großem Maßstab, auf dem neben Sehenswürdigkeiten auch Einkehr- und Übernachtungsmöglichkeiten eingezeichnet sind. Die

Einzelstappen haben eine Länge von zirka 20 bis zu 85 Kilometern für geübte Radler. Allerdings ist es auch möglich, die vorgeschlagenen Routen entsprechend der eigenen Kondition in kürzere Abschnitte aufzuteilen. Insgesamt bieten die sechs Routen eine alternative Möglichkeit, die Mark individuell zu bereisen.

MRK

Radtouren durch historische Stadtkerne im Land Brandenburg: Route 1 „Von Neuruppin ins Oderland“, Route 2 „Von Rheinsberg bis Ribbeck“, Route 3 „Unterwegs in der Prignitz“, Route 4 „Durch das Havelland und den Fläming“, Route 5 „Zwischen Elbe und Elster“, Route 6 „Durch Spreewald und Lausitz“, Terra-Press, Berlin 2019, Spiralheftung, je 70 Seiten, je 10 Euro

GESCHICHTE

Der Historiker Christopher Clark betrachtet Regenten und ihre Ideale

Der Preußenspezialist stellt in seinem Buch „Von Zeit und Macht“ die vorbildliche Amtsführung großer Preußen denen europäischer Politiker der Gegenwart mit ihren Chancen und Gefahren gegenüber

VON DIRK KLOSE

Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ Mit diesen Worten kennzeichnet Friedrich Schiller den Feldherrn Wallenstein in seinem großen geschichtsträchtigen Drama. Umgekehrt und viel häufiger gibt es allerdings das Gegenteil, dass sich nämlich große – oder für groß haltende – Herrscher und Politiker als Repräsentanten ihrer Zeit sehen und der Geschichte ihren Stempel aufzudrücken versuchen.

Der aus Australien stammende, heute in Cambridge lehrende Historiker Christopher Clark ist durch seine Bücher über Preußen und den Beginn des Ersten Weltkriegs („Die Schlafwandler“) längst zu einem, wenn nicht zu dem Spezialisten für die preußisch-deutsche Geschichte geworden. Seinem neuen Buch „Von Zeit und Macht“ schickt er die These voraus, dass wie Schwerkraft das Licht, so Macht die Zeit beuge, dass also Macht jeweils das Denken über politische und geschichtliche Abläufe präge. Clark will unterschiedliche Formen von Geschichtlichkeit zeigen, in welchen Machthaber sich präsentieren. Das klingt zunächst sehr abstrakt, wird aber schon bald höchst anschaulich. Vier historische Beispiele, oder besser Persönlichkeiten, hat Clark sich zur Verdeutlichung seiner Thesen ausgesucht: Den Großen Kurfürsten, Friedrich den Großen, Bismarck und die Politik der Nationalsozialisten.

Der Große Kurfürst hatte enorme Widerstände des Adels und der Stände zu überwinden, um das vom Dreißigjährigen Krieg völlig zerstörte, zerklüftete, von



Ein gefragter Gesprächspartner: Der australische Historiker und Buchautor Christopher Clark auf dem Historikertag in Göttingen

Foto: Ziko van Dijk

Ostpreußen bis an den Niederrhein reichende LandLand mittels eines halbwegs respektablen Heeres reputationsfähig zu machen. Er achtete nicht alte Privilegien und Verträge, sondern wollte zeitgemäß einen starken und wehrhaften Staat aufbauen. Kein Geringerer als Samuel Pufendorf rühmte seine vorausschauende Energie.

Wie die Zeit Macht prägt

Friedrich der Große sah sich als „Philosoph auf dem Thron“, war aber eher, wie Clark einleuchtend meint, ein königlicher Historiker, was seine berühmten historischen Traktate unterstreichen. Für Friedrich war Geschichte ein in dauerndem Fortschritt befindlicher Prozess mit unumstößlichen immanenten Gesetzen, was die Wucht momentaner Ereignisse mit einer gewissen Gelassenheit aushalten

ließ. Seine Gegenwart sah der König skeptisch; seine Ideale fand er im antiken Rom, dessen Helden wie Sulla, Caesar oder Augustus ihm geradezu Geistesverwandte waren.

Bismarck, so sagt es Clark, war ein „Steuermann im Strom der Zeit“. Er nimmt Bismarcks Selbstzeugnis als Schachspieler auf und zeigt an dem bekannten Passus, sich in der Politik wie ein Schachspieler alle Züge offenzuhalten, dessen Verständnis von politischem Handeln in seiner Zeit. Das bedeutete beispielsweise auch, die – mentalen wie auch tatsächlichen – Veränderungen durch die Revolution von 1848 anzuerkennen und den neuen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, immer mit dem Ziel, das monarchische System zu halten und zu festigen. Am Ende führt Clark die Politik des NS-Regimes an. Ihm attestiert er völlige Geschichtslosigkeit, viel-

mehr ein aggressives Bestreben, mittels eines Endsiegs in Europa eine Weltherrschaft zu erreichen – „ein apokalyptisches Projekt einer rassistischen Selbstverwirklichung“.

Geschichte als Lehrmeisterin. Der Autor schreibt, er habe dieses Buch auch „unter dem Getöse und dem Triumph der Brexit-Kampagne“ geschrieben, ferner um der gegenwärtigen Mutlosigkeit und einer Endzeitstimmung entgegenzuwirken. Die drei Preußen hätten beispielhaft die Anforderungen ihres Amtes als Herausforderung begriffen und entsprechend der ihnen in ihrer Zeit gegebenen Macht gemeistert. Heute drohe die Gefahr wachsender nationalistischer und populistischer Strömungen mit der Beschwörung einer idealisierten Vergangenheit.

Das Buch verlangt ein intensives Mitdenken, was aber durch neue Einsichten zu den drei großen Preußen belohnt wird. Wenn überhaupt, dann mag man bedauern, dass der Autor, was ihm sicher leichtgefallen wäre, nicht etwas mehr konkrete Politik gebracht hat, etwa, wie es dem Großen Kurfürst letztendlich gelang, den hartnäckigen Widerstand von Adel und Ständen zu brechen oder wie Bismarcks virtuoses „Spiel mit fünf Bällen“ realiter aussah. Aber dann wäre dieses auch so ungemäin lesenswerte Buch vielleicht zu umfangreich geworden.



Christopher Clark: „Von Zeit und Macht“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2018, gebunden, 320 Seiten, 26 Euro



Wieland Giebel
Neunundsechzig Jahre am Preussischen Hofe
 Aus den Erinnerungen der Oberhofmeisterin Sophie Marie Gräfin von Voss
 Welch ein Glück, dass es diese Erinnerungen gibt! Sophie Marie Gräfin von Voss, geborene Pannwitz (11. März 1729 – 31. Dezember 1814) lebte neunundsechzig Jahre – mehrere historische Epochen hindurch – am preussischen Hof. Sie war über Jahrzehnte Gesprächspartnerin und Beraterin von Königinnen und Königen. Vier preussische Herrscher sah sie kommen und gehen und neue Epochen anbrechen. Mit einer Stammtafel, ergänzt durch eine Zeittafel, und einem Vorwort von Wieland Giebel.
 347 Seiten
 Nr. P A1480 Gebunden 19,95 €



Margarete Drachenberg
Preussens erste Königin
 Anekdoten über Sophie Charlotte
 Den Sohn des Sonnenkönigs sollte sie heiraten, die Frau des brandenburgischen Markgrafen wurde sie. Der krönte alsbald sich und seine Gattin zu „König und Königin in Preußen“. Im Berliner Stadtschloss kam Sophie Charlotte ihren Pflichten nach, ihr Parkett aber wurde der Musenhof in Schloss Lietzenburg. Allem Schönegeistigen und den Wissenschaften zugetan, zog sie Künstler und kluge Köpfe an den Hof. Ihr einziger, heiß geliebter Sohn entpuppte sich als Sorgenkind, der wenig Sinn für das Bildungsstreben seiner Mutter hatte. Dass er als „Soldatenkönig“ seinen Teil zum Aufblühen Preußens beitrug, erlebte die im Alter von 36 Jahren verstorbene Königin nicht mehr. Preußens Glanz ist maßgeblich mit dem Namen Sophie Charlotte verbunden. 128 Seiten
 Nr. P A1454 Gebunden 9,99 €



Wolfgang Seidel
Das geheime Leben der Wörter
 Warum Kirchenmäuse arm sind, was das Wort „Buch“ bedeutet und wie Niesen mit Dämonen zusammenhängt
 Kommt Ihnen das Deutsche auch manchmal spanisch vor? Kein Wunder! Wir alle kommunizieren schließlich Tag für Tag mit tausenden Wörtern, von denen wir weder die genaue Bedeutung noch ihre Herkunft kennen. Oder wissen Sie etwa, was Drogen mit Trockenheit zu tun haben, warum bei einem Bankrott Tische zerschlagen wurden, und dass der arme SchluCKER mit Vornamen Philipp hieß? Ein aufschlussreiches und unterhaltsames Buch für alle, die wissen wollen, was hinter unseren Wörtern steckt.
 272 Seiten
 Nr. P A1451 Kartiert 9,99 €



Klaus Hornung
Scharnhorst
 Soldat - Reformier - Staatsmann
 Die Biographie
 Rebele
 Sonderpreis
 Jetzt 4,99 €
 Klaus Hornung
 Scharnhorst
 Soldat - Reformier - Staatsmann
 200 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1191 4,99 €

Geboren am 12. November 1755, am Vorabend des Siebenjährigen Krieges im hannoverschen Bordenau, machte Scharnhorst, aus einfachen Verhältnissen stammend, eine einmalige Karriere zunächst in der hannoverschen, dann ab 1801 in der preussischen Armee. Scharnhorst zählte zu den entscheidenden Köpfen, die nach dem Zusammenbruch des friderizianischen Preußen in der Schlacht von Jena und Auerstedt und der Demütigung Preußens durch Napoleon im Frieden von Tilsit 1807 sich daran machten, den am Boden liegenden Staat geistig und politisch wieder aufzurichten. Scharnhorst war es, der als einer der Ersten die elementare Kraft der Französischen Revolution erkannte, wesentliche Elemente daraus für ein neues Preußen formte und so die Voraussetzungen für den Befreiungskampf schuf.



Dagmar von Gersdorff
Königin Luise und Friedrich Wilhelm III.
 Luise und Friedrich Wilhelm III. lernten sich 1793 kennen; er stocksteif, gehemmt und ungeliebt von den Eltern – sie dagegen vergnügt, leichtfüßig und verwöhnt. Mit zehn Kindern sollte die Ehe dieses Herrscherpaares gesegnet sein, das in einer Liebesheirat zusammengefunden hatte. Die Literatur- und Kunstwissenschaftlerin Dagmar von Gersdorff entblättert eine der wohl erstaunlichsten Ehen des deutschen Monarchismus.
 208 Seiten
 Nr. P A1305 Taschenbuch 10,00 €

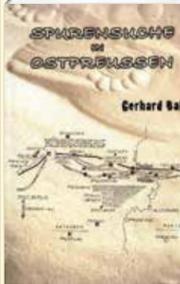


Kalender Ostpreußen und seine Maler 2020
 Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Jagdmalerei in Ostpreußen“.
 Format 50 x 35 cm
 Spiralbindung
 Nr. P A1415 23,50 €



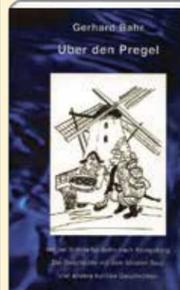
Joachim Scholz
Als nur die Hoffnung blieb
 In russischer Kriegsgefangenschaft
 66 Abbildungen.
 256 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533151 14,95 €

Joachim Scholz, 1924 in Danzig geboren, hat in seinem Buch „Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg“ die Jahre von 1933 bis 1945 geschildert, die Zeit einer sorglosen Jugend im Freistaat Danzig bis zum 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation. Mit dem Morgen des 9. Mai 1945 beginnt nun dieses Buch und führt damit nahtlos weiter in die vier langen Jahre russischer Kriegsgefangenschaft. Dem Autor gelingt es auch hier, mit bewegenden Worten die Stimmung dieser Jahre einzufangen, die Ängste und Hoffnungen in dem immer aussichtsloser werdenden Kampf um das Überleben, bis schließlich der so lang ersehnte Schritt in die Freiheit erreicht wird. Aber Scholz will mehr als diese heute fast unvorstellbaren Erlebnisse festhalten: Er will zeigen, dass es sich immer lohnt, in schweren Zeiten durchzuhalten. So wird dieser fesselnde Zeitzeugenbericht ein Buch, das Mut macht.



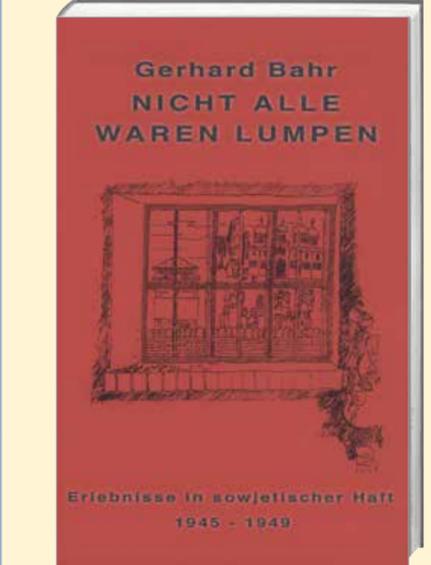
Gerhard Bahr
Spurensuche in Ostpreußen
 Kartiert
 396 Seiten
 Nr. P A1121 19,80 €

Auf den Spuren der Bewohner Ostpreußens führt uns der Autor durch die vielgestaltige Geschichte dieser fast vergessenen Landschaft. In frühen Zeiten durch Kriege und Pest von seinen Ureinwohnern stark entvölkert, haben Einwanderer aus ganz Europa im Laufe der Jahrhunderte Orte und Kultur geprägt. Wo Regierungen mannigfaltig wechselten, blieben für alle Zeiten die Errungenschaften der Menschen dieser Provinz, ihrer Literaten, Künstler, Wissenschaftler, geistlichen und adeligen Persönlichkeiten. Anekdotenhaft erzählt ein profundes Kenner des Landes Heiteres und Nachdenkliches, lässt uns alten Sagengestalten begegnen, auf Pferdemarkten schlendern, Könige besuchen, mit Fischersfrauen plaudern und den Wegen der Nachkommen Ostpreußens folgen. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren.

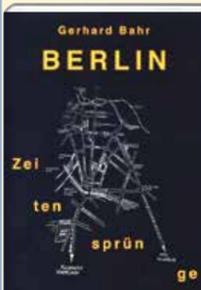


Gerhard Bahr (331 Seiten)
Über den Pregel
 Mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg – Die Geschichte mit dem blinden Gaul und andere kuriose Geschichten
 Kartiert
 Nr. P A1119 16,80 €

Geistreiche und kurzweilige Geschichten entführen uns in das Leben der Landbevölkerung und die Geschichte Ostpreußens. Ob auf Reisen mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg oder mit der Hungerharke zur Aust, ob bei einer Begegnung mit Kant im Nebel oder Napoleon in seiner Kutsche – mit viel Hintergrundwissen humorvoll erzählt und gekonnt illustriert gibt Gerhard Bahr einen tiefgreifenden Einblick in eine fast schon vergessene „Provinz“ mit ihren landschaftlichen Eigenheiten, kulinarischen Köstlichkeiten und ihren unvergessenen Berühmtheiten. Eine Lesereise mit Tiefgang, die uns Geschichte aus dem Blickwinkel der einfachen Leute erleben lässt. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren.

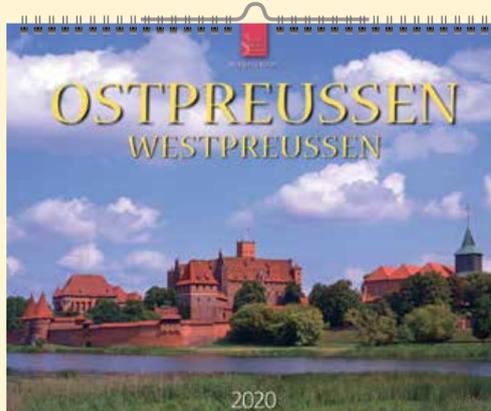


Gerhard Bahr
Nicht alle waren Lumpen
 Erlebnisse in sowjetischer Haft 1945-1949
 Was sich liest wie ein spannender Krimi und einem die Gänsehaut unter die Nackenhaare treibt, ist mitnichten eine erfundene Geschichte. Es ist die Erzählung eines damals Siebzehnjährigen, welcher kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges zu den „Werwölfen“ eingezogen und per Fallschirm hinter die sowjetische Front abgeworfen wird. Ohne auch nur an einer einzigen Kampfhandlung beteiligt gewesen zu sein, gerät er in Gefangenschaft und wird zu zehn Jahren Arbeitslager in Sibirien verurteilt. Gerhard Bahr, Autor mehrerer Bücher über Ostpreußen und Berlin, hat seine unfreiwillige vierjährige Reise nach Sibirien mit viel Glück überlebt und schildert hier seine Erlebnisse – authentisch und nicht ohne den ihm eigenen Humor. 214 Seiten
 Nr. P A1463 Kartiert 14,80 €



Gerhard Bahr
Berlin
 Zeitsprünge
 Kartiert
 390 Seiten
 Nr. P A1120 19,80 €

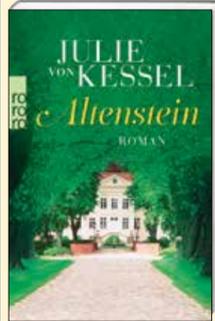
Gewachsen aus der Vereinigung zweier Handelsiedlungen an der Spree, Sitz der Könige und Kaiser Preußens, Hauptstadt des Deutschen Reiches, geteilte und wiedervereinigte Stadt – aus der Perspektive eines Architekten und Landesplaners mit dem Herzen eines Berliners mit ostpreussischer Abstammung, gewährt uns Gerhard Bahr einen tiefen Einblick in die wechselhafte Entwicklung der Stadt mit ihren geschichtlichen und kulturellen Beziehungen. Als unfreiwilligem Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges wird dem Autor Geschichte zu persönlicher Geschichte, an der er den Leser auf eine Weise teilhaben lässt, welche die Lebensrealität der Menschen zu dieser Zeit eindrucksvoll begrifflich macht. Ein Beitrag zur Geschichte Berlins mit Blick hinter die Kulissen und jenseits der üblichen Geschichtsschreibung.



Großformat-Kalender Ostpreußen/Westpreußen 2020
 Der Kalender ist mit 12 verschiedenen Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Tilsit, Schwarzort auf der Kurischen Nehrung, Deutsch-Eylau, der große Moosbruch bei Lauken, die Lastadie in Königsberg, die Ordensburg des Deutschen Ritterordens in Braunsberg, der Ixtsee bei Schniedau auf der Masurischen Seenplatte, Marienburg, Tolkmitt, Heilsberg, Die Hohe Düne und der Grabscher Haken auf der Kurischen Nehrung u.v.m. Spiralbindung
 Nr. P 536035 27,95 €



Gabriele Engelbert
Wege zum Großvater
 Mehr als ein Reisebericht
 Mit der Vergangenheit im Gepäck, bestehend aus alten Fotos, Dokumenten und Erinnerungen an längst verstorbene Angehörige, begibt sich Gabriele Engelbert auf Schlichtern mit ihren beiden Geschwistern auf Spurensuche durch West- und Ostpreußen. Ihr Weg führt sie von dem Platz, an dem früher Schloss Petershoff stand und an dem sich ihre Urgroßeltern kennenlernten, weiter über Osterode, vorbei an Königsberg, nach Cranz und schließlich nach Labiau, der Ort an dem ihr Großvater Rektor der örtlichen Schule war und ihr Vater und dessen Geschwister geboren wurden und ihre Kindheit verbrachten. Über verfallene Straßen und versteckte Orte erkunden sie gleichzeitig Ostpreußen und ihre eigene Vergangenheit. Dabei beschreibt die Autorin lebendig Begebenheiten und Begegnungen am Wegesrand. Und immer wieder vergleicht sie in fesselnder Weise ihre Erlebnisse mit Erinnerungen und Erzählungen der Familie, die als Zitate in den Text eingefügt wurden. Dabei rücken den Geschwistern bei dieser Fahrt nicht nur die Vorfahren näher, sondern, während sie sich Land und Vorfahren nähern, nähern sie sich auch einander an. Der Eindruck dieser mitreißend und anschaulich beschriebenen Reise wird von zahlreichen stimmungsvollen Farbbildern noch vertieft. 144 Seiten
 Nr. P 533201 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



Julie von Kessel
Altenstein
 Roman
 432 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P A1164 12,00 €

Eine Familiengeschichte. 1945 ist das Leben in Ostpreußen zu Ende. Agnes von Kolberg hat ihren Mann verloren, zwei Güter, aber nicht ihren pragmatischen Lebensmut. Sie beginnt mit ihren zehn Kindern im Westen neu. In der wenig glamourösen Bundesrepublik finden alle Kinder ihren Platz, nur die beiden jüngsten machen Sorgen: Nona bricht aus und bietet der herrischen Mutter die Stim, Konrad, Agnes' Liebling, kämpft lange, um seinen Weg zu finden. Mit der Wiedervereinigung sieht er die Chance gekommen, Altenstein, das Gut seines Vaters in Brandenburg, wiederzubekommen und an die vermeintlich glorreiche Zeit der Familie anzuknüpfen. Die übrigen Geschwister sind entsetzt. Nur in Nona findet er eine Verbündete.



Ulla Lachauer
Der Akazienkavalier
 Von Menschen und Gärten
 272 Seiten
 Taschenbuch
 Nr. P A0156 8,99 €

Mein Garten, das war der Matsch nach dem Regen und ein Versteck an der Hecke, das nur mir gehörte. Ich liebte die Wochen um Fronleichnam, wenn alles wie verrückt blühte, Gravensteiner Apfel, den modrigen Duft der Champignons, die Vater im Gartenhaus züchtete, Kartoffelfeuer, das verwilderte Gebüsch am Wäscheplatz. Ich liebte ganz besonders die Minuten nach dem Ruf „Jetzt aber ins Bett!“ An warmen Sommerabenden konnte man fürs Fußballspiel oft noch eine halbe Stunde rausschinden. Noch heute könnte ich alles aufzeichnen, er ist wie eine innere Landkarte. Mit ihm verbinden sich zwei frühe, elementare Erfahrungen: die von Freiheit und der Freude daran – und von Einsamkeit, im Garten war sie zu ertragen, oft sogar schön.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg
 GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (* nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

